

# RECHTSAUSSEN **IN** **DER** KOMMUNALPOLITIK

APRIL 2020

chronik.LE – Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung

Sonderausgabe Leipziger Zustände



# EDITORIAL

Vor sieben Jahren gründete sich die AfD und hat seither enorm an Einfluss in unserer Gesellschaft gewonnen. Sie ist mitverantwortlich für eine gesellschaftliche Diskursverschiebung und Kristallisationspunkt verschiedener rechter Projekte und Akteur\*innen. Das Superwahljahr 2019 in Sachsen – mit Kommunal- und Europawahl im Mai und Landtagswahl im September – bildet auf lokaler und Landesebene nun das ab, was in den letzten Jahren gesellschaftlich bereits sichtbar geworden ist. Die AfD kann die Zustimmung eines relevanten Teils der Bevölkerung in eine Vielzahl von Mandaten umsetzen. Die Verschärfung des politischen Klimas wird dadurch voraussichtlich nochmal befeuert werden.

Doch wie stellt sich diese Entwicklung konkret in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen dar? Die Broschüre soll mit Fokus auf die vergangenen Wahlen die Situation vor Ort darstellen und die Strategien und Politik der AfD analysieren. Dabei sollten neben der AfD auch rechte kommunale Vereinigungen aus Wurzeln („Neues Forum für Wurzeln“) und Geithain („Freie Liste Geithain“) in den Blick genommen werden.

Auf Bundesebene fällt eine Einordnung der AfD und ihrer Vertreter\*innen leicht, doch wie sieht es auf der kommunalen Ebene aus? Eine Einordnung ist oftmals schwieriger, steht die ideologische Agenda nicht so im Vordergrund der Auseinandersetzung der Partei. Weit verbreitet ist weiterhin die Einschätzung, dass auf kommunaler Ebene ja lediglich Sach- und keine Parteipolitik betrieben werde. Wir glauben, es ist wichtig, die ideologischen Grundlagen der AfD sowie ihr kommunales Auftreten einer genauen Beobachtung und Analyse zu unterziehen. Wir wollen daher mit der vorliegenden Veröffentlichung eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit der AfD und ihrer menschenfeindlichen Politik liefern.

Die Broschüre liefert neben einführenden Artikeln zur Verortung und Entwicklung der AfD tiefere Beiträge zur Kommu-

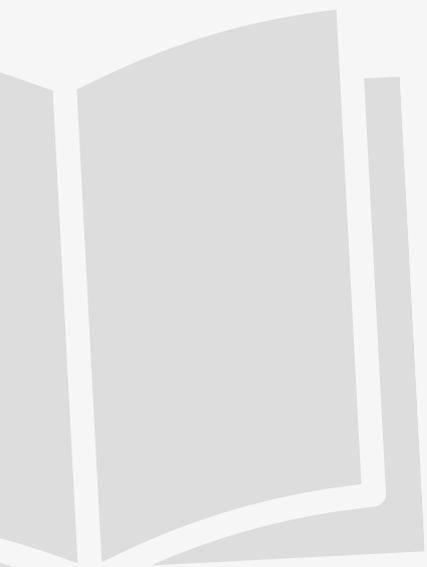
nalwahl sowie zur Landtagswahl. Im Fokus stehen dabei stets eine inhaltliche Einordnung und Bewertung. Im Kapitel „Jenseits der AfD“ werfen wir einen Blick auf weitere rechte kommunale Vereinigungen. Abschließend befindet sich ein Service-Kapitel, was u.a. Handlungsempfehlungen im Umgang mit der AfD und Leseempfehlungen liefert.

Wir danken allen Menschen, die zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben: den Fördermittelgeber\*innen, den Autor\*innen, allen Fürsprecher\*innen und Spender\*innen, Fotograf\*innen, Layouter\*innen und Lektor\*innen. Darüber hinaus geht auch ein großer Dank an all die Menschen, die uns immer wieder auf vielfältige Weise in der alltäglichen Arbeit unterstützen und die 12 Jahre chronik.LE erst möglich machen.

Unser Engagement braucht neben langem Atem vielfältige Unterstützung. Wir sind auf Meldungen und Beobachtungen angewiesen. Meldet uns diskriminierende Vorfälle, neonazistische Aktivitäten und rechte Veranstaltungen. Es gibt dabei keine zu unwichtigen, zu alltäglichen Ereignisse: Auch der rassistische Spruch in der Straßenbahn oder der verschwörungsideologische Facebook-Post der AfD sind für uns dokumentierungswert. Politische Arbeit kostet auch Geld. Daher freuen wir uns, wenn wir ihr Projekte wie unseres auch langfristig finanziell unterstützt. Unsere Kontonummer findet ihr auf der letzten Seite.

Wir haben uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt durch die deutsche Grammatik nur Männer anzusprechen oder das beschränkte Mann-Frau-Schema zu bemühen. Daher verwenden die Autor\*innen die Schreibweise „\*innen“. Falls ihr beim Lesen darüber stolpern solltet, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir nicht bei Personen und Zusammenhängen an, welche ausschließlich aus Männern oder Frauen bestehen. ■

**Die Redaktion**



# INHALT

Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung

02 Editorial

---

## 01 EINFÜHRUNG

- 05 **Rechtsruck?**  
Plädoyer für eine differenzierte Betrachtung des Problems  
von Paul Zschocke
  - 08 **Die AfD: Geschichte einer Radikalisierung**  
von chronik.LE
  - 09 **Die Entwicklung der AfD in Ereignissen**
- 

## 02 AFD LOKAL – EINBLICKE INS KOMMUNALE

- 19 **Das Kommunalwahlprogramm der AfD**  
von chronik.LE
  - 22 **Die Leipziger AfD vor und nach der Kommunalwahl 2019 – Ergebnisse und Strategien**  
von Elisa Gerbsch & Peter Bescherer
  - 28 **Die Mühen der kommunalen Ebene**  
Kommunalpolitik der AfD in den Landkreisen  
von chronik.LE
  - 32 **»Wir müssen einfach hier zusammenstehen und uns nicht einzeln von der AfD angreifen lassen«**  
Interview mit Kerstin Köditz zur Kommunalpolitik der AfD
  - 34 **Der Landtagswahlkampf der AfD**  
von Steven Hummel & Sarah Starck
- 

## 03 JENSEITS DER AFD

- 38 **Neues Forum, alter Inhalt**  
von chronik.LE
  - 42 **Rechts der Mulde**  
Ein Kampfsportler aus der Neonazi-Szene ist in den Wurzener Stadtrat eingezogen. Die Rechten sind dabei, die Hegemonie zu erlangen.  
von Sarah Ulrich
  - 48 **Alternativlos in Geithain**  
von chronik.LE
- 

## 04 SERVICE

- 52 **Handlungsempfehlungen**  
zum Umgang mit der AfD
- 54 **Eine kurze Auswahl aus der Chronik**
- 56 **Anlaufstellen**  
Beratungsangebote sachsenweit  
und weitere Vereine und Initiativen
- 58 **Literaturempfehlungen**
- 63 **Impressum**

# 01 KAPITEL EINFÜHRUNG



# RECHTSRUCK?

## Plädoyer für eine differenzierte Betrachtung des Problems

von Paul Zschocke

Vermittelt der Begriff »Rechtsruck« ein adäquates Bild unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung? Der Erfolg der AfD geht ohne Frage mit einem steigenden Zuspruch zu rassistischer und autoritärer Politik einher, mit Mobilisierungserfolgen auf der Straße, Gewalt und Terror. Dennoch zeigt ein differenzierte Blick: gesamtgesellschaftliche Tendenzen sind weniger eindeutig und deuten tief verwurzelte gesellschaftliche Ursachen an.

Bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2019 in Sachsen konnte die AfD ihren Stimmenanteil jeweils um mehr als 20 Prozent im Vergleich zur vorherigen Wahl steigern. Die Partei ist seit 2018 nicht nur in allen Landesparlamenten vertreten, sondern stellt nach der Bundestagswahl 2017 auch die mandatsstärkste Oppositionsfraktion. Währenddessen steigt die Zahl rechter Gewalttaten seit Jahren weiter an und rechter Terror hat Konjunktur.<sup>[1]</sup> Der Mord an Walter Lübke, der Anschlag auf die Hallenser Synagoge und die zehn Morde von Hanau verdeutlichen dessen tödliche Dimension. Selbst bei spontanen Ereignissen, wie im Sommer 2018 in Chemnitz, kann das rechte Spektrum in kürzester Zeit mehrere tausend Personen, Wut-Bürger\*innen, AfD-Funktionäre und -Wähler\*innen sowie neonazistische Hooligans und Kampfsportler mobilisieren. Angesichts dieser Dimension spricht die bundesweite Öffentlichkeit von einem Rechtsruck.

### Kontinuitäten extrem rechter Einstellungen

Schon lange vor der Gründung der AfD belegen verschiedene Befragungen zu politischen Einstellungen, dass anhaltend mehr als 20% der Bevölkerung rassistische Einstellungen und zuletzt mehr als 5 % ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ teilen. Seit Beginn der Erhebungen ist ein fortlaufender Rückgang zu beobachten. Die Einstellungen der Bevölkerung werden zudem immer positiver gegenüber vielfältigen sexuellen Lebensweisen, der demokratischen Verfasstheit und Grundrechten. Zuletzt stieg jedoch der Anteil ‚manifest ausländerfeindlich‘ Eingestellter der Leipziger Autoritarismus-Studie zu Folge wieder auf 24,1% (Ost: 30,9% / West: 22,3%) der Befragten. Ins-

besondere die Abwertung von Muslima, Romnja und Sintizza, Geflüchteten sowie von Langzeitarbeitslosen hat dabei Konjunktur. In den Studien wird außerdem ein weit verbreitetes Gefühl politischer Ohnmacht und des Ausschlusses aus konkreter demokratischer Mitbestimmung offenkundig. Die Studien kommen damit zum gleichen Ergebnis: während die Indikatoren für rechte, autoritäre und menschenfeindliche Einstellung langfristig und in der Breite der Bevölkerung sinken, steigen sie bei der Minderheit eines stark radikalisierten Milieus an. Dieser Teil artikuliert rassistische und antisemitische Vorurteile, Konkurrenzdenken und autoritäre Einstellungen deutlich selbstbewusster als noch vor einigen Jahren.<sup>[2]</sup>

Forscher\*innen sehen insofern eher den Effekt einer Polarisierung als einen generellen Rechtsruck in der Gesellschaft. Gewachsen sind jene Milieus, in denen positiv auf Demokratie Bezug genommen wird und in denen Vorurteile sowie autoritäre Aggression schwach ausgeprägt sind. Gleichzeitig haben in den Kreisen, auf die dies nicht zutrifft, die Ablehnung der Demokratie, der Wunsch nach autoritärer Führung sowie die Akzeptanz und Bereitschaft zu Gewalt deutlich zugenommen. Mit Verweis auf Theodor Adornos (2017 [1950]) „Studien zum autoritären Charakter“ beobachten Leipziger Forscher\*innen ein neues autoritäres Syndrom. Dies machen sie etwa daran fest, dass heute fast 65% der Befragten der Aussage zustimmen, dass „Unruhestifter [...] deutlich zu spüren bekommen“ sollen, dass sie in der Gesellschaft „unerwünscht sind“, etwas mehr als 23% „wichtige Entscheidungen [...] Führungspersonen überlassen“ wollen und rund 40% die Einhaltung bewährter Konventionen fordern.<sup>[3]</sup>

### Die AfD ist Manifestation extrem rechter Einstellungen

Die Langzeitstudien verdeutlichen, dass autoritäre und rassistische Einstellungen lange vor der Radikalisierung der AfD in der ‚Mitte der Gesellschaft‘ ihren Platz hatten. Als wesentlichen Nährboden für die Verbreitung dieser Einstellungen gilt der zunehmende Wettbewerbs- und Konkurrenzdruck und die Identifikation damit. Die verschärfte Konkurrenz um Ressourcen und sozialstaatliche Unterstützung schlägt in autoritäre Reflexe und kollektive Abwertung von ‚Anderen‘ um.

[1] aktuelle Zahlen zu rassistischer Gewalt finden sich auf <https://www.verband-brg.de/presse/#zahlen-fakten>

[2] Alle Daten und Zahlen aus:

Zick, A. et al 2019: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19; In: Zick, A. et al (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände, S. 53–116.

Decker, O. & Brähler, E. 2016: Ein Jahrzehnt der Politisierung; In: Decker, O. et al (Hrsg.): Die enthemmte Mitte, S. 95–136.

[3] Schellenberg, B. 2018: Die Radikale Rechte; In: Politische Psychologie, 2018, Nr. 1, S. 12–33.

Decker, O. & Brähler, E. 2016: Ein Jahrzehnt der Politisierung; In: Decker, O. et al (Hrsg.): Die enthemmte Mitte, S. 95–136.

alle Zitate nach: Decker, O. et al 2018: Das autoritäre Syndrom heute. In: Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre, S. 121.



Nicht nur in Deutschland: Pegida-Demonstration 2016 in Amsterdam

[4] Heitmeyer, W. 2018: *Autoritäre Versuchungen*. Berlin.

[5] Zahlen zur Wahl-Präferenz: Decker, O. 2014: *Die stabilisierte Mitte*, S. 42; Ders.: *Die enthemmte Mitte*. S. 78; Ders.: *Flucht ins Autoritäre*, S. 94.

Zu den AfD-Wählenden: Schuler, J. et al 2020: *Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität*.

[6] Brähler et al 2016: *Politische Einstellungen und Parteipräferenz*. In: Decker, O. et al (Hrsg.): *Die enthemmte Mitte*. S 67–94

Kahrs, H. 2019: *Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2019*.

Zitate nach: Hövermann, A.; Groß, E. 2016: *Menschenfeindlicher und rechtsextrem*. In: Zick, A. et al (Hrsg.): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*. S. 167–183.

Forschungsgruppe Wahlen 2019a: *Wahlanalyse Europa 2019*

[7] Hilmer, R. et al 2017: *Einstellung und soziale Lebenslage*. HBS-Workingpaper 44.

Vehrkamp, R.; Wegschaidner, K. 2017: *Populäre Wahlen*.

Abwertung und Feindschaft richtet sich dabei vor allem gegen Menschen, die den eigenen Status vermeintlich von unten her bedrohen.<sup>[4]</sup>

Bis 2014 äußerte noch etwas weniger als die Hälfte der extrem rechts Eingestellten die Präferenz SPD und CDU zu wählen (46 %). Schon 2016 sank dieser Wert auf etwa ein Viertel. Zeitgleich steigt der Anteil von extrem Rechten mit AfD-Präferenz von 6,3 auf 34,9 % und bleibt bis dato stabil. Der Großteil der problematisierten Milieus ist also zur AfD abgewandert. Zugleich eint die Wählenden der AfD heute vor allem rassistische und antidemokratische Einstellung sowie verschwörungsideologisches Denken. Der Erfolg der Partei ist also keinesfalls als ein Ausrutscher, Effekt von Verführung oder Protest zu interpretieren. Vielmehr liegt ihrem deutlichen Stimmenzuwachs vor allem eine erfolgreiche Mobilisierung rassistisch und extrem rechts eingestellter Wähler\*innen zugrunde.<sup>[5]</sup>

Soziologisch gesehen ist das Klientel, das sich von der AfD angesprochen fühlt, heterogen und hat sich über die Jahre verändert. Vor den Bundestagswahlen 2017 war die Basis der AfD fast zu zwei Dritteln männlich und im Schnitt rund 46 Jahre alt. Damit hatte die Partei nach den Grünen (42 Jahre) das zweitjüngste Klientel.

Diese Tendenz setzte sich in den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 fort. Für Sachsen hebt Horst Kahrs jedoch hervor, dass der Zuspriechung junger Menschen zu extrem rechten Parteien seit 2004, dem Einzug der NPD in den Landtag, konstant bei ca. einem Fünftel liegt. War die AfD bei der Befragung 2014 „noch eine Partei der durchaus auch Besserverdienenden der Mittel- und Oberschicht“, war sie zwei Jahre später verstärkt eine der „unteren Schichten“. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 etwa wurde die AfD bei den Arbeitslosen mit 20% stärkste Kraft, bei den Arbeiter\*innen erzielte sie 18% und lag damit gleichauf mit der SPD und deutlich hinter der CDU mit 28%.<sup>[6]</sup>

### Rohe Bürgerlichkeit

Auch wenn immer mehr Menschen aus unteren Schichten AfD wählen, ist sie keineswegs ausschließlich Partei der sozial Abgehängten, sondern findet auch bei ökonomisch besser Gestellten Zuspruch.<sup>[7]</sup> Auffällig ist dabei, dass in den unteren Einkommensschichten extrem rechte Einstellungen in den 2000ern einigermaßen konstant waren, in den wohlhabenderen diese



photos: Guido van Nispen - CC BY 2.0

hingegen bis 2009 sanken. Dann stiegen die Zustimmungsraten in den höchsten Einkommensgruppen wieder. Wilhelm Heitmeyer sieht darin die Etablierung einer „rohen Bürgerlichkeit“. Doch diese trat schon in Folge der ersten Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ 2010 offen zu Tage, eben nur noch nicht als Parteienprojekt. Die Formierung und Etablierung einer Partei rechts der CDU/CSU muss als über eine deutlich längeren Zeitraum betrachtet werden und gelang nachdem sich auch ‚bürgerliche Kreise‘ für ein rassistisches und extrem rechtes Parteienprojekt offen zeigten. Die Deutung dieser Entwicklung als Rechtsruck suggeriert demgegenüber eine plötzliche Entwicklung, die insbesondere in Reaktion auf die sogenannte Flüchtlingskrise erfolgt sein soll.<sup>[8]</sup> Problematisch an der Deutung als Rechtsruck ist insofern auch, dass sie eine wesentliche Erzählung der Neuen Rechten stützt. So seien der Zuspruch zur AfD nachvollziehbare Reaktion auf den „millionenfachen Rechtsbruch durch illegale Einreise“ im Jahr 2015 und ein Ruf nach „Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit“ (Alexander Gauland). Solche Erzählungen vom Ausnahmezustand, vom Verlust der Ordnung und die Inszenierung äußerer Bedrohungen gehören zum

Gründungsnarrativ der Partei. Für die Partei wie ihre Wähler\*innen bieten sie die notwendige Rechtfertigung um rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Einstellungen sowie autoritäre Ordnungsvorstellungen in Handlungen umzusetzen und sei dies ‚nur‘ der Gang zu Wahlurne. Der AfD den Zuspruch zu nehmen, wird nicht gelingen, indem man ihre Deutung äußerer Krisen verstärkt und im Grunde die gleichen autoritären Lösungen verspricht. Der Erfolg der AfD ist kein plötzliches Phänomen, das am Rande der Gesellschaft oder allein Osten, oder auf dem Land stattfindet. Mit Protestwahl haben ihre Erfolge ebenfalls wenig zu tun. Er entspringt langfristigen regressiven Tendenzen in der Gesellschaft und basiert auf tief verwurzelten rassistischen Einstellungen in ihrer Mitte – diese gilt es tagtäglich in Frage zu stellen und solidarische Alternativen gegen „rohe Bürgerlichkeit“ zu entwickeln.<sup>[9]</sup> ■

**Paul Zschocke ist Sozialwissenschaftler und forscht zu Rechtspopulismus und neuem Autoritarismus vor dem Hintergrund der Veränderung des Wohlfahrtsstaates und der Stadtentwicklung in Leipzig.**

[8] Heitmeyer, W. 2018: Autoritäre Versuchung. S. 293–314.

Zu Sarrazin: Mannitz, S.; Schneider, J. 2014: Vom „Ausländer“ zum „Migrationshintergrund“. S. 75–79.

[9] zitiert nach [www.afdbundestag.de](http://www.afdbundestag.de): „Gauland: In Deutschland gilt der Rechtsstaat heute nur noch, solange er ins ideologische Konzept passt.“

Der vorliegende Artikel ist ein stark gekürzter Auszug aus: Mullis, D. / Zschocke, P. 2019: Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD. PRIF Report 5/2019.



AfD-Parteigründer Bernd Lucke bei einer Kundgebung vor dem Bundesverwaltungsgericht im Mai 2014

# DIE AFD: GESCHICHTE EINER RADIKALISIERUNG

von chronik.LE

[1] Sarah Ulrich, 2016, Zwischen bürgerlichen Konservatismus und völkischen Nationalismus. Die AfD im Spannungsverhältnis zwischen parlamentarischer Bürgernähe und außerparlamentarischer Nähe zur radikalen Rechten, in: Leipziger Zustände 2016.

[2] So legt eine Recherche der taz 129 Verbindung zu VertreterInnen und Gruppen der „Extremen und Neuen Rechten“ offen, Vgl. taz, 2018, Das Netzwerk AfD.

[3] Volker Weiß, 2017, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes.

[4] Alexander Häusler, Rainer Roeser, 2015, Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“, Hamburg, S. 7.

[5] Alexander Häusler, Rainer Roeser & Horst Teubert, 2013, Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei?, S. 9.

Während die AfD in den Anfangsjahren „aufgrund ihrer uneinheitlichen Struktur kaum eindeutig klassifiziert werden“<sup>[1]</sup> konnte, vertritt die Partei 2020 eindeutig ein völkisch-nationalistisches Weltbild und arbeitet zum Teil offen mit Vertreter\*innen völkischer und verfassungsfeindlicher Gruppierungen zusammen.<sup>[2]</sup> Laut dem Historiker Volker Weiß findet diese „Radikalisierung“ der AfD vor dem Hintergrund einer „autoritären Revolte“ in der Bundesrepublik statt.<sup>[3]</sup>

Trotz der Radikalisierung hat sich der Erfolgskurs der Alternative für Deutschland in den letzten Jahren fortgesetzt. Nach dem Einzug in den Bundestag 2017 als drittstärkste Fraktion mit 12,6 % der Stimmen und nach der Wahl in Bayern und Hessen im Oktober 2018 ist die Partei nach nur einer halben Dekade nunmehr in allen Landesparlamenten vertreten. Bei der sächsischen Landtagswahl im September 2019 erreichte die AfD mit 27,5 % ihr bisher bestes Ergebnis, verfehlte aber das Ziel stärkste Kraft zu werden.

Die Geschichte der AfD war aber nicht nur „die erfolgreichste [...] Parteinuformierung in der Bundesrepublik“<sup>[4]</sup>, sondern zugleich die einer fortschreitenden Radikalisierung hin zu einer maßgeblich völkisch-nationalistischen Partei. Ein Blick auf ihre Geschichte zeigt, dass diese beiden Aspekte unauflösbar miteinander verknüpft sind.

## Die Gründung der Partei

Als die AfD im Frühjahr 2013 gegründet wurde, galt sie noch als „Professoren-Partei“ und Partei der „Euro-Kritiker“. Obwohl die Medien vor allem ihr wirtschaftspolitisches Profil hervorhoben, war schnell klar, dass die Partei sich rechts der Unionsparteien profilieren würde. Formulierungen wie „die Familie als Keimzelle der Gesellschaft“ aus dem ersten Bundestagswahlprogramm deuteten frühzeitig darauf hin, dass das Programm nicht nur Wirtschaftsliberale ansprechen sollte, sondern auch konservative Wähler\*innen der CDU und rechts von ihr. Damit gingen zugleich eine ganze Reihe innerparteilicher Auseinandersetzungen einher, die die Entwicklung der Partei bis heute prägen. Auffällig dabei: Gegenstand sämtlicher Flügelkämpfe und Spaltungen war die Frage nach einer unzureichenden Abgrenzung der Partei von radikal rechten Organisationen und Ideologien. Diese Auseinandersetzung nahm schon auf dem Gründungsparteitag am 13. April 2013 ihren Ausgangspunkt. Konrad Adam – Bundessprecher der Partei und ehemaliger Publizist der FAZ und der Welt – entgegnete dem Vorwurf einer mangelnden Abgrenzung zu rechten antidemokratischen Kräften damals mit der Aussage: „Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten.“<sup>[5]</sup>

## Grundlagen der Politik

Adams Strategie, den Vorwurf mit dem Verweis auf einen angeblich „Volkswillen“ zu kontern, diene dabei nicht nur der Immunisierung gegen jegliche Kritik. Zugleich zeigte er, was in den Augen der AfD bis heute als demokratisch gilt: eine möglichst radikale Position außerhalb des Bereiches zu vertreten, der in der Öffentlichkeit als sagbar gilt. Welche „Sachfrage“ zur Diskussion steht, ist dabei unerheblich. Die eigene Position als Verteidigung der unausgesprochenen Wahrheit des „unterdrückten Volkswillens“ oder gesunden Menschenverstandes auszugeben, zeichnet die grundlegende politische Strategie der Partei aus. Verbale Grenzübertritte, seien es Schießbefehle an deutschen Grenzen, rassistische und sexistische Beleidigungen, die Agitation gegen Grundrechte, die Glorifizierung der deutschen Geschichte oder die Relativierung der Shoah und der Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus

sind nicht das skandalöse Beiwerk der Politik der AfD, sondern sind der Grund ihres fortwährenden Erfolges. Eine solche Strategie der Fundamentalopposition endet notwendigerweise in einem politischen Selbstüberbietungswettbewerb.

In den folgenden Jahren setzten sich erst die nationalkonservativen und später die völkisch-nationalistischen Kräfte innerhalb der Partei durch, die insbesondere die ostdeutschen Landesverbände dominieren. Deutlich bessere Ergebnisse bei den jeweiligen Landtags- und Bundestagswahlen in den neuen Bundesländern beförderten diese Entwicklung. So erreichte die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Sachsen 27,0 % und wurde damit vor der CDU stärkste Kraft.

Einflussreichste innerparteiliche Strömung ist der Flügel welchem circa ein Drittel aller Parteimitglieder zuzurechnen sind. In einigen Landesverbänden Ostdeutschlands ist der Flügel dabei von Beginn an tonangebend. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD in Branden-

# DIE ENTWICKLUNG DER AfD IN EREIGNISSEN

## 2012

### September

Gründung der AfD-Vorläuferorganisation »Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013«, welcher bei der Bundestagswahl 2013 die Freien Wähler unterstützt. Beteiligt sind u.a. Konrad Adam, Bernd Lucke und Alexander Gauland.

## 2013

### Februar

Die AfD wird gegründet.

### März

Zu einer ersten öffentlichen Veranstaltung der AfD in Oberursel erscheinen 1.200 Interessierte.

### Mai

Die SPD und AfD gehen in Grimma eine „technische Fraktionsgemeinschaft“ ein. Das AfD-Mitglied Hubertus von Below (1994 Gründungs-

mitglied vom »Bund Freier Bürger«, langjähriges CDU-Mitglied) erhält durch den Zusammenschluss Ausschusssitze. Beide Parteien wollen damit „die Kräfte für die Umsetzung des Wählerwillens bündeln“.

### September

Bei der ersten Bundestagswahl, bei der die AfD antritt, erreicht sie 4,7% der Stimmen und verpasst damit den Einzug in das Parlament. In der Leipziger Region erreicht die Partei folgende Ergebnisse: Leipzig II 5,1%; Leipzig I: 6,1%; Nordsachsen: 6,1%, Leipzig-Land: 6,4%

### Dezember

Die »Patriotische Plattform« wird gegründet. Im Gründungsdokument setzt sie sich u.a. „gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft“ und gegen „massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme“ ein. Mit Thomas Hartung, Ralf Schutt, Hans-Thomas Tillschneider, Roman Topp und Julien Wiesemann stammen fünf der

neun Erstunterzeichner\*innen aus Sachsen.

## 2014

### Mai

Kommunal- und Europawahlen in Sachsen. Zur Kommunalwahl erringt die AfD 6,4% in Leipzig, 19,4% in Nordsachsen und 21,4% im Landkreis Leipzig. Zur Europawahl erreicht die AfD 7,1% der Stimmen und zieht damit mit sieben Abgeordneten in das Europaparlament ein.

### August

Die AfD-Politiker Siegbert Droese, Felix Koschkar und Roland Ulbrich laden den FPÖ-Politiker Andreas Mölzer zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Chancen patriotischer Parteien in Europa“ nach Leipzig ein. Mölzer war bis 2014 Abgeordneter im EU-Parlament und eigentlich Spitzenkandidat für die FPÖ zur Wahl des EU-Parlaments. Nachdem er allerdings die EU mit dem Dritten



Icon designed by Freepik from Flaticon.com



photo: Michael Lutzan - Lizenz CC-BY-SA 3.0

Frauke Petry, fraktionslose Bundestagsabgeordnete, 2013-2017 Bundessprecherin der AfD

[6] Volksverpetzer, 2019, 5 Dinge, die du über Brandenburgs AfD-Spitzenkandidaten Kalbitz wissen solltest, volksverpetzer.de vom 24.08.2019.

[7] AfD-Thüringen, 2014, Aufbruch für Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014.

[8] AfD, 2017, Programm. Für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24.09.2017.

[9] ebd.

[10] Zitiert nach: Andreas Kemper, 2016, „... die Neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit 17 Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD), S. 38.

[11] Volker Weiß, Die Radikalisierung der AfD. Die Signale aus Köln deuten auf eine weitere Radikalisierung, tagesspiegel.de vom 24.04.2017.

burg, Andreas Kalbitz, gilt als einer der einflussreichsten Flügel-Vertreter. Er sitzt seit 2017 im Bundesvorstand der Partei. Seine neonazistische Vergangenheit hat seiner Parteikarriere bisher nicht geschadet.<sup>[6]</sup>

Diese innerparteilichen Verschiebungen hatten auch programmatische Folgen. So war die AfD unter Bernd Lucke noch von einem stramm konservativen Programm gekennzeichnet, das unter dem Schlagwort „Subsidiarität“ für eine Rückverlagerung von Entscheidungsprozessen von der EU auf die nationale Ebene eintrat. In Thüringen setzte sich jedoch schon 2014 eine Fraktion innerhalb der Partei durch, die der Meinung war, es habe sich eine „Politikerklasse herausgebildet, die sich den ‚Staat zur Beute‘ machen will“ und damit das „Prinzip der Volkssouveränität“ unterlaufe.

<sup>[7]</sup> Diese verschwörungsideologische Deutung findet sich auch im Programm aus dem Jahr 2017 wieder. Der „heimliche Souverän“, „eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat“, habe den „Trend zur Selbstabschaffung“ und die „Selbsterstörung unseres Staates und Volkes“ zu verantworten, heißt es dort.<sup>[8]</sup>

### Der völkische Schulterschluss

Der Umbau der Partei zur „fundamentaloppositionellen Bewegungspartei“ ist mit dem Austritt von Frauke Petry und der Gründung der mittlerweile wieder aufgelösten zweiten Abspaltung der Partei unter dem

Namen Die Blauen unmittelbar nach der Bundestagswahl 2017 abgeschlossen. Der völkisch-nationalistische Flügel hat sich programmatisch durchgesetzt. Der „Erhalt des deutschen Staatsvolkes“, wie es im Wahlprogramm 2017 heißt, müsse das vorrangige Ziel aller Politik sein, dem sich alle anderen Maßnahmen und Interessen unterzuordnen haben.<sup>[9]</sup> Inhaltsgleich, aber deutlich eloquenter, hatte Björn Höcke schon im Jahre 2014 für eine bevölkerungspolitische „Homöostase“ geworben, der „ausgleichenden Selbstregulierungen einer Gesellschaft“, für die die Frage nach der Identität der Schlüssel sei.<sup>[10]</sup> Die Imagination einer völkischen Schicksalsgemeinschaft, die Behauptung einer widerspruchsfreien Einheit von Staat, Volk und Heimat, bildet also auch jenseits der skandalträchtigen Äußerungen einzelner AfD-Politiker\*innen die ideologische Grundlage der Partei.

Ebenso sind es die Inszenierung äußerer Bedrohungen gegenüber dieser Gemeinschaft, sei es durch Migration, den demographischen Wandel, Genderpolitik oder die sogenannte Euro-Rettung: „Das ist konsequent, denn die AfD ist aus eigener Kraft kaum lebensfähig. Ihr Lebenselixier sind äußere Krisen, die sie auszubeuten versteht. Diese Abhängigkeit von externen Faktoren macht sie gefährlich, da sie genuin kein Interesse an einer Beruhigung der Gemüter hat. Sie lebt von der Rhetorik des permanenten Ausnahmezustands“, so wiederum der Historiker Volker Weiß.<sup>[11]</sup>

2015

Reich verglichen und als „Negerkonglomerat“ bezeichnet hatte, zog er seine Bewerbung zurück. Die Veranstaltung in Leipzig kommt schließlich nicht zustande.

### August

Bei der Landtagswahl in Sachsen erringt die AfD 9,7% der Stimmen und zieht damit mit 14 Abgeordneten in den Landtag ein. Aus der Region Leipzig zieht Uwe Wurlitzer (Direktkandidat Wahlkreis 29/Leipzig 3, Listenplatz 2) als Abgeordneter in den sächsischen Landtag ein.

## 2015

### Februar

Die AfD Leipzig verkauft ein Auto mit dem Nummernschild L-GD 3345. Dies kann als Code für „Großdeutschland 1933-1945“ verstanden werden.

### März

Björn Höcke (Fraktionsvorsitzender Thüringen) und André Poggenburg (Fraktionsvorsitzender Sachsen-Anhalt) initiieren die »Erfurter Resolution« und schaffen damit für ihren Widerstand gegen den Kurs des Parteivorstandes einen organisatorischen Rahmen. Sie geben sich den Namen »Der Flügel«.

### Mai

Unter Führung des Parteivorsitzenden Bernd Lucke wird der Verein »Weckruf 2015« gegründet. Ziel ist die Eindämmung des völkisch-nationalistischen Flügels.

### Juli

Auf dem Essener Parteitag kommt es zur Kampfabstimmung um den Posten des Parteisprechers/der Parteisprecherin, wobei sich Frauke Petry (60,0%) gegen den bisherigen Parteisprecher Bernd Lucke (38,1%) durchsetzt. Innerhalb einer Woche verlassen daraufhin mehr als 2.000 Mitglieder die Partei. Die von Bernd

2016

Lucke gegründete Partei »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« kann keine Wahlerfolge verbuchen und versinkt bald in der Bedeutungslosigkeit.

### November

Die AfD führt in Nordsachsen eine Kundgebungs- und Demonstrationstour gegen die Asylpolitik der Bundesregierung durch. Die Veranstaltungen finden in Oschatz, Torgau, Eilenburg und Delitzsch mit bis zu 1.000 Personen statt.

### November

Die AfD organisiert vor dem Leipziger Bundesverwaltungsgericht unter dem Motto „Rote Karte für Merkel“ und „Asyl braucht Grenzen“ eine Kundgebung. Auf dieser sprechen Parteisprecherin Frauke Petry und der Ex-Bundessprecher Konrad Adam. Es nehmen ca. 250 Personen teil.

## 2016

### Juni

Im Streit um den Umgang mit den antisemitischen Schriften des baden-württembergischen AfD-Abgeordneten Wolfgang Gedeon zerbricht die Landtagsfraktion.

### Juni

In einem Interview in der Welt am Sonntag setzte sich die AfD-Bundessprecherin Frauke Petry dafür ein, den Begriff völkisch wieder positiv zu besetzen.

### August

Verschiedene Parteien machen auf dem Schönauer Parkfest in Leipzig-Grünau Werbung für ihre Positionen, so auch die AfD. Das komplett mit AfD-Werbung bedeckte Auto trägt das Nummernschild „L-AH 1818“. Sowohl AH als auch die Zahlenkombination 18 werden in der Neonaziszene als Kürzel für Adolf Hitler verwendet.

2017

### November

Der Leipziger Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich spricht auf einer rechten Demonstration unter dem Motto „Merkel muss weg“ in Berlin. Er teilt sich die Bühne mit Ignaz Bearth (SVP), Georg Immanuel Nagel (ehemaliger Sprecher Pegida Wien) sowie den beiden Rappern Christoph Aljoscha Zloch (Künstlername Chris Ares) und Patrick Killat (Künstlername Villain 051). In seiner Rede moniert er die angeblich fehlende Verfassung in Deutschland und die „bewusste Amputation“ der Nationalhymne.

## 2017

### Januar

Björn Höcke (Fraktionsvorsitzender AfD Thüringen) spricht bei einer Veranstaltung in Dresden mit Blick auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin von einem „Denkmal der Schande“. Auf der gleichen Veranstaltung spricht Jens Maier über die „Herstellung von Mischvölkern“ und einen zu beendenden „Schuldkult“. Die Aufarbeitung der NS-Verbrechen bezeichnet er als „gegen uns gerichtete Propaganda und Umerziehung“.

### Februar/März

Die AfD-Landtagsfraktion tourt mit ihrer Veranstaltung „Extremismus in Sachsen – ein Land im Fadenkreuz“ durch Sachsen und macht u.a. in Leipzig und Grimma halt. Teil der Veranstaltung sind oftmals Hans-Hermann Gockel (ehemaliger Moderator Sat.1 und N24, Autor „Finale Deutschland – Asyl. Islam. Innere Sicherheit, mit Klartext gegen die Gedankenfeigheit“) und Andreas Lombard (freier Journalist, Chefredakteur des neurechten Magazins Cato).

### April

Auf dem Kölner Parteitag werden Alexander Gauland und Alice Weidel als Bundessprecher- und

[12] Hans-Thomas Tillschneider, Die Kernfrage, hans-thomas-tillschneider.de.

[13] Christian Fuchs, Mariam Lau, Yassin Musharbash, Holger Stark, Was zu verbergen?, zeit.de vom 08.11.2018.

[14] Netzpolitik.org, Wir veröffentlichen das Verfassungsschutz-Gutachten, netzpolitik.org, vom 28.01.2019.

[15] Tagesspiegel, Verfassungsschutz beginnt mit Überwachung von drei AfD-Politikern, tagesspiegel.de vom 13.02.2020.

[16] Süddeutsche, Eigenes Gutachten bringt AfD in Bedrängnis, sueddeutsche.de vom 02.11.2018.

[17] AfD Sachsen, 2019, Trau dich Sachsen. Regierungsprogramm 2019, afdsachsen.de.

### Beobachtung durch den Verfassungsschutz?

Gegenwärtig kommt es der Partei vor allem darauf an, zu verhindern, Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzämter zu werden. Die Brücken ins nationalkonservative Spektrum, insbesondere zum rechten Flügel der Union und deren Wähler\*innen, sind davon abhängig.

Die 2013 parteiintern gegründete Patriotische Plattform, welche für einen völkischen Kurs warb und die Zusammenarbeit mit Gruppen wie der Identitären Bewegung befürwortete, löste sich im September 2018 auf, was als direkte Reaktion auf die potentielle Beobachtung durch den Verfassungsschutz verstanden werden muss. Nach eigenem Bekunden wurden alle Ziele durchgesetzt, die man innerhalb der Partei durchsetzen wollte, nun wollen die ehemaligen Mitglieder „Einigkeit demonstrieren“.<sup>[12]</sup>

Um zu einer Einschätzung zu kommen, hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz unter Mitarbeit der Landesverfassungsschutzämter eine Stoffsammlung vereinbart um „extremistische Bestrebungen“ zusammenzutragen.<sup>[13]</sup> Am Ende des Prozesses stand im Januar 2019 ein (internes Gutachten), welches „tatsächliche Anhaltspunkte“ zusammenträgt, dass die AfD eine Politik verfolgt, die sich „gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“ richtet.<sup>[14]</sup> Die Bezeichnung der AfD als Prüffall wurde dem Verfassungsschutz durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln untersagt. Mittlerweile wird die Parteijugend Junge Alternative bundesweit als Verdachtsfall eingestuft, von den Landesämtern in Bayern, Berlin und Hessen als Beobach-

tungsobjekt. Der Flügel wird seit März 2020 auch vom VS-Bundesamt als Beobachtungsobjekt geführt und gilt damit in Gänze als „rechtsextremistisch“. Dabei stehen insbesondere die Bundes- und Landtagsabgeordneten Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Hans-Thomas Tillschneider im Fokus der Überwachung durch die Ämter.<sup>[15]</sup>

Bereits im Vorfeld hatte die AfD ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben, welches zu dem Schluss kommt, dass die AfD mehrere Kriterien erfülle, die eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz rechtfertigen würden. Im Gutachten wird empfohlen, auf „pauschale Diffamierungen und Abwertungen“ sowie „extremistische Reizwörter“ zu verzichten.<sup>[16]</sup> Höcke bezeichnet ein solches Vorgehen abwertend als „politische Bettnässerei“. In einigen wenigen Fällen werden Personen aus der Partei ausgeschlossen oder verlassen diese aufgrund des innerparteilichen Drucks. Prominente Fälle sind die ehemalige Landesvorsitzende aus Schleswig-Holstein, Doris von Sayn-Wittgenstein, sowie der ehemalige Landes- und Fraktionsvorsitzende aus Sachsen-Anhalt, André Poggenburg. Diese Reinwaschungsversuche dürfen jedoch nicht über den grundlegenden Charakter der Partei hinwegtäuschen.

Der Verfassungsschutz und die drohende Beobachtung schweben weiterhin wie ein Damoklesschwert über der AfD. Im Wahlprogramm zur sächsischen Landtagswahl setzt sich die AfD daraufhin für einen „unabhängig agierenden Verfassungsschutz“ ein, welcher nicht missbräuchlich zur „Unterbindung von Erneuerungsprozessen der Gesellschaft“ herangezogen werden dürfe.<sup>[17]</sup>



AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Im Vordergrund Alexander Gauland und Alice Weidel.

photo: Dániel Koszvény / Koszvény.eu via Wikimedia Commons, Lizenz: CC BY-SA 3.0 (creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/dejatkod)

Spitzenkandidat\*innen für die Bundestagswahl gewählt. Frauke Petry tritt nicht an. Zuvor hatten die Delegierten es abgelehnt, sich mit dem sogenannten Zukunftsantrag von Petry zu beschäftigen, welcher die Partei auf einen realpolitischen Kurs mit dem Ziel der mittelfristigen Regierungsbeteiligung festlegen sollte.

### Juni

Auf einer AfD-Kundgebung in Eilenburg sprechen neben dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Nordsachsen Ralph Olenizak weiterhin Philipp Liehs (Burschenschaft Alemannia Leipzig, Betreiber »Renovamen-Verlag«, Mitglied »Patriotische Plattform«), Sandro Oschkinat (»Spektrum aufrechter Demokraten«) und Detlev Spangenberg (Direktkandidat Nordsachsen)

### Juni

In Torgau halten das »Spektrum aufrechter Demokraten« und die AfD eine gemeinsame Kundgebung ab. Es sprechen Detlev Spangenberg (Direktkandidat AfD) und Sandro Oschkinat (»Spektrum aufrechter Demokraten«).

### Juli

Die Leipziger Polizei veröffentlicht nach einem Vorfall von häuslicher Gewalt eine rassistische Pressemitteilung. Der AfD-Landtagsabgeordnete Uwe Wurlitzer unterstützt die Polizei und lamentiert über die »Massen von triebgesteuerten, nymphomanen Asylbegehren«.

### September

Bei der Bundestagswahl erringt die AfD 12,6% der Stimmen und zieht damit mit 94 Abgeordneten in den Bundestag ein.

In der Leipziger Region erreicht die Partei folgende Ergebnisse: Leipzig II 16,0%; Leipzig I: 20,8%; Nordsachsen: 26,9%, Leipzig-Land: 26,9%. Eine Recherche der taz im Jahr 2018 belegt vielfältige Verflechtungen der

neuen Abgeordneten. So haben 58 Mitarbeiter\*innen und 9 Abgeordnete 125 Verbindungen zur extremen Rechten und 27 Mitarbeiter\*innen und 14 Abgeordnete 47 Verbindungen zum Rechtspopulismus.

Aus der Region Leipzig ziehen Siegfried Droese (Leipzig II, Listenplatz 3), Detlev Spangenberg (Nordsachsen, Listenplatz 4), Lars Hermann (Leipzig-Land, Listenplatz 10) und Christoph Neumann (Leipzig I, Listenplatz 11) in den Bundestag ein. Auf der Pressekonferenz der neuen AfD-Bundestagsfraktion verkündet Petry, dieser nicht mehr angehören zu werden und tritt aus der AfD aus. Ihre neugegründete »Blaue Partei« und das dazugehörige Bürgerforum erreichen keine Bedeutung. Gründungsort der »Blaue Partei« sowie vom »Bürgerforum Blaue Wende« ist Grimma.

### November

Die ehemalige AfD-Sprecherin Frauke Petry stellt in Grimma (Landkreis Leipzig) ihr neues politisches Projekt, das »Bürgerforum Blaue Wende«, vor. Neben ihr sprechen der ehemalige parlamentarische Geschäftsführer der sächsischen AfD, Uwe Wurlitzer, sowie der ehemalige Grimmaer Stadtrat Hubertus von Below. Etwa 200 Personen nehmen an der Veranstaltung teil.

### November

Auf der Compact-Konferenz in Leipzig sprechen neben Jürgen Elsässer (Herausgeber und Chefredakteur Compact) Philipp Stein (Sprecher »Deutsche Burschenschaft«, Mitarbeiter »Ein Prozent«), Robert Timm (»Identitäre Bewegung«), Oliver Hilburger (»Zentrum Automobil«), Björn Höcke (Fraktionsvorsitzender AfD Thüringen), Martin Reichardt (AfD), Martin Sellner (»Identitäre Bewegung«) und Lutz Bachmann (»Pegida«).

### Dezember

Unregelmäßig lädt der sachsen-

anhaltinische AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Tillschneider (Flügel, Patriotische Plattform) nahestehende Personen zum Gespräch ein und stellt die Mitschnitte davon bei YouTube ein. Mit dem Leipziger Jura-Professor Thomas Rauscher tauscht er sich u.a. zu den Themen »Schuld-kult«, »Meinungsdiktatur« und »political correctness« aus. Migration will Rauscher ganz abschaffen. Bereits in der Vergangenheit hatte sich Rauscher mehrfach rassistisch und frauenfeindlich auf Twitter geäußert.

## 2018

### Januar

Die katholische Propstei St. Trinitatis lädt zu einer Veranstaltung mit dem Titel »Sprachlos? Kirche und Politik« neben anderen den Grundsatzreferenten der AfD Thüringen, Dr. Michael Henkel, ein. Henkel war zeitweise am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig tätig und ist Autor des Buches »Islam. Fakten und Argumente«, welches die Thüringer Landtagsfraktion nach eigenen Angaben in einer hohen Auflage kostenlos verteilt hat.

### Februar

Der stellvertretende Landesvorsitzende Siegfried Droese stellt auf Facebook ein Bild vom Besuch der »Wolfsschanze«, dem ehemaligen »Führerhauptquartier«, ein. Auf dem Bild hat er die Hand aufs Herz gelegt.

### Februar

Beim politischen Aschermittwoch der AfD Sachsen beleidigt der sachsen-anhaltinische AfD-Fraktionsvorsitzende André Poggenburg Türken als »Kümmelhändler« und »Kameltreiber«. In einem Beitrag der Tagesschau ist der Leipziger AfD-Abgeordnete Christian Kriegel zu sehen, welcher applaudiert und Beifallrufe äußert. Kriegel ist für seine Fraktion Vertreter im Leipziger Migrant\*innenbeirat.



Bernd Höcke beim Wahlkampfauftakt der AfD für Landtagswahlen 2019 in Cottbus

### Kampf um den vorpolitischen Raum

Der „Erneuerungsprozess der Gesellschaft“ referiert dabei nicht auf einen emanzipatorischen, progressiven Wandel, sondern ist im Sinne der AfD als Ausdruck ihrer Forderung nach einer ethnischen und kulturellen Homogenität zu verstehen. Ihrem Kulturbegriff entsprechend, sieht die AfD diese vom „Multikulturalismus“ bedroht. Die Sorge um den Fortbestand des deutschen Kulturerbes - und damit der ganzen Nation - wird somit Gegenstand des kulturpolitischen Programms der AfD. Die Forderung nach einer Re-Nationalisierung der Kunst, die der Stärkung der deutschen Identität dienen soll<sup>[18]</sup>, geht mit der Diskreditierung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Kulturvereine und -betriebe einher. Diese seien an „ideologische Zielvorgaben“ gekoppelt; „politisch korrekte(r) Kunst und Kultur“ müsse somit die staatliche Förderung entzogen werden.<sup>[19]</sup>

Die Wahlerfolge auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene wirken sich entsprechend auf die Handlungsmöglichkeiten der AfD aus, die nun im Sinne ihres Kulturkampfes von Rechts programmatisch Druck auf die Kulturpolitik ausübt. Institutionen, die sich für eine plurale und demokratische Gesellschaft einsetzen, sind somit bereits von Kürzungen und letztlich in ihrer Existenz bedroht. Demnach wurden seit 2017 mindestens 40 Fälle dokumentiert, in denen die AfD Versuche unternahm, in die Autonomie von Kulturschaffenden

eingzugreifen.<sup>[20]</sup> „Neutralität“ ist dabei das Schlüsselwort ihres rechten Kulturkampfes. Diese wird seitens der AfD von institutionell subventionierten Kulturbetrieben gefordert. Dass Kunst laut dem Grundgesetz jedoch frei und somit nicht der Neutralität verpflichtet ist, wird zugunsten der Durchsetzung ihres kulturpolitischen Programms fehlgedeutet.

Der Vorwurf des Verstoßes gegen das vermeintliche Neutralitätsgebot traf unter anderem das Mittelsächsische Theater Freiberg. In Reaktion auf eine Veranstaltung des Theaters, die inhaltlich den Einfluss rechter Christ\*innen thematisierte, sprach sich der Oberbürgermeister Sven Krüger für die Wahrung der Neutralität des Theaters aus und verlegte die Veranstaltung in das Freiburger Rathaus.<sup>[21]</sup> Auch der Freiburger AfD-Stadtrat Marko Winter hinterfragte im Nachgang die Ausrichtung der Spielstätte: „Es ist nicht der Sinn eines Theaters, links-grüne Parteiideologie zu verbreiten. Es muss geklärt werden, welche Steuergelder geflossen sind und wie weit eine Zweckentfremdung von Theaterfinanzen vorliegt.“<sup>[22]</sup>

Von diesem Vorgehen sind neben Theaterhäusern auch Vereine betroffen. So versuchte die AfD über den Kulturkonvent des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen dem Döbelner Verein Treibhaus e.V. seine Förderung zu entziehen. Als Beweis für die Verletzung einer angeblichen Neutralitätspflicht sowie Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung dienten dabei Fotos antifaschistischer Aufkleber im

[18] Manuela Lück, 2017, Die Kulturpolitik der Alternativen für Deutschland, weiterdenken.de, S. 20.

[19] AfD, 2017, Programm. Für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24.09.2017, Berlin.

[20] Süddeutsche, Druck von rechts, sueddeutsche.de vom 27.08.2019.

[21] ebd.

[22] AfD Mittelsachsen, 2019, Wasser predigen und Wein trinken - Kein Dialog am 28.03.2019 in Freiberg, afd-mittelsachsen.de.

### März

Der Leipziger Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich spricht auf einer rechten Demonstration unter dem Motto „Nein zur Groko“ in Berlin. Anmoderiert wird er vom Neonazi Alexander Kurth (ehemals NPD, Thügida, Republikaner, ADPM). An der Demonstration nehmen neben Anhänger\*innen der AfD auch viele Neonazis teil. Einige zeigen den Hitlergruß, andere bedrängen Journalist\*innen.

### März

Nach öffentlichem Druck und innerparteilicher Kritik aufgrund einer rassistischen Rede beim politischen Aschermittwoch gibt der sachsen-anhaltinische AfD-Fraktionsvorsitzende André Poggenburg seine Ämter ab und tritt schließlich aus der AfD aus. Seine Abspaltung »Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland« (ADPM) versucht mehrfach erfolglos in Leipzig-Connewitz zu demonstrieren.

### April

In Torgau organisieren AfD und das rechtspopulistischen Querfrontprojekt »Spektrum Aufrechter Demokraten« eine gemeinsame „Friedensdemonstration“. Redner sind der Chefredakteur des Compact-Magazins Jürgen Elsässer und der ehemalige sachsen-anhaltinische AfD-Fraktionsvorsitzende André Poggenburg.

### April

Der mittelsächsische Bundestagsabgeordnete Heiko Hessenkemper referiert auf Einladung des AfD-Kreisverbandes Leipzig zum Thema „Perversionen in der Politik“. Unter dem Titel „Perversitäten der politisch-medialen Klasse“ erscheinen auf der Homepage von Hessenkemper unregelmäßig Beiträge, welche sich mit aktuellen politischen Themen und Geschehnissen auseinandersetzen. Dabei diffamiert er regelmäßig Politiker\*innen und hetzt gegen Geflüchtete.

### Juni

Auf dem Bundeskongress der »Jungen Alternative« spricht Alexander Gauland (Bundessprecher AfD) mit Blick auf den Nationalsozialismus in Deutschland von einem „Vogelschiss“.

### Juli

Der bekannte AfD-Politiker Guido Reil (ehemals SPD) referiert bei der Leipziger Burschenschaft Arminia zu Leipzig zum Thema „Argumente für eine patriotische Sozialpolitik“. Die Burschenschaft ist im extrem rechten Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ organisiert.

### August

Die AfD Sachsen bzw. deren Landtagsabgeordnete Carsten Hütter veröffentlicht unter dem Titel „CDU fördert Islamisierung Sachsens“ eine Mitteilung. In dieser wird der Verein „Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.“, welcher in Leipzig eine Beratungsstelle betreibt und diverse Projekte durchführt, diffamiert. Das im Rahmen des Vereins geförderten Projekt „Vaterzeit im Ramadan“ wird als „Gehirnwäsche mit Steuermitteln“ und „Propaganda“ bezeichnet. Die Mitteilung schließt mit der Forderung nach Streichung der Fördermittel.

### September

Die »Patriotische Plattform« gibt ihre Selbstauflösung bekannt. Der Vorsitzende Hans-Thomas Tillschneider (MdL Sachsen-Anhalt) erklärt die Ziele der »Patriotischen Plattform« als erfüllt: „Wir können alles, was wir sagen und tun wollen, auch auf allen Ebenen der AfD sagen und tun.“

### Oktober

Die AfD Landkreis Leipzig verbreitet auf ihrer Facebook-Seite ein Bild mit der Frage „Gibt es einen Soros-Putsch in Deutschland?“. Dazu wird ein Video vom Verschwörungstheoretiker Oliver Janich verlinkt.

### November

Die AfD Landkreis Leipzig veranstaltet eine Kundgebungsreihe gegen den »UN-Migrationspakt« in Pegau, Groitzsch, Bad Lausick, Colditz, Brandis, Wurzen und Grimma. In den meisten Fällen erscheinen lediglich einige wenige AnhängerInnen der AfD.

### Dezember

Der Pressesprecher des AfD-Kreisverbandes Landkreis Leipzig, Horst Juhlemann, verschickt anlässlich eines Werbespots der Firma Rügenwalder, in welchem ein Schwarzer Protagonist zu sehen ist, eine Beschwerdemail an die Firma und die Presse. Darin bezeichnet er den Schwarzen als „Afrikaner“ und bezweifelt, dass er gut integriert werden könnte. Mehrere Parteikolleg\*innen distanzieren sich öffentlich von Juhlemanns Schreiben. Er muss kurz darauf sein Amt abgeben.

## 2019

### Januar

Der Verfassungsschutz bezeichnet die Gesamtpartei AfD als „Prüffall“ für eine Beobachtung. Dies ist die Vorstufe des Verdachtsfalls, bei welchem auch nachrichtendienstliche Mittel angewendet werden dürfen. Kurz darauf untersagt das Verwaltungsgericht Köln dem Verfassungsschutz, die Partei so zu bezeichnen. Im Gegensatz zur Gesamtpartei sind der parteiinternen »Flügel« sowie die offizielle Parteijugend »Junge Alternative« Verdachtsfälle des Verfassungsschutzes.

### Mai

Auf das Aufhängen von AfD-Plakaten angesprochen, greift eine Person in der Leipziger Südvorstadt zwei andere Personen mit einem Teleskopschlagstock und einer Leiter an.



photos: Steffen Pödder - CC BY-SA 4.0

Thomas Kemmerich (FDP) bei seiner Vereidigung zum Ministerpräsidenten von Thüringen im Februar 2020.

[23] Deutschlandfunk, AfD setzt sächsischen Verein finanziell unter Druck, deutschlandfunkkultur.de vom 13.12.2019.

[24] Deutschlandfunk, Warum Michael Heym mit der AfD reden will, deutschlandfunkkultur.de vom 05.11.2019.

[25] Report Mainz, Wie hält es die Lokalpolitik mit der AfD?, SWR vom 11.09.2019.

[26] MDR, 2019, Thüringer „Appell konservativer Unionsmitglieder“ zum Download, mdr.de.

[27] Alexander Häusler/ Fabian Virchow, 2016, Neue Soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg.

Vereinshaus. Der seit 1997 tätige Verein bangte um die Förderung und somit um mehrere Stellen. Eine vom Kulturkonvent geforderte Stellungnahme „gegen Extremismus“ führte schlussendlich zur Gewährung der Förderung für den Treibhaus e.V.<sup>[23]</sup>

### Brandmauern und Dambruch

Dass eine parlamentarische Zusammenarbeit auf Koalitionsebene von den anderen demokratischen Parteien in den meisten Fällen verweigert wird, schmälert dabei vorläufig den politischen Einfluss der AfD. Doch lässt sich auf Kommunal- und Landesebene eine Kooperationsbereitschaft und gegenseitige Unterstützung zwischen AfD und CDU beobachten.<sup>[24]</sup> Bereits kurz nach der Thüringer Landtagswahl 2019 äußerte sich der Landtagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzen der der Thüringer CDU Michael Heym positiv gegenüber möglichen Gesprächen mit der AfD.<sup>[25]</sup> Ihm folgten weitere 17 CDU-Abgeordnete in einem Brief unter dem Titel „Demokratie erfordert Dialog‘ Appell konservativer Unionsmitglieder in Thüringen“. In ihrem Schreiben schlossen diese zwar Koalitionen mit der AfD oder der Linken aus, befürworteten aber dennoch einen „Gesprächsprozess mit ALLEN demokratisch gewählten Parteien im Thüringer Landtag“<sup>[26]</sup>, der ergebnisoffen zu führen sei. Im Februar 2020 wählten in Thüringen schließlich AfD, CDU und FDP ge-

meinsam einen Ministerpräsidenten der FDP, ein Vorgang, der sowohl bei FDP und CDU, als auch in der bundesweiten Presse und Zivilgesellschaft eine Welle der Empörung und des Protests auslöste. Der FDP-Ministerpräsident trat schließlich nach wenigen Tagen zurück. Es bleibt zu hoffen, dass ein solcher Vorgang einmalig bleibt.

### Ausblick

In Anbetracht der Entwicklung der AfD muss also die Hoffnung einer Zählung oder Demaskierung der AfD durch Einbindung in politische und parlamentarische Prozesse scharf zurückgewiesen werden. Im Gegenteil ist auch nach dem Einzug in den Bundestag eine weitere Radikalisierung zu beobachten. In Zukunft werden voraussichtlich Themen der Sozial- und Klimapolitik stärker ins Zentrum der Auseinandersetzung der AfD rücken. Dabei ist die AfD als der parlamentarische Arm einer „neuen sozialen Bewegung von rechts“<sup>[27]</sup> zu betrachten. Rassistische und antifeministische Straßenproteste, (neu-)rechte Zeitschriften und Initiativen haben ihr Handeln zunehmend auf die AfD ausgerichtet. Die AfD bietet für diese einen inhaltlichen Ankerpunkt, finanzielle Grundlagen und Reichweite in den sozialen Medien. Diese Verschiebung nach rechts wird sich so schnell nicht rückgängig machen lassen. ■

**Mai**

Ein Wahlkampfshelfer der AfD trägt beim Plakatieren in der Eisenbahnstraße eine Schreckschusspistole. Da die Eisenbahnstraße eine Waffenverbotszone ist, dürfen solche Gegenstände dort nicht getragen werden.

**Mai**

Der Landtagsabgeordnete und Stadtratskandidat Roland Ulbrich, von Beruf Rechtsanwalt, stellt bei Facebook eine Situationsbeschreibung und eine daran anschließende Frage ein. Er will diskutieren, ob eine Person die eine andere erschießt, weil diese Plakate abreißt, sich strafbar macht. Laut seiner Rechtsauffassung handle der Täter aus Nothilfe und mache sich nicht strafbar.

**Mai**

Kommunal- und Europawahlen in Sachsen. Zur Kommunalwahl erringt die AfD 15,5% in Leipzig, 26,7% in Nordsachsen und 25,2% im Landkreis Leipzig.

Zur Europawahl erreicht die AfD 11,0% und zieht mit elf Abgeordneten in das Europaparlament ein. In Sachsen wird sie bei dieser Wahl mit 25,3% knapp stärkste Kraft vor der CDU.

**Juni**

Der Stadtrat und Fraktionsvorsitzende Tobias Keller vergleicht die klare Haltung der anderen Fraktionen im Leipziger Stadtrat gegenüber der AfD-Fraktion mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus.

**August**

Im Rahmen des Wahlkampfes und zur Unterstützung des Direktkandidaten Jörg Dornau (Wahlkreis 25) kommen der sächsische Landtagsabgeordnete Jens Maier und der thüringische Fraktionsvorsitzende Björn Höcke nach Grimma. Mehrere hundert Personen nehmen an der Veranstaltung im Rathaussaal teil.

**August**

Ein Bornaer AfD-Stadtrat Reinhard Jöricke verschickt anlässlich einer Podiumsdiskussion des DGB im Vorfeld der Landtagswahl in Borna einen Drohbrief, weil seine Partei nicht zur Diskussion eingeladen ist. Er schreibt darin wörtlich: „Ihr gehört ewig in die Jagdgründe, weg mit dem roten Viehzeug“. Er kündigt weiterhin an zur Veranstaltung zu erscheinen. Diese verläuft allerdings ohne Zwischenfälle. Er wird kurz darauf aus der Fraktion ausgeschlossen.

**August**

Im Rahmen des Wahlkampfes und zur Unterstützung des Direktkandidaten Jörg Dornau (Wahlkreis 25) kommt der brandenburgische Fraktionsvorsitzende Andreas Kalbitz nach Naunhof. Circa 100 Personen nehmen an der Veranstaltung im Stadtgut teil.

**September**

Zur Landtagswahl erreicht die AfD landesweit 27,5%. In der Leipziger Region kann Gudrun Petzold (Wahlkreis 36/Nordsachsen 3, Listenplatz 50, Direktmandat) ein Direktmandat erringen. Aus der Region ziehen weiterhin Holger Hentschel (Wahlkreis 33/Leipzig 7, Listenplatz 9), Tobias Keller (Wahlkreis 32/Leipzig 6, Listenplatz 18), Roland Ulbrich (Wahlkreis 34/Nordsachsen 1, Listenplatz 21) und Jörg Dornau (Wahlkreis 25/Leipzig Land 3, Listenplatz 24) über die Liste in den Landtag ein.

**Oktober**

Der Stadtrat und Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich, von Beruf Rechtsanwalt, fragt bei Facebook in Bezug auf den rechtsterroristischen Anschlag in Halle am Tag zuvor „Was ist schlimmer, eine zerstörte Synagogen tür oder zwei getötete Deutsche?“. Damit unterstellt er, dass Jüd\*innen keine Deutschen seien und verharmlost den Anschlag.

**Dezember**

Der Bundestagsabgeordnete Lars Hermann tritt aus der AfD aus. Als Grund gibt er die Einstufung des Flügels als „rechtsextremistisch“ sowie den Einfluss des Flügels in Sachsen an. Während des Wahlkampfes 2017 war der Polizist mit Law and Order-Positionen aufgefallen.

**2020****Februar**

Christoph Neumann (MdB) erhält als Kandidat der AfD zur Oberbürgermeisterwahl 19 854 (8,7%) der Stimmen. Zum zweiten Wahlgang tritt er nicht an.

**Februar**

Die AfD Landkreis Leipzig verbreitet auf ihrer Facebook-Seite ein verschwörungsideologisches Sharepic in welchem dem US-amerikanischen jüdischen Milliardär George Soros vorgeworfen wird insgeheim Einfluss auf die Geschehnisse der Welt zu nehmen.

**Februar**

Der Verfassungsschutz überwacht mit nachrichtendienstlichen Mitteln die AfD-Politiker Björn Höcke (MdB Thüringen, Landes- und Fraktionsvorsitzender), Andreas Kalbitz (MdB Brandenburg, Landes- und Fraktionsvorsitzender, Mitglied Bundesvorstand) sowie Hans-Thomas Tillschneider (MdB Sachsen-Anhalt).

**Februar**

Der ehemalige Pressesprecher der AfD Landkreis Leipzig Horst Juhlemann wird vor dem Amtsgericht Dresden zu einer Geldstrafe in Höhe von 2.400€ verurteilt. Er hatte im Juli 2019 auf einer Pegida-Demonstration in Dresden den Hitlergruß gezeigt.

**März**

„Der Flügel“ wird vom VS-Bundesamt als „rechtsextrem“ und Beobachtungsobjekt eingestuft.

02 KAPITEL

# AFD LOKAL – EINBLICKE INS KOMMUNALE



# DAS KOMMUNALWAHL-PROGRAMM DER AfD

von chronik.LE

Am 26. Mai 2019 fanden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Gewählt wurden Vertretungen für die Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsräte sowie einige Bürgermeister\*innen. Wie hat die AfD diesen Wahlkampf in Leipzig, dem Landkreis Leipzig und Nordsachsen eigentlich bestritten? Mit welchen Themen und welcher Haltung trat sie in die Öffentlichkeit? Der folgende Text soll Aufschluss darüber geben.

## Ergebnisse der Kommunalwahl

Im Zuge der Kommunalwahlen 2019 konnte die AfD ihre Mandate in den Kreistagen, Stadträten, Gemeinde- und Ortschaftsräten in Sachsen im Vergleich zur vorherigen Kommunalwahl im Jahr 2014 deutlich ausbauen.<sup>[1]</sup> So erhielt die AfD 2019 252 Mandate in den sächsischen Kreistagen und 748 Mandate in den Gemeinderäten. Auf Kreistageebene schwankten die Ergebnisse dabei zwischen 19,1% im Vogtlandkreis und 29,4% im Landkreis Bautzen, in welchem sie wie im Landkreis Görlitz mit 29,1% stärkste Kraft wurde. In Nordsachsen erzielte die AfD 19,4% (16 von 80 Sitzen), im Landkreis Leipzig 21,4% (19 von 86 Sitzen). In der Stadt Leipzig erreichte die AfD Leipzig 14,9% (11 von 70 Sitzen).<sup>[2]</sup>

Unterhalb der Kreistageebene trat die AfD im Landkreis Leipzig in 22 von 30 Kommunen an, in Nordsachsen lediglich in 12 von 30 Kommunen.<sup>[3]</sup> Auch in den Kommunen, in welchen sie antrat, konnte sie in vielen Fällen nicht genügend Kandidat\*innen aufbringen um alle gewonnenen Sitze zu belegen.

## Kommunaler Anstrich im Wahlprogramm

In der Stadt Leipzig und dem Landkreis Leipzig trat die AfD mit einem Kommunalwahlprogramm an, für Nordsachsen ist ein solches nicht auffindbar. In beiden vorhandenen Wahlprogrammen wird der bundesweiten, übergeordneten Programmatik mit den Themen Migration, Sicherheit, Klimapolitik, etc. lediglich ein oberflächlicher kommunaler Anstrich verpasst. Ähnliches ist im Landtagswahlkampf zu beobachten.<sup>[4]</sup> Zwar geht die AfD Leipzig in ihrem Kommunalwahlprogramm auf die steigende Bevölkerungsentwicklung der Stadt ein und vermittelt einige Vorschläge im Bereich Verkehr und Infrastruktur. Darüber hinaus besteht der Regionalbezug jedoch überwiegend in einleitenden Sätzen zu einzelnen Programmpunkten, in der Kritik an vermeintlich linken Orten und Institutionen sowie einer oppositionellen Haltung gegenüber allen anderen Parteien auf Kommunal-, Landes-, und Bundesebene. Konkrete politische Vorstellungen und Visionen finden sich im Wahlprogramm für die Stadt Leipzig indes nicht. Im Wahlprogramm der AfD im Leipziger Land finden sich noch weniger Regionalspezifika.

Werden konkrete Vorschläge gemacht, so stellt sich in beiden Wahlprogrammen oftmals die Frage nach der Sinnhaftigkeit und des Einflusses der Vorschläge auf die kritisierten Zustände. So wirken Vorschläge der AfD Leipzig wie „Handwerkerparken in Wohnvierteln“ und die Einführung der „Grünen Welle auf den Hauptstraßen Leipzigs“ zur Wirtschaftsförderung eher

[1] Tilo Giesbers, Kommunalwahl 2019: extrem rechte Antritte und Mandate, apabiz.de vom 01.07.2019

[2] Vgl. Artikel „Die Leipziger AfD vor und nach der Kommunalwahl 2019 – Ergebnisse und Strategien“ in dieser Broschüre, S. 22.

[3] Vgl. Artikel „Kommunalpolitik der AfD in den Landkreisen“ in dieser Broschüre, S. 28.

[4] Vgl. Artikel „Der Landtagswahlkampf der AfD“ in dieser Broschüre, S.34.

[5] Vgl. Kommunalwahlprogramm AfD Leipzig 2019, S.1.

[6] Vgl. ebd. S.9.

[7] Vgl. ebd. S.2.

[8] ebd. S. 6.

[9] ebd. S.7.

[10] AfD Nordsachsen, Dank an die Bürger, afd-nordsachsen.de vom 17.06.2019.

[11] Kommunalwahlprogramm AfD Landkreis Leipzig, S.1.

[12] ebd. S.1.

[13] Vgl. Gideon Botsch, Populismus plus Programm: Das Dilemma der AfD, in Blätter, 6/2016.

[14] Günther Medicus, Kommentar zur Europa- und Kommunalwahl am 26.05.2019., afd-nordsachsen.de vom 26.05.2019.

[15] Kommunalwahlprogramm AfD Leipzig, S.9.

possierlich. <sup>[5]</sup> Dem Problem der prekären Situation von Künstler\*innen möchte die AfD Leipzig zwar mit der Schaffung einer „Galerie der Zukunft“ begegnen, jedoch wird gleichzeitig die Kommune zur verstärkten Kontrolle der begrenzten Finanzmittel für Kultur aufgefordert.<sup>[6]</sup> Ob die Schaffung einer Galerie notwendige finanzielle Förderungen für die Kulturszene und Künstler\*innen ersetzt, ist durchaus fragwürdig.

### Inszenierung von Bedrohungen

Die beiden Wahlprogramme zeichnen sich, wie auch die Sprache und Rhetorik der AfD insgesamt, durch die Inszenierung von äußeren Bedrohungsszenarien durch Migration, genderpolitische Themen und die aktuelle Klimapolitik aus. So wird Leipzig in alarmistischer Sprache als „Kriminalitätshochburg Nummer Eins in Sachsen“ beschrieben und vor der „fortschreitenden Islamisierung“ gewarnt.<sup>[7]</sup>

Die Leipziger AfD fordert in ihrem Kommunalwahlprogramm im Absatz „Kinder, Jugend, Schule, Soziales und Gesundheit“ eine „Willkommenskultur für Kinder“.<sup>[8]</sup> Diese auf den ersten Blick harmlose Forderung wird allerdings Hilfeleistungen für Geflüchtete gegenübergestellt und damit suggeriert, dass Kinder aufgrund von Sozialleistungen für Geflüchtete weniger bekommen würden. Auch die Notwendigkeit der Schaffung neuer Kinderarztstellen wird in einen direkten Zusammenhang mit der „starken Erhöhung der Zahl von Patienten mit Migrationshintergrund in den Arztpraxen und Krankenhäusern“<sup>[9]</sup> gebracht. Statistische Quellen für diese Behauptung bleiben außen vor. In beiden Beispielen zeigt sich die Verbindung unabhängiger Themen als gezielte Strategie der AfD. Kinder und Geflüchtete werden gegeneinander ausgespielt und rassistische Ressentiments geschürt.

Auch im Wahlprogramm der AfD im Landkreis Leipzig werden die Themen Ordnung, Sicherheit und Asyl in einem Atemzug behandelt und rahmen somit Kriminalität als Phänomen einer sogenannten „Ausländerkriminalität“. Damit wird suggeriert, dass nur „Ausländer\*innen“ kriminell seien und der Bezug zu einer, aus Sicht der AfD, verfehlten Einwanderungs- und Integrationspolitik hergestellt.

### Inszenierung als Volkspartei

Neben den bereits erwähnten Punkten, versteht sich die AfD im Zuge der Sächsischen Kommunalwahl als „Volkspartei“, die das „Ohr an die Masse legt“.<sup>[10]</sup> Das Wahlprogramm des Kreisverbands Leipziger Land illustriert dies beispielhaft durch die Forderung

der „Wiederherstellung der kommunalen Selbstbestimmung“.<sup>[11]</sup> Der Ruf nach einer „stärkere[n] basisdemokratische[n] Einbeziehung der Bürger durch direkte Demokratie“<sup>[12]</sup> geht mit einer vulgärdemokratischen, identitären Demokratievorstellung, „die von einem homogenen Volk und einem vorgegebenen, einheitlichen Volkswillen ausgeht“<sup>[13]</sup> einher. Auch im Kreisverband der AfD Nordsachsen wird die Inszenierung als Vertreter\*in der Bürger\*innen vor Ort durch die inflationäre Verwendung spezifischer Begriffe in der Betitelung von Veranstaltungen als „Bürgergespräche“, „Bürgerdialog“, „Bürgersprechstunde“, „Bürgerforum“ und „Bürger-Fragestunde“ deutlich. Inwiefern diese Veranstaltungen jedoch inhaltlich tatsächlich zur demokratischen Beteiligung der Bürger\*innen und zur Pluralität unterschiedlicher Meinungen und Haltungen beiträgt, darf bezweifelt werden. Klar ist, dass mit diesen Bezeichnungen das Image der AfD als vermeintlich bürgerliche Partei gestärkt werden soll.

### Fokus auf umweltpolitische Themen und deren Deutung

Auffällig bei der Analyse der Wahlprogramme der AfD Leipzig, des Kreisverbands Landkreis Leipzig als auch der Pressemeldungen der AfD Nordsachsen ist die Thematisierung von Umwelt- und Klimapolitik. Diese fällt sehr detailliert aus, steht jedoch im Einzelnen zu anderen Programmpunkten sowie untereinander im Widerspruch. Menschengemachter Klimawandel wird als Lüge beschrieben und „Klimaretter als ideologiebasiertes Regime“<sup>[14]</sup> auf eine Ebene zur DDR gesetzt. Damit verbundene städtische und kommunale Maßnahmen, wie die Einrichtung der Umweltzone in Leipzig, das Fahrverbot für Dieselfahrzeuge lehnt die AfD als „schleichende Enteignung der Kfz-Besitzer“<sup>[15]</sup> ebenso ab, wie die Verringerung des Braunkohleabbaus mit der Begründung der Sicherung von Arbeitsplätzen. Dabei nutzt die AfD die Ängste ihrer Wähler\*innen, welche eine Einschränkung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit ablehnen. Demgegenüber wird der „Schutz von Natur und Umwelt“ als ein „politisch konservatives Anliegen“ beschrieben. Damit beansprucht die AfD eine Deutungshoheit für natur- und umweltpolitische Themen. Auch hier finden sich viele Allgemeinplätze und wenig regionalspezifisches: So setzt sich die AfD für eine Minderung des Fluglärms, für die „Vergrößerung des Bestandes an Erholungs- und Grünflächen“ sowie gegen „weiteren Entzug[s] von landwirtschaftlichen Nutzflächen für ineffiziente Solaranlagen“ und den „Ausbaus der hochsubventionierten Windkraft“ zum Schutze der „Kulturlandschaft



Wahlplakat der AfD zur Stadtratswahl 2019 in Leipzig

und Vögel“ als Maßnahmen zum nachhaltigen Schutz von Natur und Umwelt ein.<sup>[16]</sup> In den Ausführungen findet sich einerseits eine Fokussierung auf spezifische Wähler\*innengruppen (wie Landwirt\*innen) sowie andererseits eine Inszenierung als umwelt- und naturverbundene Partei, welche eine heimatorientierte und bevölkerungsnahe Politik betreibt, wieder.

### Relevanz der Kommunalwahlen für die AfD

Auch wenn die Kommunalpolitik im politischen Fokus eher eine randständige Position einnimmt und im Gegensatz zur Landes- und Bundespolitik oftmals wenig Beachtung findet, so haben Entscheidungen auf dieser Ebene im politischen System ganz konkreten Auswirkungen auf alle Bewohner\*innen, Vereine und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen der jeweiligen Kommune. Auch Vertreter\*innen der AfD haben die Relevanz der Kommunalpolitik als „Verankerung der Partei in der Fläche“<sup>[17]</sup> erkannt. So forderte Björn Höcke bereits im Januar 2018: „Jetzt müssen wir die kommunalpolitische Ebene in Angriff nehmen (...) überall dort müssen wir jetzt rein: in die Landratsämter, in die Kreistage, in die Stadträte, wir müssen Bürgermeister stellen.“<sup>[18]</sup> Durch den Ausbau der AfD auf kommunale Ebene findet eine Verzahnung zwischen kommunaler,

Landes- und Bundesebene der Partei statt, welche sich beispielsweise in der Begleitung von Kampagnen der Landes- oder Bundespartei durch gezielte Anfragen kommunaler AfD-Politiker\*innen in einzelnen Kommunen äußert. Auch die propagierte „Volksnähe“ wird auf kommunaler Ebene durch Vertreter\*innen vor Ort, unabhängig ihrer dargestellten Inhalte, vermittelt.

### Fazit

Während die Kommunalpolitik bundesweit für die AfD einen erhöhten Stellenwert einnimmt, steht dies immer noch im Widerspruch zur Praxis der geringen Aufstellung von Kandidat\*innen für kommunale, zumeist ehrenamtliche Gremien. Hier trifft die propagierte Bürgernähe auf die Realität. Auch die inhaltlich oberflächlich ausgearbeiteten, wenig regionalspezifischen Aspekte sprechen nicht unbedingt für eine tiefgreifende regionale Verankerung der Partei. Stimmenabgabe für die AfD bei der Kommunalwahl erfolgt dementsprechend scheinbar nicht auf Grundlage kommunalpolitischer Thematiken, sondern aufgrund übergeordneter Themen, für die die AfD steht. Eine Entwicklung, welche sich auch bei der Landtagswahl beobachten lässt.<sup>[19]</sup> ■

[16] Vgl. Kommunalwahlprogramm AfD Landkreis Leipzig, S.3.

[17] Tilo Giesbers, Kommunalwahl 2019: extrem rechte Antritte und Mandate, apabiz.de vom 01.07.2019.

[18] Vgl. Kai Budler, »Bewegungspartei« mit »Abschieden-Initiative 2020«, in »der rechte rand« Ausgabe 180.

[19] Vgl. Artikel „Der Landtagswahlkampf der AfD“ in dieser Broschüre, S. 22.

# DIE LEIPZIGER AfD VOR UND NACH DER KOMMUNALWAHL 2019

## ERGEBNISSE UND STRATEGIEN

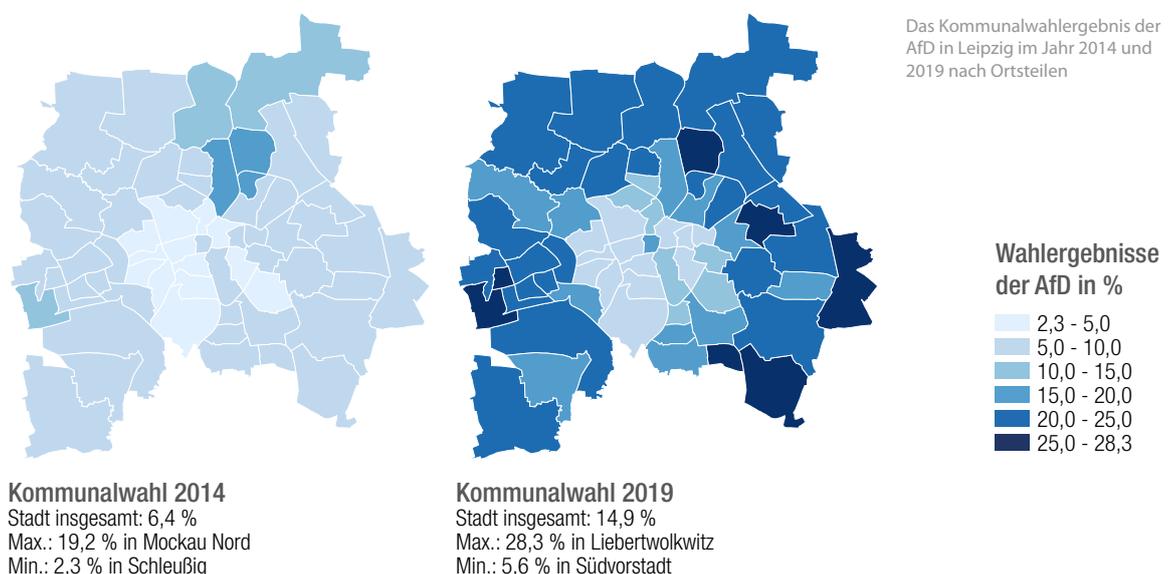
von Elisa Gerbsch & Peter Bescherer

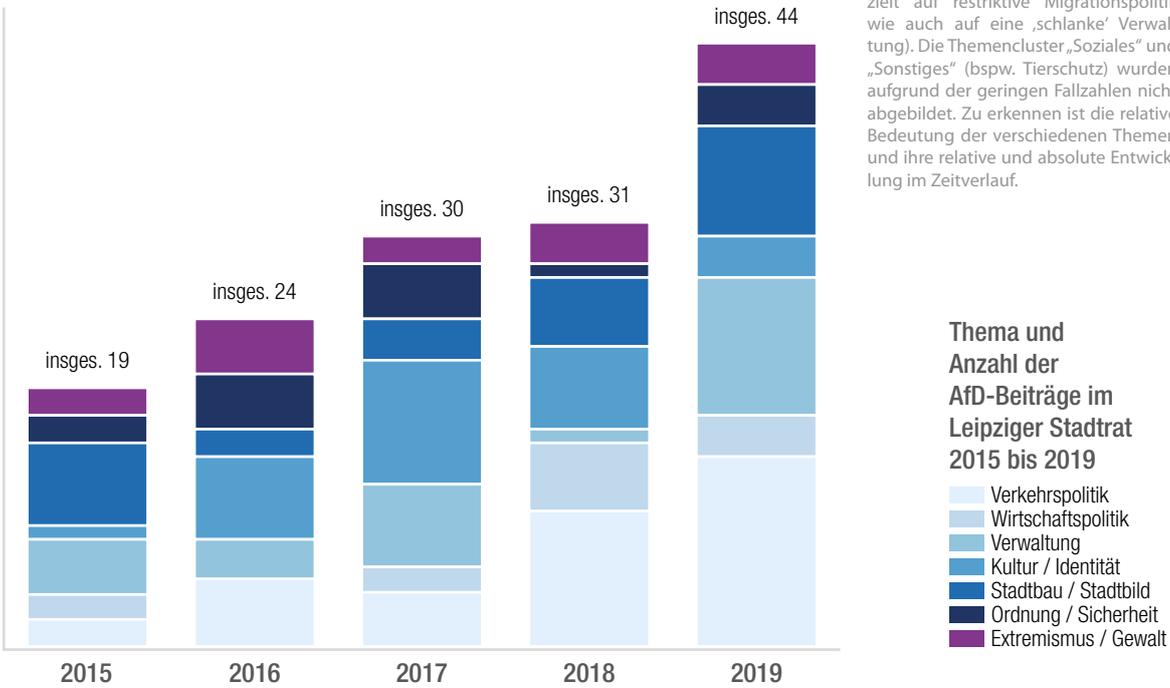
Bei der Diskussion um die zunehmende Verbreitung rechter Denkmuster in Alltag und Politik wird in angebots- und nachfrageseitige Ursachen unterschieden. Es gibt demnach gesellschaftliche Gründe dafür, dass Menschen bestimmte politische Vorstellungen befürworten, also nachfragen. Und es gibt Parteien oder Gruppierungen, die ein politisches Angebot machen, also mit Zielvorstellungen oder Gesetzesvorhaben um Sympathien, Wähler\*innenstimmen oder Mitglieder werben. Die Kategorien Angebot und Nachfrage haben zwar den Nachteil, dass sie Politik auf ein marktübliches Produkt reduzieren. Sie helfen andererseits, die Rechtsverschiebung politischer Diskurse ebenso als Folge von Demagogie seitens politischer „Unternehmer\*innen“ als auch von aktiver Zustimmung ihrer „Kundschaft“ zu begreifen. Bei unserer Recherche gingen wir der Frage nach, welches Zeugnis der AfD nach fünf Jahren Kommunalpolitik ausgestellt werden kann. Uns interessierte die thematische und strategische Ausrichtung der AfD in Leipzig und welche Änderungen seit Beginn des Untersuchungszeitraums 2014 zu verzeichnen sind. Zieht die Partei in jenen Teilen des Stadtgebiets, wo sie auffallend häufig gewählt wurde, einen Nutzen aus kleinräumigen Besonderheiten? Lässt die Stadtratsarbeit einen besonderen Bezug zu diesen Gebieten erkennen? Das Zusammentragen jüngster Ergebnisse und Nachzeichen

bisheriger Strategien sollte schlussendlich auch Entwicklungen aufzeigen, die sich für die Zukunft ankündigen. Um die Nachfrage nach rechter Politik beurteilen zu können, ziehen wir zunächst die AfD-Wahlergebnisse und ihre Verteilung im Leipziger Stadtgebiet nach den Kommunalwahlen 2014 und 2019 heran. Anschließend werten wir die Arbeit der AfD im Stadtrat sowie den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten aus, um die Angebotsseite zu beleuchten.

### Gesamtstädtische Wahlmuster der AfD in Leipzig

Am 26.05.2019 beteiligen sich insgesamt 278.667 wahlberechtigte Leipziger\*innen in 63 Ortsteilen an der Wahl des zukünftigen Stadtrates. Die Wahlbeteiligung steigt damit im Vergleich zur letzten Kommunalwahl im Jahr 2014 um etwa 18 Prozentpunkte auf nahezu 60%. Mehr als jede\*r Siebte\*r wählt bei der jüngsten Kommunalwahl die Partei „Alternative für Deutschland“. Die AfD verdoppelt im Vergleich zu 2014 demnach ihre Stimmenanteile bei der Kommunalwahl 2019. Insgesamt wählen 14,9% der wahlberechtigten Leipziger\*innen die rechte Partei. Während sich die Bandbreite des Stimmumfangs 2014 noch zwischen 2,3% (Schleußig) und 19,2% (Mockau-Nord) bewegte, verlagert sich das Spektrum nun nach oben auf 5,6% (Südvorstadt) und 28,3% (Liebertwolkwitz). In den Ortsteilen Paunsdorf, Meusdorf





Die 158 Stadtratsvorgänge seitens der AfD wurden zehn Themenclustern zugeordnet, wobei zehn Beiträge doppelt erfasst wurden (die 2015 geforderte „Eröffnung eines Bürger-Spendenkontos der zur Mitfinanzierung von Unterkünften und sozialen Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber“ etwa zielt auf restriktive Migrationspolitik wie auch auf eine ‚schlanke‘ Verwaltung). Die Themencluster „Soziales“ und „Sonstiges“ (bspw. Tierschutz) wurden aufgrund der geringen Fallzahlen nicht abgebildet. Zu erkennen ist die relative Bedeutung der verschiedenen Themen und ihre relative und absolute Entwicklung im Zeitverlauf.

und Liebertwolkwitz erhöht sich der Stimmenanteil der AfD um rund 20 Prozentpunkte. War die AfD von 2014 bis 2019 erst mit vier Sitzen im Stadtrat vertreten, bekleiden seit Mai 2019 zehn Männer und eine Frau ein Stadtratsmandat für die AfD.

Die beiden Karten (Abb.1) veranschaulichen die AfD-Stimmenanteile in den Ortsteilen bei den Kommunalwahlen 2014 und 2019. Im Jahr 2014 musste im Wahlkreis 9 neu gewählt werden, da der damalige NPD-Kandidat Alexander Kurth trotz Vorstrafe zur Stadtratswahl antrat. Aufgrund gefährlicher Körperverletzung, der Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und wegen Betrugs verbrachte er mehrere Jahre im Gefängnis. Außerdem verlor er für die Dauer von fünf Jahren die Befugnis, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen. Kurth machte aus seiner Unwählbarkeit eine „Diffamierungskampagne medialer Giftspritzer“ und gab vor allem der „Systempresse“ Schuld an seinem Ausschluss und der Teilneuwahl im Wahlkreis 9. Seine Selbstinszenierung zum Opfer öffentlicher Berichterstattungen brachten in den zur Nachwahl aufgeforderten Ortschaften im Leipziger Norden der AfD besonders viele Stimmen ein <sup>[1]</sup>. Bis auf diese Ausnahme im Abstimmungsverhalten zeichnete sich beim erstmaligen Wahlantritt der AfD im Jahr 2014 bereits ein gesamtstädtisches Verteilungsmuster ab: Die Gebiete im

Zentrum der Stadt weisen niedrigere AfD-Stimmenzahlen auf als die randstädtischen Gebiete.

Der Vergleich der beiden Kartendarstellungen der AfD-Ergebnisse in den Ortsteilen zeigt, dass sich dieses Muster im Jahr 2019 fortsetzt bzw. verstärkt. Die Zunahme der Stimmenzahlen vom Zentrum zum Stadtrand kann jedoch nicht mit der räumlichen Entfernung an sich erklärt werden. Vielmehr hängt die AfD-Stimmenverteilung mit sozialen Unterschieden und politischen Entwicklungen zusammen, die der Distanz eine Bedeutung geben.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen unserer alltäglichen, räumlichen Umwelt (unsere Wohnungen, unsere Nachbarschaft, unsere Freizeitmöglichkeiten, unsere Arbeitsorte) und unserer Vorstellung von Gesellschaft. So hat die höhere Bevölkerungsdichte in den zentralen und zentrumsnahen Ortsteilen in der Regel eine größere Sichtbarkeit sozial und kulturell verschiedener Gruppen sowie Austauschbeziehungen und (unerwartete) Begegnungen zwischen Menschen verschiedener sozialer Herkunft zur Folge. In den randstädtischen Gebieten ist dieses Potenzial deutlich geringer. Außerdem kommt hier ein Mangel an kulturellen und sozialen Angeboten sowie, zumindest teilweise, eine verbesserungswürdige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr hinzu. Zu solchen Quartieren gehören Großwohnsiedlungen und einge-

[1] Anna Müller, Vorbestrafter NPD-Mann verursacht Wahlwiederholung in Leipzig, endstation rechts vom 20.06.2014

[2] Als Diversitätsstress bezeichnet Steffen Mau Reibungen und Konflikte mit Verhaltensweisen von Menschen die als (ethnisch) fremd empfunden werden, Vgl. Mau, 2019, Lütten Klein. Leben in einer ostdeutschen Transformationsgesellschaft, S. 230.

meindete Ortschaften, vorrangig mit Eigenheimsiedlungen. In den Plattenbau-Gebieten sind die Mieten, aber auch die Einkommen niedrig, die (häufig älteren) Bewohner\*innen erleiden „Diversitätsstress“<sup>[2]</sup>. In eingemeindeten Gebieten sind die Einkommen oft höher und deren (ebenso häufig ältere) Bewohner\*innen fürchten den Verlust von Privilegien und sehen das großstädtische Leben als Zumutung. Beide Quartierstypen weisen hohe AfD-Stimmanteile auf.

Es bleibt zu diskutieren, ob der Hinweis auf räumliche Muster im Wahlverhalten die Selbstdarstellung der AfD entzaubern kann oder sie letztendlich noch untermauert. Umgekehrt müssen wir uns auch fragen: Ist die AfD nicht auch deshalb erfolgreich, weil sie offenkundige Probleme der ungleichen räumlichen Entwicklung thematisiert (ohne ihnen mit politischen Handlungsvorschlägen zu begegnen)? Ein Einblick in die AfD-Strategien der vergangenen sechs Jahre im Leipziger Stadtrat kann erste Antworten auf diese Frage anbieten.

### Strategien der AfD im Stadtrat

Für den Zeitraum 2014 (erstmaliger Einzug in den Stadtrat) bis Ende 2019 (nach dem Wiedereinzug in den Stadtrat) dokumentiert das digitale Ratsinformationssystem der Stadt Leipzig 158 Vorgänge seitens der AfD-Fraktion. Eine Einordnung in thematische Bereiche lässt eine im Zeitverlauf zunehmende Schwerpunktsetzung im Bereich Verkehrspolitik erkennen. Die verkehrspolitischen Beiträge der AfD sind häufig verbunden mit dem Engagement für den motorisierten Individualverkehr (mehr Parkplätze, weniger Baustellen, verbesserter Verkehrsfluss) und der Abwehr von klimapolitischen Maßnahmen (vermeintlich unrechtmäßige Aufstellung von Luftmessstationen). Ihre Legitimation will die AfD aus einer bestimmten Vorstellung von einem 'richtigen' Leben ziehen, das durch Verände-

rungen bedroht werde. Über den Hintergrund entsprechender Anfragen gibt der Fraktionsvorsitzende Tobias Keller im Amtsblatt (Ausgabe 4/2015) Auskunft: „Es darf nicht sein, dass Tempo 30 auf Hauptstraßen, Verknappung von Parkplätzen und Einbahnstraßenlabyrinth sowie restriktive Ampelschaltungen das Leben in dieser Stadt erschweren.“ Hier kommen Vorstellungen einer einheitlichen Lebensweise zum Ausdruck. 'Normale' Stadtbewohner\*innen, wie die AfD sie vor Augen hat, nutzen täglich das Auto, um aus beruflichen Gründen oder zum Einkaufen vom Stadtrand in die Innenstadt zu fahren. Radfahrende oder der Öffentliche Nahverkehr spielen dabei fast keine Rolle. Angriffe auf diese 'normale' Lebensweise würden Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand gefährden.

Mit Wirtschafts- und Standortpolitik ist ein Themenschwerpunkt benannt, der sich im Zeitverlauf als stabil erweist. Die Fraktion bezieht hier vornehmlich marktliberale Positionen, setzt sich für die Förderung des Handwerks und der Industriearbeit sowie die Unterstützung von Selbständigen ein. Wie wirtschaftspolitische Vorstellungen auf ungehindertes Unternehmer\*innentum und den Abbau von Investitionshemmnissen abzielen, so soll auch die Verwaltung selbst wie ein Unternehmen funktionieren: Sie soll möglichst schlank gehalten und effizient gestaltet sein. Ein großer Teil der AfD-Stadtratsarbeit dreht sich dementsprechend um Einsparmöglichkeiten und den „Verzicht auf ideologisch geprägte Aufgaben“, etwa die Unterstützung der feministischen Bibliothek MONALiesA und der Umweltbibliothek des Ökolöwe Umweltbund Leipzig oder die Kofinanzierung des EU-Schulobst-, Schulgemüse- und Schulmilchprogramms. Der Themenbereich Verwaltung umfasst jedoch auch viele Beiträge, die sich mit der angeblich verletzen politischen Neutralität beschäftigen, nämlich dann, wenn die AfD kritisiert wird.

Viele Einlassungen der Fraktion (26 von 158) fallen



Das Neue Leipziger Rathaus: Hier finden die Sitzungen des Stadtrats statt

photos: leipzig via Pixabay

unter die Rubrik Kultur und Identität. So etwa die Förderung bestimmter Sportstätten oder anderer Formen volkstümlicher Kultur (Zoo, Kleinmesse, Zirkus) sowie die Initiativen zur Benennung von Schulen (Katharina von Bora) oder Straßen (Bismarck) und zum Denkmalschutz (Wagner, Schiller). Das dahinterstehende Motiv ist die Stärkung traditionalistischer Lebensformen und der Erhalt des städtischen „kulturellen Erbes“. Haushaltskürzungen sollen dementsprechend in jenen Bereichen vorgenommen werden, die der AfD unlieb sind. So ist beispielsweise die Alternativkultur dem Verständnis der AfD nach kein notwendiger Gegenstand öffentlicher Förderung. Diese soll klassischer Musik, Sportanlagen oder dem Gedenken an das „SED-Unrechtssystem“ vorbehalten bleiben.

Sorgen um Herzeigbarkeit und Beschaulichkeit bestimmen auch die Beschäftigung der AfD mit dem Thema Städtebau (Gestaltung von Gebäuden, Stadtteilen und öffentlichen Räumen). Neben optischer, v.a. aber politischer Unbeflecktheit (etwa eine Anfrage zur „Anbringung von Transparenten an Häuserfassaden im Stadtgebiet und deren Einfluss auf das Straßenbild“) spielen aber auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle (etwa der geforderte Verkauf städtischer Grundstücke). Die Forderungen nach stärkerer Bürgerbeteiligung verknüpft die AfD in erster Linie mit politischen Anliegen im Bereich des Städtebaus (etwa die Forderung nach 'echter' Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung, einen Garagenhof auf einem städtischen Grundstück abzureißen).

Ordnung und Sicherheit (bspw. die Forderung nach einem Alkoholverbot im ÖPNV) sowie politisch motivierte Gewalt und Extremismus (bspw. die Forderung nach „Aussteigerprogrammen für linksextremistische Gewalttäter“) sind weitere Themen, die seit 2014 von der Fraktion regelmäßig in Anträgen und Anfragen aufs Tapet gebracht werden. Die Themen Flucht und Migration haben im Verlauf der letzten fünf Jahre, zumindest in den Stadtratsdokumenten der AfD-Fraktion, an Präsenz verloren. Was nicht heißen soll, dass die Partei nicht in Reden, in Beiträgen im Amtsblatt und in sonstigen Äußerungen immer wieder völkisch und rassistisch auffällt. Geradezu verschwindend ist schließlich die Anzahl von Anträgen und Anfragen zur Sozialpolitik (Unterstützung benachteiligter Gruppen), etwa zur sozialen Wohnraumversorgung.

Im betrachteten Zeitraum waren die AfD-Stadträt\*innen in der Ratsversammlung regelmäßig aktiv und haben sich am kommunalpolitischen Betrieb beteiligt. Als gewöhnliche Oppositionspartei, zu deren Aufgaben die Kontrolle der Stadtverwaltung gehört, kann die Leipziger AfD dennoch nicht beschrie-

Gebiete in Leipzig mit Ortschafts- oder Stadtbezirksbeiräten



ben werden. Zu klar lässt sie immer wieder ihre über die Grenzen demokratischen Streits hinausgehende Frontstellung gegen alle anderen Parteien erkennen, verwechselt Politik mit der Führung eines Wirtschaftsunternehmens und lehnt Debatten als unnützes Gerede ab. Eine klare Linie der Parteilinie ist zudem nicht auszumachen. Insgesamt ist jedoch eine Kluft zwischen Zurückhaltung bis Desinteresse im Plenum und Aggressivität und Polemik in sozialen Medien sowie auf der Partei-Webseite zu bemerken.

**Rechte Randlagenstrategien**

Spielen die die Ortsteile mit auffallend hohen Stimmenanteilen an den Stadträndern eine besondere Rolle in der kommunalpolitischen Arbeit der AfD? Das ist insofern der Fall, als Anträge eingebracht werden, die eine bessere Ausstattung peripherer Lagen (Anbindung an den ÖPNV, Nahversorgung, Post- und Sparkassenfilialen etc.) fordern. Es handelt sich dabei jedoch eher um grundsätzliche Veränderungsvorbehalte denn um politische Initiativen gegen ungleiche räumliche Entwicklung. Tendenziell wird von den Rechten jeglicher soziale Wandel skeptisch betrachtet und mit dem Festhalten am Bewährten zurückgewiesen. Gleichwohl spielt für den großen Zuspruch, den die Partei in Grünau, Mockau oder Liebertwolkwitz erfährt, jene ungleiche räumliche Entwicklung sehr wohl eine Rolle.

Tabelle 1: Die Vertretungen der AfD in den Stadtbezirksbeiräten

Name des Stadtbezirks	relativer Stimmanteil der AfD im Stadtrat 2014 (in Prozent)	relativer Stimmanteil der AfD im Stadtrat 2019 (in Prozent)	Anzahl AfD-Vertreter*innen 2019
Mitte	5,49	10,5	1
Süd	5,3	11	1 (bislang unbesetzt)
Alt-West	5,94	12,7	1
Südwest	6,25	14,2	1
Südost	7,6	18,3	1
Nord	7,24	17,5	2
Ost	7,49	18,2	3
Nordwest	8,05	21,6	3
Nordost	8,57	21,7	3
West	9,31	23,8	3

Nach der Wahl können die Parteien gemäß des erzielten Stimmenanteils Personen für die insgesamt zehn Stadtbezirksbeiräte (SBB) vorschlagen, die im Anschluss vom neu gewählten Stadtrat bestätigt werden müssen. Den Vorsitz des Verwaltungorgans hat ein\*e vom Oberbürgermeister beauftragte\*r Verwaltungsmitarbeiter\*in inne. Aufgabe des aus elf Mitgliedern bestehenden Beirats ist die Beratung der Stadträt\*innen bei Fragen, die den jeweiligen Stadtbezirk betreffen. Obwohl die Mitglieder von Parteien entsendet werden, unterschreiben sie zu Beginn eine Verpflichtungserklärung, dass sie nach „bestem Wissen und Gewissen unparteiisch“ ihre Pflichten erfüllen. Im SBB Nord, Nordwest, Nordost, Ost und West errang die AfD bereits für die Legislatur von 2014 bis 2019 jeweils ein Mandat. Nach der Wahl 2019 erhält die AfD im SBB Südost, Südwest, Mittel und Alt-West jeweils einen Beiratsposten, in Nord und Ost sind es zwei und im SBB Nordost, West und Nordwest jeweils drei Sitze. Auch wenn die drei letztgenannten Stadtbezirke schon 2014 diejenigen mit den höchsten AfD-Wählerstimmen waren, kann die AfD hier fünf Jahre später noch einmal zwischen 13 und 14,5 Prozentpunkte zulegen. Lediglich im SBB Süd hat die AfD bisher nicht von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht, sodass der Beiratsposten unbesetzt ist (siehe Tabelle 1).

Insgesamt bringt die AfD im Untersuchungszeitraum bis zum 31.12.2019 lediglich sechs verschiedene Anträge in den Stadtbezirksbeiräten Mitte (3), Nordost (2) und Nordwest (1) ein. In den anderen SBB sind die AfD-Vertreter\*innen lediglich stille Beobachter\*innen. Die wenigen von der AfD eingebrachten Anträge beziehen sich allesamt auf „sachpolitische“ Themenbereiche wie Verkehrsanbindungen und Streckenführungen sowie Straßenbenennungen. Auf diese Weise geben sich die Vertreter\*innen der AfD den Anstrich bürgerlicher Interessenvertretung und demokratischer Willensbildung. Die Verpflichtungserklärung zur Un-

parteilichkeit spielt der rechten Partei dabei in die Hände, da sie so diskriminierende bis völkische Aussagen und Interessen mit einem angeblich objektiven Verwaltungshandeln rechtfertigen können - eine Finte, die nach Aussage einiger Stadtbezirksbeirät\*innen immer häufiger zur Anwendung kommt.

In den Stadtbezirksbeiräten Alt-West und Südost ist die AfD erstmals mit einer Person vertreten. Hier zeigt sich ein bisher für das Gremium unübliches Auftreten der AfD-Mitglieder: Zum öffentlichen Teil der Sitzung werden sie wiederholt von einem Gast begleitet, der\*die ihnen in wichtigen Diskussionen während der Sitzung beisteht. Während Beirät\*innen anderer Parteien ihre Anträge selbst vorbringen, werden AfD-Mitglieder von Parteimitgliedern höherer Ebenen unterstützt. So kommt es beispielsweise, wie im September 2018, vor, dass der Fraktionsvorsitzende der AfD im Stadtrat Tobias Keller einen Antrag im SBB Nordwest einbringt, der den Marienweg als verbindende Fahrradstraße vorsieht. Auch im Januar 2020 bringt Keller einen Antrag zur Veränderung der angeblich ideologisch motivierten Ampelschaltung auf der Prager Straße im SBB Südost ein. Er redet sich dabei in Rage und schlägt am Ende lautstark mit der Faust auf den Tisch. Der von der AfD vorgeschlagene Stadtbezirksbeirat Patrick Reichardt provoziert bei diesem Auftritt Kellers durch ein Shirt mit der Aufschrift „Odin“, eine nordische Gottheit und Erkennungszeichen in der Neonazi-Szene. Diese Verhaltensweisen wirken in der Folge einschüchternd auf einige Mitglieder des Beirats.

Im Gegensatz zu den SBB werden die Ortschaftsräte nicht von den jeweiligen Parteien vorgeschlagen, sondern bei den Wahlen zum Stadtrat in insgesamt 14 Ortschaften von allen Wahlberechtigten mitgewählt. Ihre Mitgliederzahl variiert je nach Einwohner\*innenzahl zwischen vier (in Rückmarsdorf) und zehn Mitgliedern (in Engelsdorf). Die Ortsvorsteher\*innen werden aus den Reihen der Mitglieder gewählt. Die Gemeindeordnung sieht für die Ortschaftsräte mehr Befugnisse als für die Stadtbezirksbeiräte vor. So nehmen diese, neben dem Recht auf Anhörungen zu Vorlagen des Stadtrats, auch Antrags- und Vorschlagsrechte wahr. Außerdem werden ihnen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

Bei der Wahl der Ortschaftsräte im Mai 2019 zeichnet sich eine zunächst widersprüchlich anmutende Entwicklung ab. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Wahlberechtigten mit zum Teil sehr hohen Anteilen für die AfD im Stadtrat stimmen, bei den Ortschaftswahlen jedoch mit Stimmen für die AfD sparen. So wählen 28,3% die AfD in Liebertwolkwitz in den Stadtrat, aber nur 17,4% stimmen für die rechte Partei im eigenen

Ortschaftsrat. In Seehausen wählen 23,8% die AfD in den Stadtrat. Im Ortschaftsrat ist sie nicht vertreten, weil die AfD hier, wie in weiteren acht Ortschaftsräten, nicht einmal angetreten ist. In Hartmannsdorf-Knautnaundorf stimmen 20,08% für die AfD im Stadtrat t und 12,09% im Ortschaftsrat. Hier verpasst die AfD den Einzug knapp (siehe Tabelle 2).

Das Narrativ der Protesthaltung gegenüber etablierten Strukturen sowie die Erzählung der strukturellen Vernachlässigung findet in den randstädtischen Ortschaften Anklang. Alle der 14 Ortsteile mit Ortschaftsrat wurden zwischen 1993 und 2000 eingemeindet, und das obwohl ein Großteil der Bevölkerung gegen die jeweiligen Eingemeindungen gestimmt hat. Das Gefühl „von der Stadtverwaltung vernachlässigt zu werden“<sup>[3]</sup>, führt zu einer stärkeren Identifikation mit dem Ort und kann als politischer Mittelfinger in Richtung des Stadtrates verstanden werden. Im eigenen Ortschaftsrat will man die AfD jedoch zumeist nicht vertreten wissen: Obwohl die AfD-Ergebnisse bei der Stadtratswahl 2019 vor allem in den randstädtischen Bezirken hoch sind, ist die AfD lediglich und zum ersten Mal in vier der 14 Ortschaftsräte vertreten. Keiner der Ortschaftsräte hat mehr als einen AfD-Vertreter oder -Vertreterin. Stattdessen erzielen vor allem die vielfältigen Wähler\*innenvereinigungen hohe Stimmzahlen in den jeweiligen Ortschaftsräten. In Seehausen beispielsweise zieht die FWS mit 91,3% aller Stimmen ein. Auch in Rückmarsdorf (VfR 71,4% und WVR 14,8%), Plaußig (FFw-P 57,3%) und Liebertwolkwitz (LUV 57,3%) vergeben die Wähler\*innen mehr als die Hälfte ihrer Stimmen an lokale Parteiinitiativen. Vor Ort werden somit bekannte Personen in den Ortschaftsrat gewählt, die sich fähig und bemüht zeigen, die Infrastrukturdefizite wie marode Straßen, fehlende Jugendclubs oder einen mangelhaften Anschluss an den Nahverkehr der Stadt und somit vor allem lokale Probleme zu bekämpfen.

## Fazit

Auf der kommunalpolitischen Ebene des Leipziger Stadtrates, der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte nehmen Politiker\*innen verschiedener Parteien eine pragmatische Haltung im Umgang mit der AfD ein: Je lokaler und kleinteiliger die politische Arena, desto größer die Notwendigkeit zur Sachorientierung. Parteipolitischer Streit sei eben etwas für die große Bühne, vor Ort gehe es vielmehr um konkrete Problemlösungen. Diese Ansicht trägt jedoch zur Normalisierung rechter Positionen bei. Um die kommunalpolitischen Strategien der AfD verstehen und beurteilen

Tabelle 2: Die Vertretungen der AfD in den Ortschaftsräten

Ortschaft	relativer Stimmenanteil der AfD 2019 (in Prozent)	relativer Stimmenanteil im Ortschaftsrat 2019 (in Prozent)	Anzahl der Sitze im Ortschaftsrat 2019
Böhlitz-Ehrenberg	18,7	-	-
Mölkau	20,1	-	-
Plaußig	20,5	-	-
Holzhausen	21,4	-	-
Rückmarsdorf	22,3	-	-
Burghausen	22,3	-	-
Lindenthal	22,3	-	-
Militz	22,8	-	-
Seehausen	23,8	-	-
Hartmannsdorf-Knautnaundorf	20,8	12,9	-
Engelsdorf	20,8	15,1	1
Lützschena-Stahmeln	23	15,4	1
Liebertwolkwitz	28,3	17,4	1
Wiederitzsch	22,7	21,6	1

zu können, muss aber betont werden: Auch an sich unverdächtige oder auf den ersten Blick sinnvolle Forderungen (etwa zur Taktung im ÖPNV o.ä.) sind von bestimmten politischen Überzeugungen geprägt. So auch die Einschätzung des Rechtsextremismusexperten David Begrich: „Mag auch die Baumpflanzaktion oder das Kinderfest im Mittelpunkt des Antrages stehen; immer sind Anträge in einem Horizont politischer Wertorientierungen zu interpretieren. Will heißen: an wen richtet sich ein Kinderfest? Wer soll von einer Gebührenbefreiung profitieren und wer vielleicht nicht? Zum Wohle welcher gesellschaftlichen Gruppe soll sich eine Maßnahme auswirken und wer soll außen vor bleiben?“<sup>[4]</sup> Für die Auseinandersetzung mit der rechten Partei in Stadtgebieten mit besonders hohen AfD-Stimmenanteilen kommt der politischen Arbeit in den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten daher eine besondere Bedeutung zu. Kanäle und Organe in diesem bisher wenig beleuchteten Bereich sollten stärker in den Fokus politischer Aushandlungsprozesse genommen werden. Auf diese Weise können demokratische Haltungen bereits in ihrem gesellschaftlichen Fundament gestärkt werden. ■

**Peter Bescherer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Soziologie der Universität Jena und interessiert sich unter anderem für den Zusammenhang von städtischer Umstrukturierung und Demokratie.**

**Elisa Gerbsch promoviert derzeit im Fachbereich Humangeographie der TU Dresden. Sie interessiert sich für Stadtentwicklungsprozesse aus wissenschaftlicher, planerischer und aktivistischer Perspektive.**

[3] Pia Siemer, Leipzigs AfD-Hochburg: Auf Spurensuche in Liebertwolkwitz, lvz.de vom 08.06.2019.

[4] David Begrich, Die AfD monstert in den Kommunen, neues-deutschland.de vom 13.09.2019.

# DIE MÜHEN DER KOMMUNALEN EBENE

## Kommunalpolitik der AfD in den Landkreisen

von chronik.LE

**Die AfD hat bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr auf lokaler Ebene an Einfluss gewonnen. Sie ist in alle Kreistage und viele weitere Kommunalparlamente eingezogen. Das gilt auch für die Landkreise Leipzig und Nordsachsen. Mit konkreter Sachpolitik sind ihre Mandatsträger\*innen hier seitdem nicht aufgefallen, dafür mit Austritten und Skandalen.** <sup>[1]</sup>

[1] Vielen Dank an Tilo Giesbers vom apabiz, der uns seine Übersicht zu den einzelnen Kandidat\*innen der AfD zur Verfügung gestellt hat. Vgl. auch seinen Auswertungstext zu den Kommunalwahlen 2019: Kommunalwahlen in Zahlen, apabiz.de vom 24.05.2019.

[2] Vgl. chronik.LE, Wegen ‚Machtverschiebung zugunsten des Höcke-Gauland-Flügels‘: Kreisrat der AfD im Landkreis Leipzig tritt aus Partei aus, chronikLE.org vom 14.06.2017.

[3] Vgl. Sächsischer AfD-Abgeordneter Herrmann verlässt Partei und Fraktion, lvz.de vom 18.12.2019.

[4] Vgl. Artikel „Alternativlos in Geithain“ in dieser Broschüre, S. 48.

Seit den Kommunalwahlen im Mai 2019 verfügt die AfD in den Kreistagen in Nordsachsen (19,4 Prozent) und im Landkreis Leipzig (21,4 Prozent) über große Fraktionen (16 von 80 Sitzen bzw. 19 von 86 Sitzen, jeweils zweitstärkste Fraktion hinter der CDU). Überdies ist sie in einer Vielzahl von Stadt- und Gemeinderäten (34 Mandate in 12 Räten in Nordsachsen, 60 Mandate in 22 Räten im Landkreis Leipzig) vertreten. Über die Politik ihrer Abgeordneten in diesen Gremien lässt sich aufgrund der kurzen Zeit seit der Konstituierung und den nicht so häufigen Sitzungen gerade der Kreisparlamente noch nicht viel sagen. Auch der Rückblick auf die vorherige Legislatur ist diesbezüglich nicht sonderlich ergiebig.

In Nordsachsen war die Partei 2014 gar nicht erst angetreten. Im Landkreis Leipzig hatte die AfD in der vorherigen Wahlperiode lediglich zwei Abgeordnete im Kreistag sowie einen Abgeordneten im Stadtrat von Bad Lausick gestellt. Die parlamentarischen Möglichkeiten der Partei waren aufgrund ihrer geringen Stärke eingeschränkt. Zudem ist einer der beiden Kreistagsabgeordneten bereits im Juni 2017 aus der Partei ausgetreten und hat seine Mandate im Kreistag und im Stadtrat vom Bad Lausick niedergelegt. Als Grund gab der Arzt eine „Richtungs- und Machtverschiebung zugunsten des Höcke-Gauland-Flügels“ in Bundes- und Landespartei an.<sup>[2]</sup> Der zweite damalige Kreistagsabgeordnete, Lars Herrmann aus Parthenstein, kurzzeitig Kreisvorsitzender und seit 2017 Mitglied des Bundestages, verließ die Partei dann im Dezember 2019 mit einer ähnlichen Begründung. Seine Mandate im Bundestag, im Kreistag und im Gemeinderat von Parthenstein nimmt der vor seiner Karriere in der Politik bei der Bundespolizei tätige Hauptkommissar aber weiter als Fraktionsloser war.<sup>[3]</sup>

Seit 2019 kann die AfD ganz anders auftreten. Einer Auswertung des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (apabiz e.V.) aus Berlin zufolge hat die AfD in den beiden Landkreisen bei der Kommunalwahl insgesamt 152 Mandate errungen, davon konnten 133 besetzt werden, zum Stand Januar 2020 sind es noch 126. In Nordsachsen sind derzeit 50 von

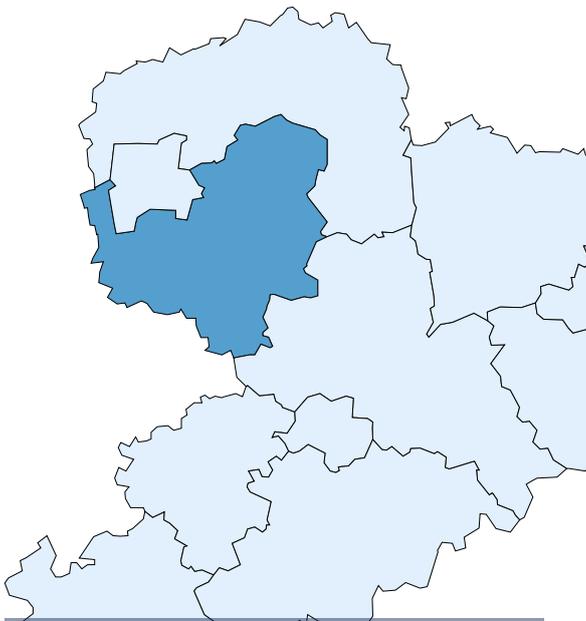
59 Mandaten besetzt – davon 16 Mandate im Kreistag und 34 Mandate in zwölf Stadt- bzw. Gemeinderäten. Im Landkreis Leipzig sind aktuell 76 von 93 Mandaten besetzt – davon 17 Mandate im Kreistag und 54 Mandate in 22 Stadt- bzw. Gemeinderäten sowie fünf Mandate in fünf Ortschaftsräten. Aufgrund von Mehrfachmandaten auf den verschiedenen Ebenen ist die Zahl der Mandatsträger\*innen insgesamt etwas geringer.

### Mangel an Personal

Die Anzahl an errungenen Mandaten täuscht allerdings darüber hinweg, dass es der AfD gerade auf kommunaler Ebene an fähigem Personal mangelt, das sich auf die ehrenamtliche Arbeit einlassen will. Zwar gelang ihr überall dort, wo sie kandidierte, der Einzug in die Räte. Allerdings fanden sich in Nordsachsen nur in 12 von 30 Gemeinden Kandidat\*innen. Etwas besser aufgestellt ist die AfD im Landkreis Leipzig. Hier trat die Partei in 22 von 30 Gemeinden an. In zwei Städten profitierten andere Rechtsaußen-Kandidaten davon, dass die AfD niemanden ins Rennen schickte (ob aufgrund von Absprachen oder mangels eigener Kandidat\*innen ist unklar): So kam die NPD in Trebsen auf beachtliche 9,9 Prozent und stellt hier weiterhin einen Stadtrat. In Geithain kam die „Freie Liste Geithain“ um den Ex-NPD-Kader Manuel Tripp auf 15,1 Prozent und drei Mandate.<sup>[4]</sup>

Mehrfach verfügte die AfD nicht über genügend Kandidat\*innen, um ihre gewonnenen Mandate zu besetzen. Das ist in Nordsachsen in Eilenburg (fünf Mandate, davon zwei unbesetzt), Torgau (vier Mandate, davon zwei unbesetzt), Taucha (vier Mandate, davon drei unbesetzt), Rackwitz (vier Mandate, davon eins unbesetzt) und Döberritzsch (zwei Mandate, davon eins unbesetzt) der Fall. Ähnliches lässt sich im Landkreis Leipzig beobachten, so in Brandis (fünf Mandate, davon drei unbesetzt), Parthenstein (vier Mandate, davon zwei unbesetzt), Borsdorf (drei Mandate, davon eins unbesetzt und eins nicht angenommen), Neukieritzsch (drei Mandate, davon eins unbesetzt), Thallwitz (drei Mandate, davon eins unbesetzt), Belgershain (zwei Mandate, davon eins unbesetzt) und Groitzsch (zwei Mandate, davon eins unbesetzt).

Einige gewählte Abgeordnete haben ihre Mandate auch nicht angenommen oder diese später zurückgegeben, besonders im Landkreis Leipzig. So verzichtete in Grimma der bekannte Kleinkünstler Eckhard Zeugner (Jg. 1957) auf seinen Sitz im Stadtrat. Mit knapp über 1.000 Stimmen hatte er bei der Wahl die drittmeisten



**Übersicht AfD-Mandate Landkreis Leipzig**  
 (KT = Kreistag, SR = Stadtrat, GR = Gemeinderat, OR = Ortschaftsrat | FLG = Freie Liste Geithain, NFW = Neues Forum für Wurzen, WGA = Wählergemeinschaft Ammelshain)  
 Quelle: Tilo Giesbers / apabiz e.V.

Gremium	Wahl- ergebnis	Erzielte Mandate	Besetzte Mandate	Mandate aktuell <small>(Stand: 01/2020)</small>	Weitere Rechts- außen-Mandate
KT Leipzig	21,4 %	19	19	17	1 (Ex-AfD, fraktionslos)
SR Bad Lausick	22,4 %	4	4	4	
OR Buchheim	15,3 %	1	1	1	
GR Belgershain	16,8 %	2	1	1	
SR Böhlen	22,3 %	4	4	4	
SR Borna	22,7 %	5	5	4	1 (AfD, fraktionslos)
GR Borsdorf	13,6 %	3	2	1	
SR Brandis	20,6 %	5	2	2	
SR Frohburg	18,4 %	3	3	3	
SR Geithain	-	-	-	-	3 (FLG: 15,1 %)
SR Grimma	16,2 %	4	4	4	
OR Großbardau	12,7 %	1	1	1	
SR Groitzsch	13,9 %	2	1	1	
GR Großpösna	16,1 %	3	3	3	
OR Seifertshain	20,2 %	1	1	1	
SR Kitzscher	15,1 %	2	2	2	
GR Lossatal	13,8 %	2	2	2	
OR Thammenhain	17,4 %	1	1	1	
GR Machern	14,1 %	2	2	2	
SR Markkleeberg	15,2 %	4	4	4	
SR Markranstädt	18,4 %	4	4	4	
SR Naunhof	15,8 %	3	3	3	
OR Ammelshain <small>(WGA)</small>	22,5 %	1	1	1	
GR Neukieritzsch	14,6 %	3	2	2	
GR Parthenstein	23,9 %	4	2	1	1 (Ex-AfD, fraktionslos)
SR Pegau	8,0 %	1	1	1	
SR Rötha	13,0 %	2	2	2	
GR Thallwitz	20,9 %	3	2	2	
SR Trebsen	-	-	-	-	1 (NPD: 9,9 %)
SR Wurzen	15,7 %	4	4	2	3 (NFW: 11 %)

Stimmen der AfD und die fünfmeisten Stimmen aller Kandidat\*innen erhaltenen. Begründung für seinen Verzicht auf das Mandat: Er wolle sich um seine pflegebedürftige Mutter kümmern.<sup>[5]</sup> Für ihn rückte der Rentner Helmut de Vecchis (Jg. 1950) nach, der für die AfD auch in den Kreistag eingezogen ist und dem Vorstand des Kreisverbandes angehört. Dort firmiert er als „Traditionsbeauftragter“. Im Stadtrat setzt er sich dementsprechend für die Benennung einer Straße nach dem Grimmaer Fabrikanten und NSDAP-Mitglied Ferdinand Walther ein.<sup>[6]</sup>

Ein Erinnerungspolitisches Thema versucht die Partei auch in Bad Lausick zu besetzen. Dort hatte die AfD zur Stadtratswahl ganze neun Kandidat\*innen angeboten. Vier davon schafften den Einzug, darunter den Rentner Horst Juhlemann (Jg. 1951). Dieser war 2017 in den Kreistag und in den Stadtrat nachgerückt, nachdem sein Vorgänger aus der Partei ausgetreten war und seine Mandate abgegeben hatte. Im Dezember 2018 machte Juhlemann durch rassistische Äußerungen über einen Werbespot des Wurstherstellers „Rügenwalder Mühle“ mit einem Schwarzen Protagonisten von sich reden. Er musste daraufhin auf Drängen u.a. seines damaligen Parteifreundes Lars Herrmann, mit dem er zusammen im Kreistag saß, seinen Posten als Sprecher des AfD-Kreisverbandes räumen. Herrmann äußerte sich damals so: „Ich habe die hinter dieser Art und Weise und des Sprachgebrauchs stehende Geisteshaltung, mit Erschrecken zur Kenntnis genommen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Herr Juhlemann damit nicht die politische Gesinnung der Mitglieder des Kreisverbandes widerspiegelt - im Gegenteil.“<sup>[7]</sup> Aus der Partei ausgeschlossen wurde Juhlemann jedoch nicht. Ganz im Gegenteil: Zur Kommunalwahl wurde

er wieder für den Stadtrat und den Kreistag nominiert und zog in beide Gremien ein.

Im November 2019 lud der AfD-Kreisverband zu einer eigenen „Gedenkveranstaltung“ am Volkstrauertag nach Bad Lausick. Der Bürgermeister, die Kirchgemeinde und die anderen Stadtratsfraktionen beteiligten sich daran nicht. Die CDU-Stadtratsfraktion erteilte den Bestrebungen der AfD nach einer gemeinsamen Veranstaltung eine Absage: „Solange sich allerdings die Partei, welche diese Fraktion im Stadtrat vertritt, nicht klar und deutlich von den Erinnerungskulturellen Vorstellungen ihres Mitglieds Björn Höcke abgrenzt, solange sich diese Fraktion nicht klar und deutlich von den rassistischen Ausfällen ihres Mitgliedes Horst Juhlemann in der ‚Rügenwalder-Wurst-Affäre‘ distanziert

[5] Vgl. Frank Prenzel, Stadtrat Grimma: Berger und Zeugner verzichten auf Amt, lvz.de vom 16.08.2019.  
 [6] Vgl. Frank Prenzel, Grimma will Diskussion um Straßennamen neu aufrollen, lvz.de vom 10.12.2019.  
 [7] Vgl. Thomas Lieb, AfD-Mann beschwert sich über „Afrikaner“ in Rügenwalder-Spot, rnd.de vom 07.12.2019.

[8] Facebook-Seite AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig vom 18.11.2019.

[9] Vgl. Alexander Schneider, Selbstgespräche mit Hitlergruß, sächsische.de vom 20.02.2020.

[10] Vgl. Artikel »Neues Forum, alter Inhalt« in dieser Borschüre, S. 38.

[11] Vgl. Frank Pfeiffer, AfD-Fraktionschef von Naunhof wirft hin, lvz.de vom 14.08.2019; Vgl. Roger Dietze, Naunhofer Stadträte kommen zur konstituierenden Sitzung zusammen, lvz.de vom 21.08.2019.

[12] Vgl. Informationsdienst zur AfD in Sachsen, Schlechtes Wahlergebnis: Keine AfD-Bürgermeisterin in Naunhof, idas.noblogs.org vom 20.01.2020.

[13] Vgl. Informationsdienst zur AfD in Sachsen, Deutliche AfD-Niederlage in Machern, idas.noblogs.org vom 25.02.2020.

[14] Vgl. Simone Prenzel, Borna: Kreistag besetzt Ausschüsse im Eiltempo, lvz.de vom 20.09.2019.

[15] Vgl. Niederschrift über die 3. Sitzung des Kreistages Leipzig am 11.12.2019.

[...] sehen wir uns schon deshalb nicht in der Lage, mit dieser Fraktion gemeinsam den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft zu gedenken.“ Man wolle sich nicht vor den Karren der AfD spannen lassen. Der AfD-Kreisverband veröffentlichte das Schreiben des CDU-Fraktionsvorsitzenden auf seiner eigenen Internetseite und bezeichnete es als einen „besonders kläglichen Versuch der Rechtfertigung“.<sup>[8]</sup>

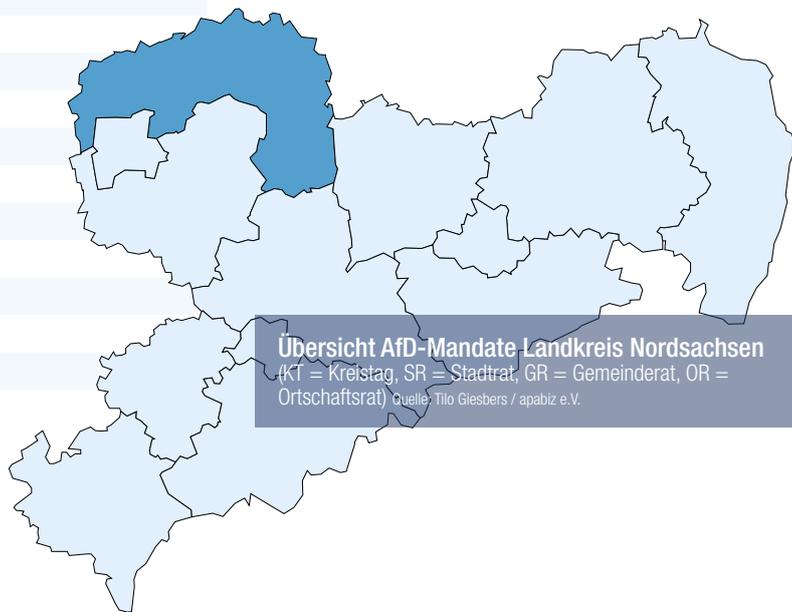
Im Februar 2020 wurde Stadt- und Kreisrat Juhlemann am Amtsgericht Dresden wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er im Juli 2019 am Rande einer Pegida-Demonstration in Dresden den Hitlergruß gezeigt haben soll. Der Kommunalpolitiker, der sich von seinem Parteifreund Roland Ulbrich aus Leipzig verteidigen ließ, bestritt die Tat. Laut Sächsischer Zeitung argumentierte der Anwalt, der Hitlergruß sei „nicht verwirklicht“ gewesen, sein Mandant habe niemanden begrüßt. Das sah das Gericht anders. Das Urteil ist noch nichts rechtskräftig.<sup>[9]</sup>

In Borsdorf hat ein Gewählter sein Mandat ebenfalls nicht angenommen. Von drei möglichen bleibt der AfD dadurch nur ein Mitglied im Gemeinderat. In Wurzen ist die vierköpfige AfD-Fraktion mittlerweile auf zwei Personen geschrumpft. Ein Abgeordneter ist noch vor der Konstituierung des Stadtrates verstorben, ein anderer wenig später verzogen. Nachrücker\*innen gibt es hier wie in Borsdorf keine. Neben der AfD ist in dieses Gremium noch das „Neue Forum für Wurzen“ um den rechten Hooligan Benjamin Brinsa mit drei Abgeordneten vertreten.<sup>[10]</sup>

Auch im Stadtrat von Naunhof, wo die AfD mit nur 15,8 Prozent sogar knapp stärkste Fraktion geworden ist, wollte einer der drei gewählten Abgeordneten sein Mandat nicht annehmen. An seiner Stelle sollte die Tochter der Spitzenkandidatin nachrücken und gleich den Fraktionsvorsitz übernehmen. Allerdings konnte er dafür keinen überzeugenden Grund anführen. Der Stadtrat lehnte die Mandatsniederlegung daher mehrheitlich ab.<sup>[11]</sup> Zur Bürgermeisterwahl im Januar 2020 fand die AfD Naunhof in den eigenen Reihen offenbar keine geeignete Kandidat\*in und nominierte stattdessen mit Ute Blossfeld ein Parteimitglied aus Riesa, die dort auch im Stadtrat sitzt. Mit 9,5 Prozent landete die AfD-Bewerberin bei der Wahl am 19. Januar hinter der Wahlsiegerin von der CDU sowie den Kandidaten von Linke und Grünen abgeschlagen auf dem vierten Platz.<sup>[12]</sup> In Machern kandidierte zur Bürgermeisterwahl am 23. Februar ihr dortiger Gemeinderat Ingo Arndt (Jg. 1969). Mit 10,9 Prozent blieb aber auch er unter dem AfD-Ergebnis bei der Kommunalwahl 2019 von 14,1 Prozent.<sup>[13]</sup>

Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion im Kreistag Leipzig hat sein Amt aufgrund seines Wegzuges aus dem Landkreis nicht angenommen.<sup>[14]</sup> Ein als Nachrücker vorgesehener Stadtrat aus Markkleeberg hat in der Dezember-Sitzung des Kreistages die Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit als Kreisrat abgelehnt, weil er dadurch „in seiner Berufs- oder Erwerbstätigkeit erheblich behindert“ würde.<sup>[15]</sup> Wer nun nachrückt, ist derzeit noch offen. Um einen weiteren Abgeordneten ist die Fraktion durch den Austritt von Lars Herrmann im Dezember 2019 geschrumpft – sie besteht daher aktuell nur aus 17 Personen.

Gremium	Wahlergebnis	Erzielte Mandate	Besetzte Mandate	Mandate aktuell <small>(Stand: Januar 2020)</small>	Weitere Rechtsaußen-Mandate
KT Nordsachsen	19,4 %	16	16	16	1 (NPD: 1,3 %)
GR Doberschütz	13,4 %	2	1	1	
SR Dommitzsch	25,5 %	4	4	4	
GR Elsrig	8,9 %	1	1	1	
SR Delitzsch	16,0 %	5	5	5	
SR Eilenburg	21,5 %	5	3	3	
SR Mügeln	18,9 %	4	4	4	
SR Oschatz	22,6 %	6	6	6	
GR Rackwitz	23,9 %	4	3	3	
SR Taucha	17,3 %	4	1	1	
SR Torgau	18,2 %	4	2	2	
GR Trossin	10,8 %	1	1	1	
GR Wermisdorf	19,6 %	3	3	3	



Entweder haben die Kandidat\*innen der AfD nicht damit gerechnet, dass sie wirklich gewählt werden. Oder sie haben unterschätzt, wie aufwändig die Arbeit in den ehrenamtlichen Räten und Ausschüssen wirklich ist. So erklärten die beiden AfD-Vertreter im Gemeinderat von Parthenstein bereits kurz nach ihrer Wahl, dass sie kein Interesse am Amt des stellvertretenden Bürgermeisters und an der Mitwirkung im Hauptausschuss hätten, weil sie beruflich zu sehr eingespannt seien. Der damals noch der AfD angehörende Lars Herrmann begründete das gegenüber der LVZ im August 2019 mit seiner Tätigkeit im Innenausschuss des Bundestages: „Deshalb habe ich schon bei meiner Kandidatur gesagt, dass ich im Gemeinderat und Kreistag keine Ausschüsse besetzen kann. Das schaffe ich zeitlich nicht, man möge es mir nicht übel nehmen!“ Sein Kollege im Gemeinderat, ebenfalls Mitglied des Kreistages, erklärte unverblümt: „Es wird zu viel, wenn man überall mitmischen will, man hat ja auch Familie. Außerdem bin ich neu im Gemeinderat und wollte nicht gleich in die Vollen gehen.“<sup>[16]</sup>

In Borna ist der AfD-Fraktion einer ihrer fünf Abgeordneten aus anderen Gründen abhanden gekommen. Der Rentner Reinhard Jöricke (Jg. 1948) war zur Stadtratswahl als Spitzenkandidat angetreten und hatte mit mehr als 1.800 Stimmen das beste Ergebnis aller Bewerber\*innen erzielt. Im September 2019 wurde er jedoch aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen, nachdem er einen Drohbrief an den Geschäftsführer der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen geschickt hatte.<sup>[17]</sup> In dem handschriftlich verfassten Schreiben hieß es unter anderem: „Ihr gehört ewig in die Jagdgründe Weg mit dem Roten Viehzeug“. Anlass für diesen Wutausbruch war ein Wahlforum des DGB in Borna im Vorfeld der Landtagswahl, zu dem die AfD nicht eingeladen war. Für Jöricke eine Ausgrenzung der „meist gewählte[n] Partei in Sachsen [...] Schämt Euch! Zum Kotzen!“ Zudem brachte er den DGB in Zusammenhang mit Zerstörungen von AfD-Büros in Borna, Döbeln und Leipzig. Der Brief war mit einem Stempel versehen, in dem sich Jöricke als „Stadtrat Borna – Fraktion AfD“ auswies.<sup>[18]</sup> Der Fraktion gehört er mittlerweile nicht mehr an, Mitglied der AfD ist er aber weiterhin.

### Zwei Landtagsabgeordnete und fünf Büros

Seit der Landtagswahl am 1. September kommen zu den kommunalen Abgeordneten noch zwei AfD-Landtagsmitglieder mit entsprechenden Ressourcen, etwa für bezahlte Mitarbeiter\*innen: Die im Wahlkreis Torgau-Oschatz mit 33,3 Prozent direkt gewählte Gud-

run Petzold (Jg. 1952) aus Mockrehna (Nordsachsen) und der über Platz 24 auf der Landesliste ins Parlament eingezogene Jörg Dornau (Jg. 1970) aus Rötha (Landkreis Leipzig). Im Wahlkreis Nordsachsen 1 hat zudem Roland Ulbrich aus Leipzig kandidiert. Der Rechtsanwalt (Jg. 1961) ist über die Landesliste (Platz 21) in den Landtag eingezogen. Da er gleichzeitig im Stadtrat von Leipzig sitzt, hält sich sein Engagement für Nordsachsen jedoch in Grenzen.

In den drei nordsächsischen Wahlkreisen kam die Partei bei der Landtagswahl auf Zweitstimmen-Werte von 27,3, 30,0 und 32,3 Prozent, im Landkreis Leipzig lagen die Werte mit 29,0, 23,3, 29,4 und 28,8 Prozent leicht darunter. Bis auf Nordsachsen 1 (Delitzsch und Umgebung) und Leipzig Land 2 (Markkleeberg und Umgebung) lag die AfD also überall etwas über dem Landesdurchschnitt von 27,5 Prozent. Zum Vergleich: In der Stadt Leipzig kam die AfD zur Landtagswahl lediglich auf Ergebnisse zwischen 13 und 25 Prozent. Trotzdem ist der Stadtverband mit vier bzw. fünf Abgeordneten (Holger Hentschel, Tobias Keller, Jörg Kühne, Alexander Wiesner sowie Roland Ulbrich) im Landtag vertreten.

Jörg Dornau ist landwirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und Stadtrat in Rötha. Er nimmt regelmäßig als Zuschauer an Stadt- und Kreistagsitzungen teil. Im Januar 2020 hat er in Grimma ein Wahlkreisbüro eröffnet. Außerdem verfügt die Partei über ein „Bürgerbüro“ in Borna, gleichzeitig Sitz der Geschäftsstelle des Kreisverbandes.

In Nordsachsen gibt es gleich drei „Bürgerbüros“ der AfD – in Eilenburg (Sitz der Geschäftsstelle), Torgau und Oschatz. Gudrun Petzold firmiert in der Landtagsfraktion als Sprecherin für Behinderten- und Seniorenpolitik und sitzt im Kreistag von Nordsachsen. Sie leitet im dortigen Kreisverband zudem die Arbeitsgruppen „Vertriebene/Deutsche aus Rußland“ und „Alternative Frauen in Nordsachsen“. Im Kreistag ist sie in ihrer Fraktion allerdings die einzige Frau neben 15 Männern. Zuletzt machte die Diplom-Ingenieurin und Heilpraktikerin, die vor der AfD auch schon der CDU und der DSU angehört hatte, durch ein makaberes Mode-Accessoire von sich Reden. Bei der Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2020 erschien sie mit einem toten Fuchs im Nacken im Landtag.<sup>[19]</sup> ■

[16] Vgl. Frank Pfeifer, AfD gibt Sitz an Parthensteins Linke ab, lvz.de vom 09.08.2019.

[17] Vgl. Nikos Natsidis, AfD Borna schließt Jöricke aus Stadtratsfraktion aus, lvz.de vom 05.09.2019.

[18] Vgl. Björn Meine, „Ihr gehört ewig in die Jagdgründe“ – Bornaer AfD-Stadtrat bedroht den DGB, lvz.de vom 20.08.2019.

[19] Vgl. Frank Hörügel/Matthias Puppe, AfD-Politikerin trägt zum Holocaust-Gedenken Pelz und versteht Unmut nicht, lvz.de vom 28.01.2020.

# »WIR MÜSSEN EINFACH HIER ZUSAMMENSTEHEN UND UNS NICHT EINZELN VON DER AFD ANGREIFEN LASSEN«

## Interview mit der Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz zur Kommunalpolitik der AfD

Das vorliegende Interview wurde am 07.01.2020 bei Radio Blau in Leipzig geführt und wird hier mit freundlicher Genehmigung der Redaktion abgedruckt. Kerstin Köditz sitzt seit 2001 für DIE LINKE im Sächsischen Landtag und ist für ihre Fraktion Sprecherin für antifaschistische Politik. Außerdem gehört sie dem Stadtrat von Grimma im Landkreis Leipzig an.

**Die AfD ist in Sachsen nach der Wahl in vielen kommunalen Parlamenten gut vertreten. Was bedeutet das konkret für die betroffenen Kommunen? Kannst du erstmal einen Überblick geben: Wie stark ist denn die AfD und wo ist sie besonders stark?**

Kerstin Köditz: Das kann man glaube ich gar nicht einfach sagen. Man muss sich die Zahlen auf der Zunge zergehen lassen, dass ja bei der Kommunalwahl im Mai die AfD mehr als tausend Mandate in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten erringen konnte. Davon hätte eine NPD ja nur träumen können. Und es hat für sie natürlich auch den großen Nutzen, dass sie auf kommunaler Ebene ihre Basis und Mitglieder einbeziehen kann, ganz konkret mit Aufgaben und so weiter. Insofern findet dort jetzt auch eine Verzahnung statt zwischen kommunaler, Landtags- oder sogar Bundesebene.

**Das bedeutet ja jetzt auch, dass sie in Ausschüssen sitzen. Kannst du ein Beispiel geben, wo AfD-Leute in Ausschüssen sitzen?**

Es geht ja nicht nur um Ausschüsse, sondern auf der kommunalen Ebene hast du auch Aufsichtsräte von kommunalen Unternehmen und von Zweckverbänden. Bei der Verteilung der Ausschüsse sitzen sie eigentlich überall mit drin und oft genug gibt es auch Beispiele, dass sie im Endeffekt Plätze kriegen in Absprache mit anderen Parteien.

**Ich kann mir vorstellen, dass sie eine Mehrheit eher selten haben, aber dass es in manchen Gegenden einfach schwierig ist, an der AfD vorbei zu regieren und es da dann Absprachen mit anderen Parteien gibt. Wie sieht denn sowas in der Praxis aus?**

In der Praxis sieht das so aus: In Zwickau zog die CDU ihren eigenen Kandidaten für den Verwaltungsrat der Sparkasse zurück, damit ein AfD-Mann gewählt wurde.



photo: Stefan Proßdorf - CC-BY-SA 3.0

In Pirna sprachen sich CDU, AfD, Freie Wähler und eine lokale Wählergemeinschaft vorher über die Verteilung von Posten ab, zu Lasten von Linken, SPD und Grünen. In Radebeul boten CDU, Freie Wähler und FDP der AfD auch gleich mal die Zusammenarbeit an. Und in Görlitz verhalfen Teile der CDU-Fraktion einem AfD-Mann zu einem Sitz im Ausschuss für Umwelt und Ordnung. Also insofern gibt es dort schon genügend Beispiele, dass es diese Zusammenarbeit gibt.

**Der Ministerpräsident Michael Kretschmer hat eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen. Ist das ein Konsens in der sächsischen CDU oder ist diese Ansage auch schon ein bisschen am Wackeln?**

Ich bin nicht in der CDU. Das müsste man dann mal die CDU fragen, aber das, was ich beobachte, ist, dass natürlich Kretschmer auf Landesebene das sagt, aber in den Kommunen sehe ich sehr deutlich - die Beispiele, die ich vorgetragen



habe, zeigen das ja auch - dass es diese Absprachen zwischen CDU und AfD vor Ort gibt. Das eine ist die Landesebene, aber vor Ort ist es weitaus gravierender, auch für Zivilgesellschaft, für Menschen, die sich vor Ort engagieren, die in Vereinen in Projekten aktiv sind.

**Da muss die Lokalpolitik wahrscheinlich auch ein paar Kompromisse hier und dort eingehen mit der AfD, man will es zum Teil sogar auch. In einem Fall geht es um das AJZ Talstraße in Chemnitz. Kannst du erzählen, was die jetzt für Probleme haben?**

Beim AJZ geht es im Grunde schon seit mehreren Jahren darum, dass die städtische Finanzierung des AJZs thematisiert wird. In dem Zusammenhang wurden wiederholt angebliche Zusammenhänge in den Bereich des Linksextremismus aufgeführt und darüber hinaus behauptet die AfD, vom AJZ seien Anschläge auf AfD-Büros ausgegangen. Dafür hat es nie Belege gegeben und jetzt steht das AJZ eben da und muss jedes Mal bangen, wie es mit der Förderung weiter geht? Und solche Beispiele haben wir ja auch in Bezug auf das Treibhaus in Döbeln, wo eben die AfD Mittelsachsen dem Verein unterstellt, er werde durch offen linksextremistische Gruppe unterstützt und miss-

brauche die Fördermittel im Kampf gegen den Staat. Auch hierfür wurden niemals Beweise geliefert. Das ist nicht nur in solchen eher ländlichen Gebieten präsent. Auch im Stadtrat in Leipzig wendet sich die AfD ja immer wieder gegen Kulturstätten wie das Conne Island oder das Werk II.

**Die haben es ja vorher schon schwer gehabt, jetzt sicherlich noch mehr. Hast du noch eine Prognose, wie das vielleicht weitergehen wird?**

Ich sehe wirklich das große Problem, dass es seitens dieser AfD, dann eben auch Angriffe auf Kulturinstitutionen gibt. Wenn wir uns nochmal an das Theater in Freiberg erinnern. Sie wollten eine Podiumsdiskussion zum Thema rechte Christen machen und die AfD hat dann eben behauptet, dass Theater verbreite links-grüne Parteiideologie. Das zieht sich aber auch durch bei Bildungseinrichtungen, zum Beispiel beim Gymnasium in Borna. Die AfD hat mit dem Bild des Gymnasiums im Wahlkampf gewonnen. Das Gymnasium ist aber ausgezeichnet als „Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus“ und daraufhin hat der Schulleiter sich dagegen verwehrt, dass das Bild der Schule von der AfD benutzt wird. Daraufhin bekommt der Schulleiter eine Dienstaufsichtsbeschwerde

von der AfD. Wenn wir nur an das Schulnetzportal denken – so möchte ich es mal nennen – wo Lehrer, die sich kritisch äußern, angeprangert werden können. Aber es geht ja auch weiter in den Bereich soziokultureller Zentren. Wenn ich mir überlege, im neugewählten AfD-Kreisvorstand für den Landkreis Leipzig gibt es einen Traditionsbeauftragten. Der sitzt in Grimma auch im Stadtrat und fordert die Umbenennung einer Straße nach einem NSDAP-Mitglied und dafür sollen wir die Karl-Marx-Straße abschaffen. Also auch in dem Bereich kann demnächst noch so viel Grausiges passieren, da wird mir richtig Angst und Bange.

**Recht herzlichen Dank für das Interview.**

Einen Wunsch habe ich: Ich habe verschiedene Bereiche aufgezählt und es wäre einfach schön, wenn die verschiedenen Bereiche nicht allein stehen gegen die Angriffe durch die AfD, sondern die ganzen Leute zusammenhalten, egal ob es eine Bildungseinrichtung, ein soziokulturelles Zentrum oder eine Initiative ist, die sich für Kultur einsetzt. Wir müssen einfach hier zusammenstehen und uns nicht einzeln von der AfD angreifen lassen.

Das Interview kann hier nachgehört werden:  
[www.freie-radios.net/99196](http://www.freie-radios.net/99196)

photo: Christian Herberich

# DER LANDTAGS- WAHLKAMPF DER AfD

von Steven Hummel & Sarah Starck

**Im September 2019 fanden die Wahlen zum siebten sächsischen Landtag statt. Die AfD wurde mit 27,5 % der Stimmen zweitstärkste Kraft und zog mit 38 Abgeordneten in den Landtag ein.<sup>[1]</sup> Im Wahlkampf stellten sie jedoch nur selten landespolitische Themen in den Vordergrund und skizzierten stattdessen lieber eine „Bedrohung von Außen“.**

Aus der Region Leipzig ziehen neben Gudrun Petzold sechs Männer in den Landtag ein. Bei der vorherigen Landtagswahl 2014 war lediglich Uwe Wurlitzer, welcher 2017 zusammen mit Frauke Petry die AfD verließ, aus der Region Leipzig in den Landtag gewählt worden. Damit sind alle aktuellen AfD-Abgeordneten aus der Region Leipzig erstmals im Landtag vertreten.

[1] Nach Wahlergebnis hätten der AfD 39 Sitze zugestanden, durch formale Fehler bei der Aufstellung der Landesliste wurde diese gekürzt, sodass der AfD schlussendlich ein Sitz verlorenging.

[2] Facebook-Seite der AfD Leipzig vom 09.08.2019.

[3] Facebook-Seite der AfD Leipzig vom 11.08.2019.

Abgeordnete*r	Direktkandidatur im Wahlkreis	Listenplatz	Einzug über
Holger Hentschel	33 – Leipzig 7	9	Liste
Tobias Martin Keller	32 – Leipzig 6	18	Liste
Roland Walter Ulbrich	34 – Nordsachsen 1	21	Liste
Jörg Dornau	25 – Leipzig Land 3	24	Liste
Jörg Steffen Kühne	31 – Leipzig 5	25	Liste
Alexander Wiesner	24 – Leipzig 2	30	Liste
Gudrun Petzold	36 – Nordsachsen 3	50	Direktmandat

## AfD-Abgeordnete der Region Leipzig im Sächsischen Landtag

### Das Wahlprogramm

Die AfD veröffentlichte im Juni 2019 ein „Regierungsprogramm“ unter dem Titel „Trau dich Sachsen“. Mit dem Label Regierungsprogramm suggeriert die AfD die Option, durch eine Koalition aktiv an der Regierung beteiligt zu sein – eine Konstellation, welche ihr bisher durch Ablehnung der CDU nicht möglich ist. Die im Wahlprogramm angesprochenen elf Themen decken eine große Bandbreite ab. Schnell wird allerdings auch deutlich, dass die sächsische Landespolitik für einige dieser Themen der falsche Ort ist: So soll z.B. Schluss gemacht werden mit der „Sparer und Rentner enteignenden Politik der EZB“ (S. 15) sowie „ungeregelte Einwanderung“ gestoppt werden, um den „Sozialstaat [zu] erhalten“ (S. 39). Mit diesen Themen konnte die AfD bereits in vorangegangenen Wahlkämpfen punkten und gute Ergebnisse erzielen. Dass diese Themen nicht auf Landesebene bearbeitet und gelöst wer-

den, scheint für das Programm nicht relevant zu sein. Inhaltlich sind die landespolitischen Forderungen fast identisch mit den bundespolitischen. Es finden sich allerdings einige wenige Ausnahmen, wie die Forderung nach Sonderwirtschaftszonen in der Lausitz, im Erzgebirge und im Vogtland (S. 14ff.).

Trotz der Vielfalt im Wahlprogramm dominieren einzelne Themen in der öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung der Partei.

### Migration, Flucht und Asyl

Die Themen Migration, Flucht und Asyl sind nach wie vor zentraler Bestandteil der AfD-Politik – auch in Sachsen. Es taucht sowohl in einem eigenen Kapitel mit dem Titel „Zuwanderung, Asyl, Staatsangehörigkeit“ (S. 44ff) als auch an weiteren Stellen im Wahlprogramm auf. Geflüchtete sind in der Lesart der AfD dabei immer eine Bedrohung von außen, welche abgewehrt und eingedämmt werden muss. Da „unkontrollierte Einwanderung oder Schleusungsaktivitäten sowie grenzüberschreitende Kriminalität [...] an der Tagesordnung“ (S. 20) seien, setzt sich die AfD für „die Wiedereinführung von Grenzkontrollen“ (S. 20) ein. In diesem Sinne wird der Kandidat Tobias Keller auf der Facebook-Seite der AfD Leipzig in einem Sharepic mit dem Slogan „Ungeregelte Einwanderung stoppen – Sozialstaat erhalten“ dargestellt. Dass der dazugehörige Text sich mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auseinandersetzt, scheint dabei nicht zu stören.<sup>[2]</sup> Der Kandidat Alexander Wiesner wirbt mit dem Slogan „Massenzuwanderung ist keine Lösung“. Der dazugehörige Text ist – wie bei allen relevanten inhaltlichen Posts – lediglich aus dem Wahlprogramm übernommen.<sup>[3]</sup>

Geflüchtete werden nicht als gleichwertige Individuen, sondern entmenschlichend als eine Art Naturkatastrophe, die es zu stoppen gilt, gedeutet. Das Staatsvolk im Sinne der AfD ist ethnisch homogen und grenzt sich klar von außen ab. Der rassistische Grundkonsens der Partei offenbart sich auch in Plakaten mit der Aufschrift „Neue Deutsche? Machen wir selber.“

Im Sinne des Abendlandes von Pegida fordert die AfD „Bürgerentscheide über Sakralbauten“ (S. 22) und will Moscheeverbände und –vereine überwachen lassen (S. 22f.). Beides steht mit der im Grundgesetz festgeschriebene Religionsfreiheit in Konflikt. Der Islam gehört aus Sicht der AfD nicht zu Deutschland.



Landtagswahlkampf in Sachsen

Im Gegensatz zu Geflüchteten und Muslimen werden sogenannte Russlanddeutsche bzw. Spätaussiedler\*innen als zugehörig zur deutschen „Volksgemeinschaft“ begriffen. Die AfD Leipzig übersetzt für diese Zielgruppe extra Flyer ins Russische.<sup>[4]</sup> Hiermit sollen gezielt russische Spätaussiedler\*innen angesprochen werden. Bundesweit erzielt die AfD in dieser Gruppe hohe Wahlergebnisse.<sup>[5]</sup> Passend dazu ist die nordsächsische Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold Leiterin des AfD-Verbandes „Vertriebene/Deutsche aus Rußland.“

### Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Das Thema Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beginnt erneut mit Ausführungen zu den Themen Migration, Flucht und Asyl. Wenig verwunderlich ist allerdings die Stoßrichtung: Geflüchtete sollen bei Sozialleistungen systematisch benachteiligt werden. Weitere Punkte bestehen aus einem Potpourri verschiedenster sozialpolitischer Auseinandersetzungen

und Forderungen. So soll der Mindestlohn beibehalten und eine gesetzliche Obergrenze für Leih- und Werkvertragsarbeiter\*innen von 15% eingeführt werden. Beides sind Forderungen, welche in der Kompetenz des Bundes liegen und von der sächsischen Regierung lediglich über den Bundesrat eingebracht werden können. Petra Böhme wirbt mit dem Slogan „Harz IV ist ungerecht“ auf der sächsischen Facebook-Seite der AfD.<sup>[6]</sup>

Allgemein lässt sich bei der AfD kein einheitlicher Kurs beim Thema Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erkennen. Eigentlich war für September 2019, also kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ein Parteitag zum Thema geplant, welcher allerdings ins Jahr 2020 verschoben wurde. Nach wie vor herrscht Uneinigkeit zwischen neoliberalen und völkischen Konzepten. So setzt sich der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen für eine Abschaffung der gesetzlichen Rente ein und will Bürger\*innen zu größtmöglicher Eigenverantwortung zwingen. Dies würde als Konsequenz vor allem sozial Schwächere treffen,

[4] Facebook-Seite der AfD Leipzig vom 28.08.2019.

[5] Hannah Beitzer: Russlanddeutsche: die unsichtbaren Migranten, sueddeutsche.de vom 15.07.2017.

[6] Facebook-Seite der AfD Leipzig vom 10.08.2019.

[7] Facebook-Seite der AfD Leipzig vom 29.08.2019.

[8] Facebook-Seite der AfD Leipzig vom 28.08.2019.

[9] Beim Schönauer Parkfest 2016 löste das Wahlkampfauto der AfD einen Skandal aus, da das Kennzeichen L-AH 1818 war. Auch wenn sich die AfD nachträglich davon distanzierte, so sind „AH“ sowie „18“ neonazistische Szenecodes, die auf die Initialen Adolf Hitlers verweisen.

[10] Michael Bartsch, Irritierende Offenheit im Rathaus, taz.de vom 08.08.2019.

[11] chronik.LE, Andreas Kalbitz unterstützt AfD-Wahlkampf in Naunhof, chronik.LE.org vom 15.08.2019.

[12] Der Leipziger Cellist Matthias Moosdorf gilt als Hauptverantwortlicher der rechten Kampagne gegen den UN-Migrationspakt im Herbst 2018, Vgl. Jan Sternberg, Ein Leipziger Celist steckt hinter der Anti-Migrationspakt-Kampagne, lvz.de vom 20.11.2018.

In der Leipziger Region veranstaltet die AfD eine Kundgebungstour in Markranstädt, Groitzsch, Pegau, Bad Lausick, Colditz, Grimma, Wurzen und Brandis. Zu den Terminen erscheinen, mit Ausnahme von Wurzen, immer nur einige wenige Personen. Vgl. Einträge auf chronik.LE.org vom 22.11.2018, 28.11.2018, 29.11.2018 und 30.11.2018.

[13] Facebook-Seite der AfD Leipzig vom 26.08.2019.

[14] Exemplarisch sei hier auf die unter chronik.org dokumentierten Vorfälle vom 11.08.2019, 24.08.2019 und 30.08.2019 verwiesen. Weitere Sachbeschädigungen und Zerstörungen von Wahlplakaten sowie rechte Wahlkampfaktivitäten unter <https://www.chronikle.org/thema/wahlkampf>.

die auf die gesetzliche Fürsorge angewiesen sind. Björn Höcke (MdL Thüringen, Landes- und Fraktionsvorsitzender Thüringen) hingegen favorisiert ein Sozial- und Rentensystem, welches nach rassistischen Kriterien definierte Nicht-Deutsche von Leistungen ausschließt. Für ihn besteht kein Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen Innen und Außen. Soziale Probleme werden ethnisiert und zu einem nationalen Abwehrkampf stilisiert.

In Leipzig warb die AfD mit dem viel diskutierten Thema Wohnen und forderte hier, dass mehr Wohnraum privatisiert werden solle<sup>[7]</sup> und insbesondere (deutschen) Familien ein einfacherer Zugang zu Wohnraum ermöglicht werden soll.<sup>[8]</sup>

### Wahlkampfveranstaltungen

Wie andere Parteien auch, organisierte die AfD diverse Infostände, um mit Bürger\*innen ins Gespräch zu kommen und für ihre Positionen und die Wahl ihrer Kandidat\*innen zu werben. So war die AfD u.a. auch auf dem Schönauer Parkfest in Leipzig-Grünau zugegen.<sup>[9]</sup>

Auf diversen Wahlkampfveranstaltungen erhielt die AfD Unterstützung aus anderen Bundesländern und/oder der Bundespolitik. So organisierte der Direktkandidat Jörg Dornau (Wahlkreis 25) eine Wahlkampfveranstaltung mit Jens Maier (MdB) und Björn Höcke in Grimma<sup>[10]</sup> sowie eine weitere mit Andreas Kalbitz (MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender Brandenburg) in Naunhof<sup>[11]</sup>. Damit positionierte er sich klar als Flügel-Sympathisant. Beatrix von Storch unterstützte den Wahlkampf von Frank May mit einer Veranstaltung in Borna.

Beim „Tag der Nordsachsen“ sprachen eine Woche vor der Landtagswahl insgesamt zehn AfD-Politiker bei drei parallelen Veranstaltungen. In Delitzsch waren dies Albrecht Glaser, Götz Fromming und Detlev Spangenberg (alle MdB), in Eilenburg Siegbert Drose, Martin Hebner (beide MdB) und Carsten Hütter (MdL) sowie in Oschatz Maximilian Krahe (MdEP), Gottfried Curio, Peter Boehringer (beide MdB) und Matthias Moosdorf<sup>[12]</sup>. Neben der Tatsache, dass auf den Veranstaltungen ausschließlich Männer sprachen, ist auffällig, dass alle Redner dem rechten Parteiflügel zuzuordnen sind.

### Social Media als Verstärker

Die AfD nutzt verschiedene Social-Media-Kanäle zur Verbreitung ihrer Inhalte. Dabei ist sie deutlich erfolgreicher als andere Parteien. Die Facebook-Seite der

AfD Leipzig erreicht mit mehr als 5.300 Likes (immer Stand Januar 2020) mehr Personen als z.B. LINKE (3.900) und CDU (3.400). Deutliche Unterschiede gibt es hier allerdings zum Landkreis Leipzig (2.500 Likes) und dem Landkreis Nordsachsen (lediglich 400 Likes). Über Facebook und andere soziale Medien gelingt es der AfD, wesentliche Inhalte und Slogans (z.B. über Sharepics) zu verbreiten und die eigenen Aktivitäten einem größeren Publikum zugänglich zu machen. So werden alle Wahlkampfstände in Szene gesetzt, fotografiert und die Bilder in sozialen Medien geteilt. Veranstaltungen werden teilweise live ins Internet übertragen.

Diskussionen ergeben sich u.a. bei geteilten Nachrichten über zerstörte Wahlplakate. Hier lassen AfD-Anhänger\*innen ihren Hass und Gewaltvorstellungen gegen politische Gegner\*innen freien Lauf. Unter einem von der Leipziger AfD auf Facebook geteilten Artikel wird sich für die Plakatabreißer\*innen körperliche Züchtigung („mit der Peitsche zur Arbeit führen“) sowie Arbeit im Steinbruch gewünscht.<sup>[13]</sup> Offensichtlich soll diesen Menschen im Sinne der AfD kein reguläres Strafverfahren, sondern eine politisch motivierte Sonderbehandlung zukommen. Dass im Wahlkampf auch unzählige Plakate anderer Parteien zerstört und mit AfD-Slogans beschmiert wurden, erwähnt die AfD nicht.<sup>[14]</sup>

### Fazit

Der Landtagswahlkampf der sächsischen AfD basiert auf den gleichen Themen, welche auch von bundesweiter Bedeutung sind. Relevante landespolitische Themen und Aspekte kommen nur vereinzelt vor und spielen keine herausragende Rolle. Die Vielfalt der Themen im Wahlprogramm spiegelt sich nur bedingt im öffentlichen Auftreten der Partei wieder. Scheinbar wird die AfD nicht wegen ihrer landespolitischen Sachkompetenz, sondern aus anderen Gründen gewählt. ■

**Sarah Starck ist Sozialwissenschaftlerin und in der Sozialen Arbeit tätig. Sie interessiert sich für rechte Akteur\*innen und Strukturen in Ostdeutschland.**

**Steven Hummel ist Sozialwissenschaftler und Journalist. Er interessiert sich besonders für rechte Strukturen und Organisationsformen.**

## 03 KAPITEL JENSEITS DER AFD



# NEUES FORUM, ALTER INHALT

von chronik.LE

**Früher galt Wurzen als eine Hochburg der NPD. Heute agiert im Stadtrat neben der AfD das Neue Forum für Wurzen. Seine Mitglieder kommen aus rechten Kampfsport-Kreisen. Ein NFW-Kandidat war an einem Angriff auf das Netzwerk für Demokratische Kultur beteiligt. Dieser Verein steht im Fokus der Agitation des rechten Forums.**

Die Kleinstadt Wurzen bei Leipzig war lange eine ausgesprochene Hochburg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Bereits 1999 ist die neonazistische Partei hier mit ihrem damaligen Kreisvorsitzenden in den Stadtrat eingezogen. Bei der Wahl 2004 erreichte sie mit knapp 12 Prozent und drei Mandaten ihr bestes Ergebnis, 2009 kam sie immerhin noch auf rund 7 Prozent und zwei Mandate. Nachdem 2012 der gesamte damalige Kreisvorstand aus der Partei ausgetreten war<sup>[1]</sup>, fand sich 2014 jedoch niemand, der für die NPD bei der Stadtratswahl kandidieren wollte. Das Potenzial für nationalistische und rassistische Politik war damit aber keinesfalls verschwunden. Das zeigten ab 2015 mehrere Demonstrationen „gegen Asylmissbrauch“ sowie eine Reihe von Angriffen auf Geflüchtete. Auch die sonst kaum mehr wahrnehmbare NPD bzw. deren Jugendorganisation JN versuchte mit einigen Aktionen, die Anti-Asyl-Stimmung weiter anzuhetzen.<sup>[2]</sup>

Statt der NPD sollte jedoch vor allem die AfD von der Verschiebung der gesellschaftlichen Verhältnisse profitieren. Bei der Bundestagswahl 2017 landete die Partei in Wurzen mit knapp 32 Prozent der Zweitstimmen (bei den Erststimmen sogar 35,4 Prozent) deutlich vor der CDU mit knapp 28 Prozent. Der NPD blieben nur magere 1,9 Prozent. Bei der Landtagswahl 2019 kam die AfD in der Stadt wiederum auf knapp 32 Prozent, musste sich jedoch mit dem zweiten Platz hinter der CDU mit knapp 34 Prozent zufriedengeben. Die weiteren Rechtsaußenparteien (NPD, ADPM, Blaue #TeamPetry) kamen zusammen lediglich auf 1,7 Prozent. Der Direktkandidat der AfD, Jens Zau-nick (Jg. 1968) aus dem benachbarten Lossatal, hatte während des Wahlkampfes sogar ein eigenes Büro in Wurzen eröffnet. Trotzdem verfehlte der selbständige Kfz-Schlosser im Wahlkreis Leipzig Land 4 mit 29 Prozent der Erststimmen den Einzug in den Landtag. Das Direktmandat ging stattdessen an den Kandidaten der CDU (32 Prozent).

Bei der Stadtratswahl wenige Monate zuvor im Mai 2019 kam die AfD in Wurzen nur auf 15,7 Prozent und vier Mandate. Konkurrenz erfuhr sie bei dieser Wahl durch die rechte Wählervereinigung Neues Forum für Wurzen (NFW), die 10,9 Prozent der Stimmen und drei Mandate errang. Zusammengerechnet haben 26,6 Prozent für die Kandidat\*innen dieser beiden Listen

[1] Vgl. chronik.LE, NPD-Vorstand im Landkreis Leipzig rebelliert gegen die Partei, chronikLE.org vom 05.03.2012.

[2] Vgl. zu all diesen Ereignissen die Einträge unter [www.chronikle.org/ort/landkreis-leipzig/wurzen](http://www.chronikle.org/ort/landkreis-leipzig/wurzen).

gestimmt – mehr als jeweils für die CDU (24,3 Prozent) und die „Bürger für Wurzen“ (22,9 Prozent). Die AfD-Fraktion halbierte sich aufgrund eines Todesfalls noch vor der Konstituierung des Stadtrats und eines Wegzuges im Oktober 2019 schnell auf zwei Personen.<sup>[3]</sup> Das NFW ist aber nicht nur deshalb die wichtigere Rechtsaußen-Fraktion im Wurzener Stadtrat.

### „Wurzen first“

Das selbsternannte Neue Forum für Wurzen hat sich erst Anfang 2018 gegründet. Mit dem gewählten Namen lehnt sich der nicht eingetragene Verein an das historische „Neue Forum“ an, welches die von Leipzig ausgehende Friedliche Revolution 1989 entscheidend prägte. Mit dem skurrilen Slogan „Wurzen first“ wird zudem eine Nähe zu US-Präsident Donald Trump zum Ausdruck gebracht. Das NFW spricht sich in seiner Gründungserklärung dagegen aus, „Zuwanderern unser Sozialsystem als Wohnraum zu überlassen“. Als politischen Gegner macht die Initiative das Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) aus, welches u.a. Geflüchtete unterstützt und auf neonazistische Strukturen vor Ort aufmerksam macht. So sollen „das Treiben des NDK und sein Umgang mit Steuergeld“ ebenso wie „möglicher Verbindungen des NDK zur linksterroristischen Szene“ untersucht werden. Weiterhin werden einzelne Stadträte sowie der Oberbürgermeister angegriffen.<sup>[4]</sup>

Lange Zeit ist der frühere Theologiestudent und zuletzt u.a. als Stadtführer tätige Christoph Mike Dietel (Jg. 1964) der einzige öffentlich wahrnehmbare Sprecher des Neuen Forums. Im Vorstand des Vereins waren anfänglich noch zwei örtliche Gastronomen vertreten. Bereits vor der NFW-Gründung echauffierte Dietel sich in persönlichen Mails und auf seiner Facebook-Seite über die angeblichen Verfehlungen des NDK, diffamiert dessen Mitarbeiter\*innen als „Faulunken“ und „Mitsesser“. An einer ersten offiziellen Kundgebung des NFW beteiligen sich im März 2018 etwa 200 Personen, darunter neben einigen Neonazis auch Mitglieder der rassistischen Initiative Zukunft Heimat aus Cottbus. Sie führten Schilder mit Parolen wie „Heimatliebe ist kein Verbrechen“, „Multikulti Endstation“ und „Unsere Heimat geben wir nicht auf“ mit. Auf einem Transparent wird gefordert: „Dem Hetzwerk den Steuergeldhahn abdrehen“.<sup>[5]</sup> Im April 2018 ist NFW-Sprecher Dietel auf Gegenbesuch bei einer Kundgebung von Zukunft Heimat in Cottbus. In seiner Rede bezeichnet er das NDK als „Filiale der Kahane-Stiftung“ (gemeint ist die Amadeu-Antonio-Stiftung aus Berlin und deren

Vorsitzende Anetta Kahane) und fordert, die „unkontrollierte Finanzierung solcher Vorfeldorganisationen“ zu unterbinden.<sup>[6]</sup>

Im Juni 2018 beschäftigt sich der Wurzener Stadtrat mit einem mehrseitigem Schreiben („Petition“) von NFW-Sprecher Dietel zur Förderung des Netzwerks für Demokratische Kultur und zum Thema Integration. Darin wird die Stadt u.a. dazu aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die „Wiederherstellung der Rechtsordnung hinsichtlich der Zuwanderung“ einzusetzen und Sorge vor „expansiven, islamisch-orientalischen Enklaven“ geäußert.<sup>[7]</sup> Nur wenig später, im März 2019, beschließt das NFW „Achtundzwanzig kommunalpolitische Programmpunkte“. Darin wird gefordert, die Stadt solle das NDK „nicht mehr als gemeinnützig betrachte[n] und von jeglicher Förderung“ ausschließen. Begründet wird dies mit einer unterstellten „dauernde[n], vorsätzliche[n] und vorsätzlich wahrheitswidrige[n] Schädigung des Rufes der Stadt und ihrer Bürger“ sowie „auf die Beschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit gerichteten Aktivitäten“ des NDK. Zudem ist die Rede von einem angeblich „von der Regierung wohlwollend geduldete[n] Terror der Antifa“.<sup>[8]</sup>

### Ein „Hooligan“ im Stadtrat

Die NFW-Liste zur Stadtratswahl umfasste insgesamt neun Männer, darunter auf den ersten Plätzen fünf „Selbständige“. Den Einzug in den Stadtrat schafften neben Spitzenkandidat Dietel der neonazistische Kampfsportler (Kampfname „Hooligan“) Benjamin Brinsa (Jg. 1989, kandidierte auf Platz 5) und Lars Vogel (Jg. 1982, Platz 2).<sup>[9]</sup> Anlässlich der Konstituierung des Stadtrats im August findet in Wurzen eine Demonstration statt. Die Antifaschist\*innen wollen auf den problematischen Hintergrund des NFW aufmerksam machen.<sup>[10]</sup> Brinsa posiert mitsamt Anhang provozierend neben der Demo, die vom Bahnhof zum Stadthaus zieht. Oberbürgermeister Jörg Röglin (SPD) eilt schließlich selbst heraus, um Brinsa zur Sitzung des Ältestenrates hereinzubitten.<sup>[11]</sup>

Brinsa fungiert zunächst als Vorsitzender der NFW-Fraktion im Stadtrat, übergibt diesen Posten Ende 2019 jedoch an Dietel. Dass das Neue Forum trotz seiner bürgerlichen Fassade in der Tradition der NPD steht, zeigt sich bei der Besetzung der Ausschüsse und weiterer Gremien. So nominiert das NFW den früheren NPD-Stadtrat Matthias Möbius (Jg. 1979) als „sachkundigen Einwohner“ für den Ausschuss für Kultur,

[3] Vgl. dazu in dieser Broschüre den Artikel „Die Mühen der kommunalen Ebene“, S. 28.

[4] Vgl. chronik.LE, Gründung einer rassistischen Bürger-Initiative in Wurzen, chronik.LE.org vom 12.02.2018.

[5] Vgl. chronik.LE, Rechte Demonstration in Wurzen, chronik.LE.org vom 26.03.2018.

[6] Vgl. chronik.LE, Redner vom ‚Neuen Forum für Wurzen‘ bei rechter Demonstration in Cottbus, chronik.LE.org vom 14.04.2018.

[7] Vgl. Haig Latchinian, Petition gestartet: Graben zwischen NFW und Netzwerk wird tiefer, lvz.de vom 28.05.2018; Kai-Uwe Brandt, Stadt beantwortet zwei Petitionen des Neuen Forums Wurzen, lvz.de vom 17.06.2018.

[8] Neues Forum für Wurzen: Achtundzwanzig kommunalpolitische Programmpunkte zur Stadtratswahl am 26. Mai 2019, heimatstadtwurzen.wordpress.com vom 18.04.2019.

[9] Vgl. zu Brinsa in dieser Broschüre den Artikel „Rechts der Mulde“ von Sarah Ulrich, S. 42.

[10] Vgl. den Aufruf bei Rassismus tötet! Leipzig, Wurzen: keine Stimme den Faschos. Den rechten Foren den Raum nehmen, rassismus-toetet-leipzig.org vom 13.08.2019.

[11] Vgl. Hendrik Merker: In der Provinz sind die Nazis mächtig, blogs.zeit.de/stoerungsmelder vom 28.08.2019.

Die Fraktion „Neues Forum für Wurzen“ bei der Stadtrats-sitzung am 27. August 2019: Christoph Mike Dietel und Benjamin Brinsa, Lars Vogel verdeckt hinter Dietel



[12] Vgl. Markus Tiedtke: „Wer frech wird, kann duschen gehen“, lvz.de vom 12.06.2010.

[13] Facebook-Seite von Toni Bierstedt vom 11.10.2019.

[14] Vgl. Facebook-Seite „Neues Forum für Wurzen“ vom 10.10.2019 und Kai-Uwe Brandt: Stadtratskandidat gesteht Angriff auf Bürgerzentrum D5, lvz.de vom 17.10.2019.

[15] Vgl. Facebook-Seite „Neues Forum für Wurzen“ vom 13.12.2019.

[16] Facebook-Seite „Neues Forum für Wurzen“ vom 17.12.2019.

Jugend, Schulen, Sport und Soziales. Sie schickt ihn auch in die Gesellschafterversammlung der Wurzener Gebäude- und Wohnungsgesellschaft.

Möbius war viele Jahre, auch als er für die NPD im Stadtrat saß, Torwart beim örtlichen Fußballverein ATSV Frisch Auf Wurzen. Ein weiterer NFW-Kandidat, Toni Bierstedt (Jg. 1998), hat als Kind ebenfalls beim ATSV Fußball gespielt.<sup>[12]</sup> Den Einzug in den Stadtrat hat er mit nur 83 Stimmen verpasst. Im Oktober 2019 trat er überraschend aus dem Neuen Forum aus. Offenbar um den Verein zu schützen, wie er auf seiner Facebook-Seite erklärte: „Ich habe einen Fehler begangen, der unserem Wählerverein schweren Schaden zugefügt hat.“<sup>[13]</sup> Zuvor hatte das NFW bekanntgegeben, eines ihrer Mitglieder sei an einem Angriff auf das vom NDK betriebene Kultur- und Bürger\*innenzentrum beteiligt gewesen. Gemeint war der Überfall am Abend des 12. Mai, genau zwei Wochen vor der Kommunalwahl. Dabei warfen mehrere Vermummte Bierflaschen auf das Vereinsgebäude und zerstörten zwei Kameras. Zuvor hatten die Neonazis das Gastspiel des Roten Stern Leipzig beim ATSV Wurzen auf Seiten der Heim-Mannschaft verfolgt und anschließend noch für ein Mob-Foto am Bahnhof posiert.

Die nachträgliche Distanzierung des NFW von diesem „feigen Angriff“ ist wenig glaubhaft. Unmittelbar nach der Tat hatte Dietel noch gemutmaßt, dieser könne inszeniert gewesen sein, da „die Ruhestätte der Faulunken allenfalls kosmetisch“ beschädigt worden sei. In

der Erklärung zum Ausschluss von Bierstedt werden die Mitarbeiter\*innen des NDK in gewohnter Manier als „nassauernde Politbürokraten“ verunglimpft.<sup>[14]</sup>

### Hetz Tiraden bei Facebook

Einen Antrag mit dem Ziel, dem NDK keine städtischen Mittel mehr zukommen zu lassen und darüber im Stadtrat geheim abstimmen zu lassen, hat das NFW nach eigenen Angaben bereits Anfang Oktober eingereicht.<sup>[15]</sup> In den Stadtrat hat es dieser Antrag bisher noch nicht geschafft. Offenbar erfüllt er nicht die erforderlichen formalen Voraussetzungen. Statt dessen veröffentlicht Dietel auf der NFW-Facebook-Seite unentwegt ausschweifende Hetztiraden über verschiedene Akteur\*innen in Wurzen.

Ein Ziel seines Spottes ist eine Stadträtin der SPD, die als Lehrerin am Wurzener Gymnasium arbeitet. In einem Beitrag über sie schreibt Dietel: „Es gibt eben auch sehr viele Lehrerinnen, die sich aus niederen Beweggründen in den Schuldienst geschmuggelt haben. Verkniffene Dominas, die dem üblen Laster frönen, ihre Schützlinge zu schikanieren, zu maßregeln und auf gemeinste zu schulmeistern.“<sup>[16]</sup> Die angesprochene Stadträtin kontert in der Februar-Sitzung des Stadtrates, sie sei eine Gegnerin „narzisstischer Imagepflege“ und verzichte deshalb auf beleidigende „Neologismen und Metaphern-Schnickschnack“. Statt dessen fragt sie: „Was berechtigt Sie dazu, den übergroßen Teil der derzeitigen Lehrerinnen extrem zu beleidigen? Mit



photo: Henrik Meier

welcher Intension haben Sie meinen Satz zum Anlass genommen, eine ellenlange Hetztirade aufzubauen und mich an den asozialen Facebook-Pranger zu stellen? Und aus welchen Gründen nutzen Sie ihr Schreibtalent, um verbal auf Menschen herumzutrampeeln?“ Ihre Rede wird von den Stadträt\*innen der CDU, der „Bürger für Wurzen“, von SPD und Linke mit lautem Applaus bedacht.<sup>[17]</sup>

Auch sonst schrecken Dietel und seine Mitstreiter nicht vor Unterstellungen und Diffamierungen zurück. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, die privat einen journalistischen Lokal-Blog betreibt, konstatiert: „Man kann von einem gestandenen Stadtrat nicht erwarten, dass er bereit ist, sich mit einem Mann zur konstruktiven Sacharbeit an einen Tisch zu setzen, der ihn andernorts öffentlich als ‚dummes Schwein‘ betitelt.“ Sie vermutet, dass es „Herrn Dietel weniger um Sacharbeit geht als vielmehr darum, sich bei seinen Anhängern als Opfer zu präsentieren, dessen brillante Vorschläge von den anderen Räten permanent missachtet und schlechtgeredet werden.“<sup>[18]</sup>

### Opferrolle und Angriff

Solch ein Wechselspiel aus ständigen Tabubrüchen, Angriffen auf politischen Gegner\*innen und gesellschaftliche Minderheiten und selbst gewählter Opferrolle ist anderswo von der AfD bekannt. In Wurzen nutzt das NFW diese Taktik, auch wenn Dietel regelmäßig überzieht und selbst konservative Bürger\*innen

vor den Kopf stößt. Wie viele Menschen das jenseits seiner Gefolgschaft auf Facebook erreicht, ist schwer zu sagen. Im Dezember 2019 verkündet das NFW, man wolle demnächst eine „regelmäßig erscheinende Zeitschrift“ herausgeben und auf Youtube sichtbar werden. Um das zu finanzieren, wird um Spenden gebeten.<sup>[19]</sup> Dazu wird ein Konto bei einem finnischen Finanzdienstleister („Holvi Payment Services Zweigniederlassung Deutschland“) genutzt.

Obwohl das Neue Forum für Wurzen im Stadtrat weitestgehend isoliert ist und auch mit den zwei verbliebenen, wenig auffälligen AfD-Stadträt\*innen nur ein Fünftel der Abgeordneten stellt, sollte sein Einfluss nicht unterschätzt werden. Besser als noch der NPD gelingt es dem NFW, einen Teil der städtischen Kleinunternehmensschar, vor allem Gastronom\*innen und Handwerker\*innen, anzusprechen. Über die Jahre ist in Wurzen und Umgebung ein Geflecht von neonazistischen Strukturen entstanden. Nachdem diese Kreise über viele Jahre eher im Hintergrund gewirkt haben, suchen sie nun die öffentliche politische Bühne. Mit Christoph Mike Dietel haben sie dafür ein williges Sprachrohr gefunden, für den sein Fraktionskollege Benjamin Brinsa kein Neonazis ist, sondern „durch und durch ein Mannsbild“, ein „klassische[r] Selfmade-man“ mit einer „Erfolgsbilanz als Sportler und Unternehmer“.<sup>[20]</sup> In zwei Jahren steht die Wahl zum oder zur Oberbürgermeister\*in an. Man darf gespannt sein, wen das Neue Forum dann ins Rennen schickt und wie die Stadtgesellschaft darauf reagiert. ■

[17] Vgl. Kai-Uwe Brandt: SPD-Stadträtin rechnet mit Neuem Forum für Wurzen ab, lvz.de vom 14.02.2020.

[18] Sylke Mathie: Neues Forum für Wurzen – demokratischer Meinungsstreit versus gezielte Falschinformation, wurzener-land-nachrichten.de vom 01.02.2020.

[19] Vgl. Facebook-Seite „Neues Forum für Wurzen“ vom 23.12.2019.

[20] Vgl. Facebook-Seite „Neues Forum für Wurzen“ vom 06.05.2019.

# RECHTS DER MULDE

**Ein Kampfsportler aus der Neonazi-Szene ist in den Wurzener Stadtrat eingezogen. Die Rechten sind dabei, die Hegemonie zu erlangen.**

von Sarah Ulrich

Der Artikel erscheint mit freundlicher Genehmigung der Autorin und wurde zuerst am 26.08.2019 online auf [taz.de](http://taz.de) veröffentlicht.

Es ist still in Wurzen, an diesem warmen Dienstagvormittag Mitte August. Nur wenige Menschen sind zu sehen, und wenn, dann sind es Senior\*innen, die auf dem historischen Marktplatz in der Sonne sitzen. Das Domcafé an der Ecke ist noch geschlossen, die Eisdiele öffnet erst mittags. Ein paar kleine Einzelhandelsgeschäfte liegen still, hoffend auf Kund\*innen. Hin und wieder klappert ein Auto über das Kopfsteinpflaster. Viel mehr passiert nicht in der Stadt, die sich wegen ihres berühmtesten Sohns, des Schriftstellers Joachim Ringelnatz, auch „Ringelnatzstadt“ nennt. Es fühlt sich an, als wäre hier alles in Ordnung.

Wurzen, im Mai 2019: Stadtratswahl. Für zwei der anstehenden Gruppierungen ist es ein Sieg auf voller Linie: Die Neulinge AfD und „Neues Forum für Wurzen“ (NFW) ziehen erstmals in den Stadtrat ein. Die Alternative für Deutschland mit 15,7 Prozent der Stimmen. Die freie Liste des NFW mit 11 Prozent. Vier Sitze wird die AfD ab dem 27. August einnehmen. Drei das NFW.

Einen dieser Sitze besetzt Benjamin Brinsa, gewählt mit 359 Stimmen. Über 30.000 Treffer bekommt man, wenn man ihn bei Google sucht. Bilder von dem muskulösen Mann in Kampfpose, Videos von ihm beim Mixed-Martial-Arts-Training (MMA). Und unzählige Texte. Von linken Recherchegruppen, Online-Magazinen, Tageszeitungen. Brinsa ist bekannt – als rechter Kampfsportler und „Neonazi-Hooligan“, wie linke Seiten ihn nennen.

Benjamin Brinsa, Jahrgang 1989, ist ein gefeierter Kämpfer der rechten Freefight-Szene. Sein Spitzname: „The Hooligan“. 2013 stand er sogar unter Vertrag des

weltweit größten MMA-Veranstalters Ultimate Fighting Championship. Dieser wurde allerdings, bevor Brinsa auch nur einen einzigen Kampf für die UFC absolviert hatte, gekündigt – aufgrund von Hinweisen auf Verbindungen in die rechte Szene. Heute ist er der Kopf des rechten MMA-Teams „Imperium Fight Teams.“ Einige Mitglieder des Teams waren bei dem Nazi-Angriff auf Leipzig-Connewitz 2016 dabei.

Nun wird er Fraktionsvorsitzender des NFW. Auf Facebook triumphiert er am Tag der Wahl, gratuliert seinen Mitstreitern – und der AfD, mit der man nun „zusammen eine ordentliche Anzahl an Personen im Stadtrat sitzen“ habe. Anfang August postete er ein Foto von sich vor einer Straßenlaterne in Wurzen, ein umgedrehtes Wahlplakat in der Hand. Für welche Partei mobilisiert Brinsa? Er verrät es nicht. Heute hängt an dieser Stelle das Plakat von Jens Zaunik, dem AfD-Spitzenkandidaten.

## Der Zusammenschluss nationaler Kräfte

Es ist der Zusammenschluss nationaler Kräfte, ein Triumph der Rechten in Wurzen – zumindest parlamentarisch. Die Strategie Rechter, über freie Listen in Parlamente einzuziehen, wird besonders im ländlichen Raum immer beliebter. Zusammen haben AfD und NFW mehr als doppelt so viele Stimmen wie die SPD, die Partei des Oberbürgermeisters Jörg Röglin.

Was hat der Oberbürgermeister gedacht, am Abend nach der Wahl? „Ach du Heimatland.“ Röglin seufzt, sein Blick ist aufrecht. Er ist sichtlich erschöpft. Seine hellblauen Augen wirken müde. Der 49-Jährige sitzt in seinem großen, hellen Büro im Wurzener Rathaus. Ratlos. „Wie der Stadtrat gewählt wurde, spricht seine eigene Sprache.“

Röglin erzählt davon, wie sich die Stadt um Weltoffenheit bemühe. Von Demokratieprojekten, Vereinen, der Stadtjugendarbeit. „Und jetzt kommen solche Wahler-



photo: Jörg Blobelt - CC BY-SA 4.0

gebnisse zustande.“ Er inszeniert nachdenkliche Pausen. „Jetzt müssen Sie mir erklären, wie sowas passiert. Ich kann es Ihnen nicht sagen.“

Wurzen ist eine beschauliche Stadt, knapp dreißig Kilometer östlich von Leipzig. Auf der Karte liegt sie rechts der Mulde. Domstadt, gelegen an dem Pilgerweg „Via Regia“, touristisch aufgehübscht mit sanierten historischen Altbauten.

Will man versuchen, die Frage Röglins zu beantworten, muss man sich das andere Wurzen anschauen. Die Hakenkreuze, die unsauber an Hauswände geschmiert sind. Die hohe Dichte an AfD- und NPD-Wahlplakaten. Die antisemitischen Aufkleber. Das „Zecken schlachten“-Graffiti nur wenige Meter entfernt von dem Büro des Netzwerks für Demokratische Kultur (NDK). Das ist die Sprache, die die Wahlergebnisse sprechen.

### Demokratieprojekt unter Beschuss

Wer sind diese neuen Rechten? Das Wahlprogramm des Neuen Forum mit seinen achtundzwanzig kommunalpolitischen Programmpunkten liest sich wie ein Lehrwerk populistischer Demagogie. Das Forum – allen voran sein Gründer Christoph Dietel – inszeniert sich mit seinem Namen in vermeintlicher Tradition der DDR-Bürgerrechtler. Jedoch mit gefährlichen Inhalten. So werden etablierte demokratische Parteien mit der SED verglichen, eine „Drosselung der Zuwanderung aus dem Orient und Afrika“ gefordert, kolonialrassistische Stereotype verbreitet.

Einer der Feinde des NFW ist das NDK. „Für die sind wir hier in Wurzen der Arm von der Antifa in Leipzig“, sagt die Geschäftsführerin Martina Glass kopfschüttelnd. Dabei geht es beim NDK um Bildungsprojek-

te, um Kultur, um Jugendarbeit – auch gegen rechts. Schon 2018 berichtete die taz über den Rassismus in Wurzen und darüber, dass Dietel eine Petition für die Streichung der Gelder für das NDK forderte – erfolglos. Jetzt sind sie im Stadtrat. „Ich gehe davon aus, dass sie als Erstes versuchen werden, unsere Förderungen einzustellen“, sagt Glass. Seit zehn Jahren betreut sie das Demokratiezentrum. Bei einem Gesprächsversuch im letzten Jahr habe Dietel sie angeschrien. „Dass wir die Errungenschaften des weißen Mannes und seine Vaterstadt beschmutzen.“ Seitdem rede er nicht mehr mit dem NDK.

Glass lächelt, lacht fast darüber, als könne man ihn nicht ernst nehmen. Aber Dietels Parolen kommen bei den Wurznern\*innen an. „Er schreit und schreit – und die Leute glauben die ganzen Lügen, die er verbreitet.“ Auch Brinsa mobilisierte für die Wahl gegen das NDK: „Schluss mit Steuergeldverschwendung an das NDK! Schluss mit linker Bevormundung!“

Zum NDK Gelände, dem großen Haus mit der graubraunen Fassade und den alten Holztüren, den weiträumigen, offenen Büros und gemütlichen Garten, gehört auch das Kultur- und Bürgerzentrum D5. Es ist das Projekt, für das das NDK kommunale Förderung erhält. Der Dorn im Auge der Rechten. Majestätisch gelegen neben Dom und Schloss. Viele Leute gehen an diesem Sommertag im August ein und aus, das NDK ist ein Ort der Zusammenkunft.

Es könnte fast idyllisch sein, wenige Tage vor der konstituierenden Stadtratssitzung. Wären da nicht die eingeschlagenen Fensterscheiben und schlaff hängenden abgerissenen Kabel, die über der Eingangstür herausragen. „Ich habe das Gefühl, dass die Angriffe anfangen, sich zu häufen.“ Glass sitzt auf einer der Holzbänke im Garten des NDK, auf dem die Mitarbeitenden sich zum



Reaktion auf eine Antifa-Kundgebung im Januar 2018: Eine Gruppe verummter und bewaffneter Männer in der Bahnhofstraße in Wurzen.

photo: Sören Kohlhuber

Mittagessen treffen, an diesem ruhigen Tag in Wurzen. Angst hat sie nicht, sagt sie. Besorgt sei sie schon.

### Schon zwei Anschläge dieses Jahr

Erst vor wenigen Tagen, in der Nacht vom zweiten auf den dritten August, gab es einen Anschlag auf das Kultur- und Bürger\*innenzentrum D5. Schon wieder. Der letzte Angriff liegt erst drei Monate zurück. Von beiden Attacken gibt es Aufnahmen einer Überwachungskamera. Die taz konnte die Videos sichten.

Der erste Angriff, im 12. Mai 2019, geschah mitten am Tag: Der Zeitstempel zeigt 17:13 Uhr. Fünf schwarz gekleidete Personen sammeln sich vor dem Grundstück. Zwei Autos fahren vor. Weitere Personen kommen zur Gruppe, ein paar von ihnen setzen sich auf die kleine Grundstücksmauer. Das Treffen wirkt geplant. Plötzlich rennt einer von ihnen auf die Wiese vor dem Haus, wirft einen Gegenstand. Glasscherben zerbrechen – vermutlich eine Flasche. Weitere Männer tun es ihm gleich. Alle tragen Kapuzen. Bis auf einen, ein nicht allzu großer junger Mann mit schwarzer Sonnenbrille. Er sieht die Kamera, setzt sich die Kapuze auf, schnell mit seinem Arm hervor und reißt die Kamera raus. Das Bild bricht ab, die andere Kamera filmt weiter. Binnen Sekunden ziehen alle Angreifer ab und rennen davon. Das Video vom zweiten Angriff, aufgenommen in der Nacht zum 3. August 2019, zeigt den Hintereingang des Hauses. Drei verummte, schwarz gekleidete Männer schleichen eine Treppe hoch. Dann geht alles ganz schnell: Sie werfen etwas Unerkennbares und verschwinden. Am nächsten Tag wird Geschäftsführerin Martina Glass eine eingeschlagene Scheibe und einen Stein vorfinden.

Nach dem ersten Angriff schreibt das NDK: Es waren Neonazis, die von einem Fußballspiel des ATSV Wurzen gegen den Roten Stern Leipzig kamen. Der Journalist Sören Kohlhuber schreibt auf seinem Blog, unter

den Rechten bei dem Fußballspiel sei Toni Bierstedt gewesen, Listenkandidat der Bürgerinitiative Neues Forum für Wurzen.

Besagter Bierstedt fiel schon am 20. Januar 2018 in Wurzen auf: Das Antifa-Bündnis „Irgendwo in Deutschland“ zieht mit einer Demonstration durch die Stadt. Es gibt ein Foto von diesem Tag, da ist Bierstedt unter einer Gruppe Männern mit einem Teleskopschlagstock zu sehen.

Auf Belltower News, dem Informationsportal der Amadeu-Antonio-Stiftung, heißt es über den Vorfall, „schwer bewaffnete Neonazis wollten in Wurzen Journalist\*innen und eine linke Kundgebung angreifen“. Kohlhuber war unter den Berichtenden. Er schreibt: „Eine Person zog dabei die Klinge symbolisch am eigenen Hals entlang und deutete anschließend mit dieser in Richtung der Journalisten.“

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Angriffs. Am 22. Februar 2019 wird das Verfahren eingestellt. Begründung: Es habe keinen hinreichenden Verdacht für Straftaten gegeben. Staatsanwalt Ricardo Schulz erklärte gegenüber der taz: „Durch Polizei und Staatsanwaltschaft war nicht zu klären, durch wen, wann und wo die Bilder aufgenommen worden sind und ob es sich bei dem einen Gegenstand, den eine verummte Person mit sich führt, tatsächlich um eine Waffe handelt.“

Auch hinter den beiden Angriffen auf das NDK werden Rechte vermutet: In einem Artikel auf Belltower News über den ersten Angriff im Mai heißt es, „Mitarbeiter\*innen des NDK und weitere Szene-Beobachter\*innen“ vermuten hinter der Attacke die „808 Crew“, eine neue freie Kameradschaft der Region. Nach dem zweiten Angriff schreibt das NDK: Es waren drei mutmaßlich rechtsextremistische Personen.

### Eine Hooligangruppe wie die „Terror Crew Muldental“

Es gibt Chatprotokolle von Mitgliedern der „808 Crew“, vom 20. Dezember 2018, die der taz vorliegen. Darin heißt es: „Bei 808 ging es von Anfang an eine stabile Junks-Gruppe zu machen vor der man Angst und Respekt hat“ (sic!). Man wolle eine „Hooligan-Gruppe“ wie die „Terror Crew Muldental“ aufbauen – eine rechte Jugendgruppe, die zwischen 2008 und 2012 in der Region rund um Wurzen aktiv war und gegen die der Verfassungsschutz 2011 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelte. Und es gibt Fotos. Eins zeigt ein „808“-Mitglied beim Zeigen des Hitlergrüßes. Ein anderes zeigt ein paar Jungs von „808“ mit dem „Imperium Fight Team“, dem Kampfsportteam von Benjamin Brinsa.

Heute sagt Martina Glass: „Wir haben eine Vermutung, aber wir dürfen aus ermittlungstechnischen Gründen nichts sagen.“ Die Polizei und die Staatsanwaltschaft sagen das Gleiche.

„Das Kernproblem, was wir haben, ist eine Justiz, die der Sache nicht wirklich Herr wird“, sagt der Oberbürgermeister, wenn man ihn fragt, wie die Rechten sich in Wurzen so ausbreiten konnten. Röglin ist kein Linker. Er ist ein Sozialdemokrat, der Rechtsstaat seine Religion, die Gesetze seine Bibel. Seine Worte sind deutlich. Kann er sich erklären, dass das Verfahren gegen die Angreifer vom Januar 2018 eingestellt wurde? „Ich“, Röglin lacht. „Nee. Da müssen sie mal den Justizminister fragen.“ Was Röglin meint: Das klaffende Loch zwischen der Anzahl polizeilich erfasster Straftaten in Wurzen und der Verurteilungen durch die Justiz.

### Geringe Aufklärungsquoten rechter Straftaten

Die Gruppe „Rassismus tötet!“ aus Leipzig hat eine Chronik rechter Aktivitäten in Wurzen von Juli 2017 bis heute veröffentlicht. 2018 waren es mindestens 45 rechte Straftaten, darunter 12 Körperverletzungen, zum Teil schwere, wie der Angriff auf eine schwangere Frau aus Eritrea im März 2018. Für keine einzige dieser Straftaten gibt es ein Urteil, die meisten Verfahren wurden eingestellt. Auch die Statistiken aus den Kleinen Anfragen der Abgeordneten Kerstin Köditz (Linke) belegen: Nur die wenigsten rechten Straf- und Gewalttaten in Wurzen werden von der Justiz bestraft. Die Aufklärungsquoten sind verschwindend gering.

Jens Kretzschmar kennt das Problem. Zu lange schon macht er in Wurzen Politik, als dass er die rechten

Umtriebe ausblenden könnte. 1999 war er einer der Jugendlichen, die das NDK gründeten. Heute ist er älter, ruhiger. Ein netter Mann, der viel lächelt und sich etwas Lausbubenhaftes bewahrt hat. Auch er sitzt im Stadtrat. Für die Linke tritt er nun zur Landtagswahl an.

Nach dem ersten Angriff auf das NDK im Mai war er es, der die Polizei anrief. Er erzählt, wie die Beamten kamen. Wie sie Fotos von auf dem Boden liegenden Scherben und der demolierten Überwachungskamera machten. Und wie sie die Kamera, die wie das Video zeigt, mit bloßer Hand runtergerissen wurde, liegen ließen. „Ich habe die Beamten mehrfach darauf hingewiesen, dass da Fingerabdrücke drauf sind.“ Kretzschmar sagt kopfschüttelnd: „Wochen später rief die Kripo an: Herr Kretzschmar wir haben gehört, dass das Beweismittel noch bei Ihnen ist.“ Polizei und Staatsanwaltschaft geben wegen laufender Ermittlungen keine Auskunft dazu.

Muss die sächsische Justiz härter gegen die Rechten durchgreifen? „Die sächsische Justiz müsste überhaupt mal durchgreifen“, sagt Röglin. Er spricht aufgebracht als zuvor. Es geht auch um das Image seiner Stadt. „Solange sich diese extremistischen Strukturen egal welcher Couleur entfalten können und es passiert nichts, machen die weiter. Das ist wie mit den Kindern. Die testen ihre Grenzen aus und schauen, wie weit sie sie verschieben können. Und irgendwann tanzen sie uns auf der Nase rum.“

### Die Rechten breiten sich aus

Wenn man mit Jens Kretzschmar durch Wurzen fährt, zeigt er einem die Schauplätze des Kampfes der Rechten um Hegemonie, wie eine Chronik, in der Jahr für Jahr Neues dazu kommt. Ein Haus, das in den Neunzigern von Neonazis angegriffen wurde. Die Autowerkstatt, aus der die bewaffneten Männer bei dem Angriff auf Journalist\*innen im Januar 2018 rausgestürmt sein sollen. Ein Tattoostudio. Ein Sonnenstudio. Die Bar Napoles, über die eine ängstliche Nachbarin sagt, sie wolle sich nicht äußern, habe aber auch schon gehört, dass die Betreiber Rechte seien. All diese Geschäfte seien in den Händen der rechten Szene, sagt Kretzschmar.

Läuft man vom Rathaus zum Bahnhof, passiert man eine weitere Immobilie, an einer großen Durchfahrtsstraße, nur unweit der Gleise. Im Mai ging von einem unbekanntem Absender aus Wurzen eine Nachricht rum, die der taz vorliegt: „Gebäudekomplex Dresdener

Strasse 40 in Wurzen hat für eine halbe Million den Besitzer gewechselt. Das Grundstück beinhaltet Spielothek, Pension, Konzerthalle, Bar und Diskothek, ca. 16.000 Quadratmeter Freifläche und riesige Lagerhallen. Käufer sind Benjamin Brinsa (Stadtratskandidat Neues Forum Wurzen), Michael Beresan, Aws Sitto, Thorsten Richter.“

In Wurzen erzählt man sich, Brinsa wolle dort ein Fitnessstudio eröffnen, vielleicht sogar Freefight-Kämpfe abhalten. Es gibt viele Indizien und viele Menschen, die behaupten, etwas zu wissen. Dass es ein Mietkauf gewesen sein, für 5.000 Euro im Monat. Dass das Datum der notariellen Beglaubigung der 22. Mai gewesen sei. Eindeutig belegen lässt sich das nicht. Im Grundbuch ist ein anderer Besitzer eingetragen. Eine Sprecherin des Amtsgerichts sagt, es könne dauern, bis sich solche Eintragungen ändern.

Im Netz kursiert ein Foto von Benjamin Brinsa, wie er auf einer Bühne bei einem Konzert der rechtsextremen Band „Kategorie C“ steht. Entstanden ist es Mitte August. Auf Twitter wird gemutmaßt, das Konzert sei im ehemaligen „Puls“ Club gewesen. Adresse: Dresdener Straße 40, Wurzen.

Die Polizei sagt gegenüber der taz, sie habe zwar nichts von einem Auftritt der Band gewusst. „Aber es ist aufgrund der Bilder davon auszugehen, dass es stimmt“, so Sprecher Alexander Bertram. Man wisse es nicht zu

hundert Prozent – aber auch die Ermittler gingen davon aus, dass das Konzert von Kategorie C mit Benjamin Brinsa auf der Bühne im Gebäude des ehemaligen Puls Club war. „Der Veranstalter wird das schon so gestrickt haben, dass wir davon nichts erfahren.“ Auch dieser Auftritt ist nicht eindeutig belegbar.

Was jedoch klar ist: Von der taz wurde Benjamin Brinsa vor dem Gelände der Dresdener Straße 40 gesehen.

### Die Ohnmacht der Demokratie

Wenn man den Bürgermeister nach dem Kampfsportler fragt, zeigt sich die Machtlosigkeit der Stadt über die rechten Umtriebe. „Solange er sich nichts zuschulden kommen lässt oder unsere Justiz ihm nichts nachweisen kann oder will, kann ich mit meinem Demokratieprojekt strampeln, bis aus der Milch Quark wird.“ Röglin seufzt. „Da habe ich keine Chance.“

Wenige Meter zu Fuß von den glatt polierten Kopfsteinstraßen der Altstadt liegt die Karl-Marx-Straße. Vergangenes Wochenende hat es hier eine Schlägerei gegeben. Der Linken-Politiker Kretzschmar erzählt: Ein Mann habe „Scheiß Nazis, Scheiß Nazis“ gerufen. „Dann sind sie auf ihn drauf. Einer hat sich draufgesetzt und immer wieder reingedroschen, reingedroschen.“ Er wiederholt das Wort, irgendwo zwischen Fassungslosigkeit und Gewohnheit.

photo: Tim Mönch



Der neu gewählte Stadtrat Benjamin Brinsa posiert umgeben von Anhängern am Rande einer Antifa-Demonstration am 27. August 2019 in Wurzen.

Hat Jens Kretzschmar Angst? „Nee, die hätte ich erst, wenn sie die absolute Mehrheit haben.“ Er lächelt. Der Politiker ist mitten im Landtagswahlkampf. „Allmählich verschwinden meine Plakate in Wurzen.“ Er deutet auf ein Großplakat auf einer Wiese: „Das haben sie letztens versucht abzubrennen.“ Kretzschmar bleibt unbeirrt. Sein Auto hat einen Sprung in der Scheibe. „Lohnt nicht, das zu reparieren“, sagt er. „Die werfen da sowieso immer wieder was drauf.“

### Was bleibt für Wurzen übrig?

2018 hieß es in der taz, es gebe nicht viel zu sehen in Wurzen. In der Stadt, „wo eine rechtspopulistische Minderheit den Rest der Stadt vor sich her treibt und den öffentlichen Diskurs übernimmt. Wo diejenigen, die dagegen protestieren, an den Rand gedrängt werden. Wo die Mitte verstummt.“

Heute, nur ein Jahr danach, ist die Minderheit keine Minderheit mehr. Im Stadtrat ernten die rechten Demagogen die Früchte ihrer Hetze.

„Was soll ich denn dazu sagen? Was soll ich tun?“ Es sind rhetorische Fragen, die der Bürgermeister stellt. Für ihn sind die Entwicklungen keine Wurzener Spezi-fika. „Wenn sich der Freistaat so entwickelt, was bleibt dann für so eine sächsische Kleinstadt wie Wurzen übrig?“



Für Dienstag, 27. August, den Tag, an dem der neu zusammengesetzte Stadtrat das erste Mal tagt, sind Proteste angekündigt. Es ist das gleiche bundesweite antifaschistische Bündnis wie schon im Januar 2018. Auch von rechter Seite wird mobilisiert – gegen die antifaschistische Demo.

Als im September 2017 Linke in Wurzen demonstrieren, waren es 350 Antifas, umzingelt von einem Großaufgebot der Polizei, inklusive SEK und Wasserwerfer. Ein Monat nach der Demonstration wurde gegen einen der dort anwesenden SEK-Beamten Disziplinarstrafe verhängt – wegen eines Verstoßes gegen die sogenannte Polizeidienstkleidungsordnung. Der Beamte hatte einen Aufnäher mit einem bei der extremen Rechten beliebten Symbol an seiner Uniform getragen.

Für diesen Dienstag wird kein SEK-Einsatz erwartet, die Stimmung bei Stadt und Demo-Anmelder\*innen wirkt ruhiger, man rechnet mit etwa 50 Personen. Angemeldet hat die Demonstration die Linken-Politikerin Juliane Nagel aus Leipzig.

Auch ein Teil der Organisator\*innen kommt aus dem nahe gelegenen Leipzig. Sie wollen anonym bleiben, zu groß sei die Angst vor Repressionen und Nazis. Warum schon wieder Wurzen? „Es ist wichtig zu thematisieren, was es für eine Region bedeutet, wenn sich Nazis so eine Infrastruktur schaffen“, sagt Sven\* (Name geändert) für das Bündnis. „Infrastruktur baut Szene auf.“

Röglin sagt: „Die Antifa wird hier durch die Stadt ziehen und den Wurzern wahrscheinlich in die Fenster schreien, dass hier ein Nazi in den Stadtrat eingezogen ist. Und dann setzen sie sich in die S-Bahn und fahren wieder zurück.“

Kretzschmar sagt, es müsse immer antifaschistischen Widerstand geben. Aber man müsse schauen, welche Formen zielführend seien.

Glass sagt, antifaschistischer Protest müsse auch aus der Stadt selbst kommen.

Alle drei sagen, es gebe viele Aktive in Wurzen, die sich gegen die Rechten stellen.

Zu reichen scheint es nicht. ■

**Sarah Ulrich ist Journalistin und Moderatorin. Sie hat Sozialwissenschaften, Politik und Gesellschaftstheorie studiert und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit sozialen Bewegungen, Rassismus und Neuer Rechter, feministischen Themen und modernen Formen der Kultur. Derzeit arbeitet sie als Reporterin für die taz.**

# ALTERNATIVLOS IN GEITHAIN

von chronik.LE

**In der großen Kreisstadt Geithain südlich von Leipzig kandidierte die AfD nicht für den Stadtrat. Dafür sind mittlerweile drei Kandidaten der Freien Liste Geithain vertreten, die mit einem Ex-NPD-Kader antraten und in den Jahren zuvor mit anderen Mitteln versuchten, ihre politischen Ziele durchzusetzen.**

Bei den Stadtratswahlen in der westsächsischen Kleinstadt Geithain sorgte die neu gegründete Freie Liste Geithain (FLG) für Aufsehen.

Diese Freie Liste erhielt auf Anhieb 15,1% der Stimmen und zog damit als viertstärkste Fraktion mit drei von 18 Mandaten in den Stadtrat ein.

Bemerkenswert ist diese Erfolgsgeschichte der FLG vor allem wegen ihrer Mitglieder: Vier von sechs Kandidaten entstammen dem neonazistischen Umfeld um den Ex-NPD-Mann Manuel Tripp. Er erhielt mit 1.200 Stimmen das mit Abstand beste Ergebnis sämtlicher Stadtratskandidat\*innen. Ebenfalls Mandate erhielten der öffentlich wenig bekannte Hugo Rudolph (81 Stimmen) sowie Robert Schallock (79 Stimmen), dessen Vater bei den Kommunalwahlen 2014 für die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) angetreten war. Als stärkste Fraktion zog die UWG des amtierenden Bürgermeisters Frank Rudolph mit 24,4% der Stimmen, was 5 Beigeordneten entspricht, in den Stadtrat ein.

Die AfD im Landkreis Leipzig nominierte für die Wahlen in Geithain keine eigenen Kandidat\*innen.

Unklar ist hierbei, ob es im Vorfeld Absprachen mit den anderen angetretenen Listen gegeben hatte oder ein sich andernorts äußernder Mangel an geeigneten Kandidat\*innen eine Rolle spielte. Klar schien zuvor einzig: Akteur\*innen der äußeren Rechten hatten in Geithain über Jahre viele Themen besetzt und das politische Klima geprägt.

## Normalisator Tripp

Zwischen 2008 und 2011 dokumentierte chronik.LE 63 neonazistische Ereignisse in und um Geithain. Diese reichen von Propagandadelikten über Demonstrationen mit über 200 Neonazis bis hin zu einem Fackelmarsch durch die Stadt und körperlichen Angriffen. Die Gewalttaten kosteten einen Menschen fast das Leben - Im Mai 2010 wurde ein Jugendlicher, der zuvor bereits namentlich am Haus seiner Eltern bedroht worden war, an einer Tankstelle von Neonazis lebensgefährlich verletzt. Er muss sein Leben lang eine Metallplatte im Kopf tragen und verließ Geithain aus Selbstschutz.<sup>[1]</sup>

Ebenfalls in diese Hochphase körperlicher Gewaltanriffe fällt die rassistische Bedrohung gegenüber dem Betreiber einer Pizzeria mit den Worten: »Du bist Ausländer, du musst hier von Geithain weggehen. Die Pizzeria musst du zumachen, sonst machen wir dich tot.«<sup>[2]</sup>

Kurz darauf kam es zu einem Sprengstoffattentat auf die Pizzeria.<sup>[3]</sup> Stellvertretend und maßgeblich verantwortlich für die politischen äußerst rechten Positionen in Geithain steht Manuel Tripp<sup>[4]</sup>. Jahrelang war er beteiligt am kameradschaftsähnlichen »Freien Netz Borna-Geithain«. Laut dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen galt er als »Führungsperson« der Neonazi-Szene im Landkreis Leipzig.

Neben seinen Aktivitäten innerhalb des »Freien Netz« wirkte Tripp zudem bis 2016 für die NPD. Zunächst war er der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) zuzuordnen. 2013 übernahm Tripp den Kreisvorsitz der geschwächten NPD im Landkreis Leipzig vom Delitscher Maik Scheffler. Der Gründer der Freien Netz-Struktur im Raum Leipzig hatte den Leipziger Kreisverband einige Zeit parallel zu dem in Nordsachsen geführt. Anfang 2015 ist Scheffler nach eigenen Angaben aus der Neonazi-Partei ausgetreten und präsentiert sich mittlerweile öffentlich als »Aussteiger« und »Extremismusexperte«.<sup>[5]</sup>

Als 2009 und 2014 der Stadtrat von Geithain gewählt wurde trat Manuel Tripp als einziger Kandidat für die NPD-Liste an. Auf Anhieb gelang ihm 2009 mit 5,4% der Einzug in die regionale Vertretung. Bei den Wahlen darauf erreicht Tripp 10,0 % aller Stimmen – es hätte somit noch eine weitere Person über die Liste der NPD mit in den Stadtrat einziehen können. In diesem für 2014 vergleichsweise hohen Ergebnis für einen NPD-Kandidaten fand die Zustimmung zu seiner Person und mögliches Potential für spätere Wahlen starken Ausdruck.

Im Stadtrat gab sich der NPD-Mann vor allem der Bekämpfung des alternativen Jugendclubs R9 hin. Dieser war in den Jahren zuvor immer wieder Angriffsziel der Neonaziszene gewesen und bot nicht-rechten Jugendlichen einen Anlaufpunkt.

Zu Beginn seiner Tätigkeit als Stadtrat veröffentlichte Tripp eine als »Geithainer Sprachrohr« benannte Pos-

[1] chronik.LE, Geithain: Junger Mensch von Neonazi lebensgefährlich verletzt, chronikLE.org vom 07.05.2010.

[2] chronik.LE, Rassistischer Angriff und Morddrohungen in Geithain, chronikLE.org vom 05.05.2012.

[3] chronik.LE, Sprengstoffanschlag auf Pizzeria in Geithain - Neonazis hetzen gegen Betroffenen, chronikLE.org vom 12.05.2012.

[4] chronik.LE, Vom »Nationalen Sozialisten« zum rechten Anwalt, in: Leipziger Zustände 2019.

[5] chronik.LE, »Nicht zu viel lospoltern, alles im Hintergrund tun, ein Fundament schaffen«, in: Leipziger Zustände 2016.



Plakat der „Freien Liste für Geithain“ zur Kommunalwahl 2019

photo: Christoph Heide

tille. Darin vermischt er Informationen zum lokalpolitischen Geschehen mit neonazistischer Propaganda. So wird in einigen Ausgaben vor lokalpolitischem „Verordnungsterror“ durch „vollbiologische Kleinkläranlagen“ gewarnt, aber auch die neonazistische Ideologie nicht vernachlässigt - als Anzeige erscheint ein Artikel des „Freien Netz“ mit der Überschrift „Volksgemeinschaft oder Untergang“. Das Einstellen dieses Geithainer Sprachrohrs deutete bereits auf einen Wandel in der öffentlichen Inszenierung Tripps hin.

### Krawatte statt Fackel

Anfang 2018 verkündete Tripp auf einer Stadtratssitzung seit zwei Jahren nicht mehr Mitglied der NPD zu sein. Im selben Zeitraum beendet er, der in Leipzig Jura studiert hatte, seine juristische Ausbildung und eröffnet eine Anwaltskanzlei in Geithain.

Als Anwalt vertrat er im Januar 2019 den sächsischen NPD-Landesverband in einem wichtigem Fall gegen Facebook.

Am 27. Januar 2019 gründeten Junganwalt Tripp und fünf weitere Männer die Freie Liste für Geithain. Mit dieser werden sie zur Stadtratswahl Ende Mai antreten. Eine NPD-Liste wird es fortan nicht mehr geben.

Neben Tripps Person finden sich die früher ebenfalls Neonazikontexten zuzuordnenden Robert Schallock, Sebastian O. und Luca H.. Andreas H. und Hugo Ru-

dolph sind bis dahin nicht offen ersichtlich politisch in Erscheinung getreten und bilden den älteren Teil der FLG.

Der Forderungskatalog der Liste nennt sich „Heimatverbunden & Zukunftsorientiert“. Das Papier selbst enthält 14 knappe Forderungen, deren Großteil wenig Aufsehen erregend ist: Erhalt der Paul-Guenther-Schule, sparsame Haushaltsführung bei gleichzeitiger Investition in die Infrastruktur, Unterstützung des Breitbandausbaus. Wenig spektakulär klingt auch der Punkt »Weiterführung einer bedarfsorientierten Jugendarbeit«.

Dahinter verbirgt sich jedoch die Absage an einen »städtischen Jugendclub wie das ehemalige R9«. Dieses sei in Geithain »nicht erforderlich«. Das Positionspapier der »Freien Liste für Geithain« schließt mit der Forderung, »politischen Druck nach oben aufzubauen«. In diesem Punkt kommt der populistische Charakter des Papiers am deutlichsten zum Ausdruck. Recht allgemein ist von »politischen Fehlentwicklungen« die Rede, für die Bundes- und Landesregierungen verantwortlich seien. Was damit konkret gemeint ist, bleibt unausgesprochen.

### Stadtgesellschaft

Die Abwahl der CDU-Bürgermeisterin Romy Bauer 2015 stellte ein weiteres Erschweris für das lokalpoli-

[6] chronik.LE, „Freies Netz Geithain“ gibt Bürgermeisterin mit Plakat zum Abschied frei, chronikLE.org vom 13.10.2011.

[7] Kulturbüro Sachsen, 2017, „Vielleicht geht auch so was wie 'ne Bürgersprechstunde, so untereinander – Bürger\*innen und Jugendbeteiligung in Geithain“.

tische Engagement gegen die neonazistischen Machenschaften in Geithain dar.

2010 hatte Bauer das Verbot eines selbstverwalteten und in der Bevölkerung (Broschüre Kulturbüro) als „rechtslastigen“ wahrgenommenen, Jugendclubs im Ortsteil Syhra erwirkt. Als Demokratin war Bauer ebenfalls massiv von den Neonazis bedroht worden.<sup>[6]</sup> Sie hatte die Problematik erkannt und nicht komplett verharmlost. Teilweise führte sie Informationsveranstaltungen durch und erließ ein Verbot für die NPD in öffentlichen Räumen – allerdings auch für sämtliche demokratischen Parteien.

Einen gegensätzlichen Weg schlug 2015 Bauers Nachfolger Frank Rudolph (UWG) ein. Zu Beginn seiner Amtszeit setzt er eine Hauptforderung der lokalen NPD durch: die Schließung des Jugendclubs R9. Dass Personen mit Nazisymbolik keinen Zutritt zu dem Jugendclub hatten wurde dem Treff zum Vorwurf gemacht. Unter fadenscheinigen Gründen schloss die Stadt Geithain unter Beifall der NPD den Club 2016, obwohl vom Jugendamt des Landkreises Leipzig eine Dreiviertel-Stelle in der Jugendarbeit für Geithain vorgesehen ist.

Zwar kündigte Rudolph 2019 zwar an, dass die Stadt Geithain diese wieder aufnehmen würde. Stand jetzt ist dort aber noch nichts geschehen.

Das einzig verbliebene betreute Angebot der Jugendarbeit – der Schulclub – erteilte derweil Hausverbote an sich links verstehende Jugendliche unter Verweis auf die Hausordnung.

In dem 2017 erschienen Bericht des Kulturbüros Sachsen „Vielleicht geht auch so was wie 'ne Bürgersprechstunde, so untereinander.“<sup>[7]</sup> zeichnen die Verfasser\*innen das Bild einer wenig politisch miteinander agierenden Stadtgesellschaft.

Darin wird ersichtlich, dass viele Geithainer\*innen sich pauschal als rechts diffamiert sähen, da die Stadt seit der massiven neonazistischen Gewalt vor einigen Jahren einen Ruf als rechte Stadt habe.

Darüber hinaus wird die Vermutung aufgestellt, dass viele Menschen sich nicht trauen gegen Neonazis vor-

zugehen, da dies allzu schnell als links oder gar „links-extrem“ gebrandmarkt würde. Viele Einwohner\*innen vermeiden es daher, sich öffentlich zu positionieren.

Tatsächlich erfahren Projekte und Jugendinitiativen abseits des etablierten Vereinslebens wenig Anerkennung und kaum Unterstützung.

Es mangelt an Angeboten für Jugendliche oder diese werden als störend oder unnötig wahrgenommen.

Dem gegenüber stehen rechts offene selbstverwaltete Jugendclubs in den 2017 eingemeindeten Ortsteilen Rathendorf und Ossa in Räumen der Stadt.

Auch auf Facebooks ist die Existenz des Clubs „Rattenstraff“ im Ortsteil Rathendorf, in dem es weder professionelle Jugendarbeit noch eine Ausschlussklausel für rechte und menschenfeindliche Positionen gibt, ersichtlich.

Nicht-rechte Jugendliche in Geithain finden sich in einer vertrackten Situation wieder. In dieser positioniert die Stadtgesellschaft sich wenig offen politisch und wirkt desinteressiert. Wesentliche kommunalpolitische Entscheidungsträger\*innen betrachten demokratische und antirassistische Jugendarbeit als „linksextrem“ oder unnötig.

Darüber hinaus sehen die Jugendlichen sich mit der realen Existenz rechts offener Jugendclubs konfrontiert.

Die vielen Angriffe der letzten Jahre haben der demokratischen Kultur in Geithain spürbar zugesetzt.

In einem Klima in dem demokratischen Bürger\*innen öffentliche Äußerungen scheuen, gelten maßgebliche Akteure von Rechtsaußen mittlerweile als angesehene Bürger, sind Anwälte und sitzen im Stadtrat.

### Agieren der FLG im Stadtrat

Bislang verhielten sich die Mitglieder der Freien Liste Geithain im Stadtrat eher unauffällig. Eine eigene politische Agenda oder Schwerpunktsetzung sind bislang nicht erkennbar. Bei Abstimmungen unterstützten sie fast immer die Argumentation des Bürgermeisters. Bei manchen Themen erklärte Tripp gar, es sei nicht ihr Thema. ■

### Reaktionen auf die Broschüre »Geithainer Zustände«

Im Vorfeld der Kommunalwahlen erstellte chronik.LE die Broschüre „Geithainer Zustände“, welche in großer Auflage kurz vor der Wahl in Geithain verteilt wurde. Im Amtsblatt nach der Wahl äußerte sich der Bürgermeister Rudolph zur Broschüre und bezeichnete die Inhalte als „Artikel mit sehr wenig Gehirn und ohne Demokratieverständnis.“ Außerdem bemerkte er „Von welcher Seite es gekommen war, war nicht schwer zu erkennen.“ Tatsächlich kann dies bei einem Blick in das Impressum oder auf die Website von chronik.LE leicht festgestellt werden. Die Broschüre gibt es unter [www.chronikle.org](http://www.chronikle.org)

# 04 KAPITEL SERVICE



# HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

## zum Umgang mit der AfD

von chronik.LE

Im folgenden Beitrag werden Handlungsempfehlungen zum Umgang mit rechten Parteien vorgestellt. Die „perfekte“ Strategie kann es nicht geben, trotz allem möchten wir euch Tipps mit auf den Weg geben, auf die ihr im Zweifelsfall zurückgreifen bzw. an denen ihr euch orientieren könnt. Dabei ist Solidarität das effektivste Mittel, um euch gegenseitig vor rechten Angriffen zu schützen.

### ONLINE

🚩 **Gegenrede!** Auch im Internet gibt es Hass und Hetze. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, die belegen, dass sachliche Gegenrede zu einem respektvolleren Ton in Kommentarspalten beitragen kann. Wem es möglich ist, der/die kann sich in einem sachlichen, moderaten Ton gegen Trolle wehren. Sehr wichtig ist es auch, sich dabei Unterstützung zu holen. Gute Ansätze dafür, wie Gegenrede im Netz konkret aussehen kann, bietet die Initiative No Hate Speech.

🚩 **Melden!** Strafrechtlich relevante Aussagen (zum Beispiel Volksverhetzung, Beleidigungen) können über die jeweilige Plattform gemeldet werden. Unternehmen wie Facebook sind rechtlich dazu verpflichtet, problematische Kommentare nach 24 Stunden zu löschen. Das führt allerdings nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Dafür gibt es die Meldestelle des Demokratiezentrum Baden-Württemberg „Respect!“, die sich um eine Anzeige gegen Verfasser\*innen von Hasskommentaren kümmert.

🚩 **Dokumentieren!** Teilen erhöht die Reichweite von Beiträgen und nützt damit auch denen, die sie verfassen. Besser ist es, einen Screenshot zu machen. Wenn es Leipzig und das Umland betrifft, könnt ihr ihn an chronik.LE schicken und/oder lasst ihn strafrechtlich verfolgen.

🚩 **Solidarisieren!** Fordert, wenn nötig, Beistand bei nahestehenden Menschen oder Organisationen an, von denen ihr wisst, dass sie euch im Streitfall unterstützen können. Dabei könnte zum Beispiel die Facebook-Gruppe #ichbinhier helfen, deren Mitglieder sich für einen respektvolleren Tonfall im Netz einsetzen. Wenn Facebook-Auftritte von Vereinen oder anderen

Initiativen einen rechten Shitstorm erleiden, können sich die 45.000 Mitglieder der Gruppe dagegenstellen. Und: Solidarisiert euch mit Betroffenen.

🚩 **Wissen aneignen!** Beschäftigt euch mit den Themen der Rechten, versucht Netzwerke zu durchblicken und eventuelle Verflechtungen mit Akteuren rechtsradikaler und diskriminierender Gruppe aufzudecken.

### VEREINE & INITIATIVEN

🚩 **Leitbild!** Innerhalb (politischer) Gruppen, Organisationen, Initiativen oder Projekte ist es wichtig, sich über einen gemeinsamen Konsens abzustimmen - das betrifft die Mitgliedschaft, aber auch die Nutzung der Räumlichkeiten und das Publikum der von euch organisierten Veranstaltungen. Deshalb ist ein Austausch über die Wünsche der Gruppenmitglieder, aber auch über mögliche Folgen der Beschlüsse notwendig. Weiterhin solltet ihr, wenn vorhanden, die jeweiligen Satzungen in den Austausch mit einbeziehen und diese gegebenenfalls modifizieren.

🚩 **Austausch!** Tauscht euch über subjektive Erfahrungen oder eure jeweiligen Wissensstände zur Thematik aus, entwickelt eine gemeinsame Sensibilität und einen Konsens. Sprecht verschiedene vergangene oder eventuell zukünftige Situationen durch und einigt euch über angemessenes Verhalten.

🚩 **Workshops!** Workshops sind nicht nur praktisch, um einen gewissen Wissenstand zu verschiedenen Themen und Problematiken zu erlangen, sondern auch um dessen Aktualität zu garantieren. Ihr könnt euch nicht nur zu AfD-bezogenen Themen weiterbilden, auch ist es sinnvoll sich mit Öffentlichkeitsarbeit, Gesetzesgrundlagen, Argumentationsstrategien und menschenfeindlichen Ideologien auseinanderzusetzen.

🚩 **Vernetzung!** Tauscht euch mit anderen Gruppen über Erfahrungen und Handlungspraktiken aus. Bestärkt und hilft euch gegenseitig.

🚩 **Solidarität!** Solidarisiert euch öffentlich mit Projekten und Einzelpersonen, die Opfer von rechtsmotivier-



photo: Redmark via pixabay

Solidarität ist ein Mittel, um sich rechten Ideologien entgegenzustellen.

ten Beleidigungen, Drohungen oder sogar Gewalt wurden. Setzt ein Statement und macht klar, dass so etwas nicht toleriert wird!

## PARLAMENTE

‣ **Gegenrede!** Widerspricht falschen Behauptungen und diskriminierenden Äußerungen und vertritt dabei selbstbewusst eure eigenen Themen.

‣ **Strategie!** Entwickelt eine Handlungsstrategie zum Umgang mit rechten Parteien! Nehmt dabei vor allem Bezug auf den Schutz von Minderheiten und Menschenrechten. Die AfD arbeitet mit Framing und benutzt Wörter zu bestimmten Themen absichtlich, um negative Verbindungen hervorzurufen – distanziert euch davon und achtet genau darauf, welche Wortwahl ihr in Bezug zu bestimmten Themen verwendet.

‣ **Anträge prüfen!** Stellt sicher, dass euer Antrag eine Mehrheit unter den demokratischen Parteien erlangen kann, um rechte Parteien gegebenenfalls als Mehrheitsbeschaffer auszuschließen. Denn: es gilt der Normalisierung rechter Parteien entgegen zu treten.

‣ **Zusammenarbeit verweigern!** Um keine Normalitätseffekte zu verschaffen, weigert euch eine gemeinsame Fraktion zu bilden, gemeinsame Anträge oder Abstimmungen zu stellen und seht von Auftritten auf Veranstaltungen ab, die in Zusammenhang mit der AfD stehen.

‣ **Solidarität!** Unterstützt Parteien, Politiker\*innen, Akteur\*innen der Zivilgesellschaft sowie demokratischen Institutionen, die von Rechten angefeindet und diffamiert werden.

‣ **Beratung!** Um einen Umgang mit und eine Handlungsstrategien gegen rechte Parteien zu erarbeiten bzw. zu stärken, könnt ihr euch an den „Bundesverband Mobile Beratung“ wenden und gegebenenfalls an Fortbildungen, Seminaren und Workshops teilnehmen. Die Broschüre „Rät\*innen gegen Rechts“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet weitere Hinweise zum Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien.

## MEDIEN

‣ **Auf Sprache achten!** Welche Worte Journalist\*innen gebrauchen, hat auch eine Wirkung auf die Leser\*innen. Deswegen ist es wichtig, diskriminierende Sprache zu vermeiden. Das Glossar der „Neuen Deutschen Medienmacher“ bietet Formulierungshilfen für Menschen, die in den Medien arbeiten.

‣ **Moderation!** Gerade in den Kommentarspalten in Sozialen Netzwerken wie Facebook tummeln sich rechte Trolle. Studien zeigen, dass eine sachliche Moderation der Seitenbetreiber zu einem respektvolleren Ton in den Kommentaren führt. Das motiviert Menschen zu kommentieren, die sonst von dem rauen Ton abgeschreckt werden.

‣ **Einordnung!** Nehmt eine Einordnung rechter Positionen vor. Macht deutlich, wenn rechte Politiker\*innen Verschwörungstheorien oder rassistische Stereotype in ihrer Sprache aufgreifen und stellt Kontextwissen bereit.

‣ **Diversität!** Auch Medien sollten eine pluralistische Gesellschaft abbilden. Lasst von Rassismus und rechter Hetze betroffene Personen zu Wort kommen und sorgt für Vielfalt in den Redaktionen.

# AUS DER

## EINE KURZE AUSWAHL

# CHRONIK

### 31. Januar 2020

Kurz vor der am 02. Februar anstehenden Oberbürgermeisterwahl in Leipzig verteilen Unbekannte Flyer in Leipzig. Auf den ersten Blick wirkt der Flyer wie ein offizielles Dokument der Stadt Leipzig, ist doch auf der Vorderseite der Titel „Information zur Wahl“ mit einem Logo der Stadt Leipzig zu sehen. Allerdings ist auf dem Flyer niemand als verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.) angegeben.

Auch beim Inhalt wird schnell klar, dass es sich nicht um einen offiziellen Flyer der Stadt Leipzig handelt. Inhalt des Flyers ist die rassistisch hergeleitete Erzählung eines verschwindenden „deutschen Volkes“. Dabei werden die Leipziger Eisenbahnstraße, sexuelle Übergriffe auf Frauen und die Debatte um Schweinefleisch in einer Leipziger Kita als Beispiele negativer Auswirkung einer offenen Gesellschaft herangezogen. Das rassistische Pamphlet endet mit dem Aufruf, „Jung und seine Helfer“ abzuwählen und im Sinne der Schreiberlinge abzustimmen. Der Inhalt des Flyers legt nahe, dass dies als Aufruf zur Wahl der AfD verstanden werden soll.

Ähnliche Flyer wurden bereits anlässlich der Landtagswahl verteilt.

### 16. November 2019

Auf ihrer Website kündigt die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung an unter dem Titel „30 Jahre friedliche Revolution“ eine Veranstaltung in Leipzig durchführen zu wollen. Durch eine Veröffentlichung bei „Leipzig.Antifa“ wird bekannt, dass die Veranstaltung in den „Salles de Pologne“ in der Hainstraße (Innenstadt) stattfinden soll. Als Podiumsteilnehmer\*innen waren angekündigt:

- der Bundestags-Fraktionschefin Alice Weidel
- der Publizist Gunter Weißgerber
- die Bürgerrechtlerin, Politikerin und „Pegida“-Anhängerin Angelika Barbe

der persönliche Referent von Alexander Gauland, Michael Klonovsky

der hamburgische Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf

die Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach  
Die Veranstaltung wird aufgrund technischer Probleme abgesagt.

### 10. Oktober 2019

Der Leipziger Stadtrat und Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich (AfD) postet auf Facebook angesichts des rechtsterroristischen Anschlags in Halle vom 09. Oktober 2019 die Frage: „Was ist schlimmer, eine zerstörte Synagogentür oder zwei getötete Deutsche?“. Bei dem Anschlag hatte der Täter versucht, in eine Synagoge im Paulusviertel in Halle einzudringen und die dort anlässlich des höchsten jüdischen Feiertages Jom Kippur anwesenden Gläubigen zu töten. Seine Tat streamte er live ins Internet und bekannte sich eindeutig zu seiner antisemitischen, antifeministischen und rassistischen Haltung. Als er an den Sicherheitsvorkehrungen in der Synagoge scheiterte, erschoss er eine Passantin sowie eine Person in einem Dönerladen. Der Facebook-Post von Roland Ulbrich muss als gezielte Provokation verstanden werden. Seine Frage impliziert, dass die Juden und Jüdinnen in der Synagoge keine Deutschen sind und verharmlost gleichzeitig den Anschlag und seine ideologische Grundlage. Die gestellte Frage beantwortet Ulbrich übrigens selbst mit den Worten: „Es liegt noch nicht einmal der Versuch eines Tötungsdelikts an den Besuchern des Gottesdienstes in der Synagoge vor.“

### 02. Oktober 2019

Der AfD-Stadtrat Marius Beyer postet zu einem verlinkten Artikel auf Facebook den Satz: „Früher hieß es ‚Kauft nicht bei Juden!‘, heute heißt es ‚Verkauft keine Produkte von AfD-Mitgliedern!‘“ Der Artikel berichtet über die Auslistung verschiedener Produkte aus

dem Angebot des Biosupermarkts Biomare aus Leipzig. Hintergrund ist das AfD-Engagement des Inhabers. Der Supermarkt äußerte sich dazu wie folgt: „Die wichtigste Aufgabe von Biomare sehen wir darin, ein nachhaltiges Sortiment zusammenzustellen. Darin haben Produkte aus einem Hause, das sich gegen mehrere wichtige Kriterien für Nachhaltigkeit stellt, keinen Platz. Der Inhaber der Spreewälder Hirsemühle ist AfD-Funktionär, diese Partei leugnet den menschengemachten Klimawandel. Damit stellt sich der maßgebliche Entscheider der Spreewälder Hirsemühle gegen die Werte von Biomare und der gesamten Bio-Branche.“

### 15. August 2019

Der AfD-Direktkandidat Jörg Dornau führt zusammen mit dem AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig eine Wahlkampfveranstaltung im Bürgersaal des Stadtguts in Naunhof durch. Die Eröffnungsrede nutzt der Vorsitzende der AfD im Landkreis Leipzig Edgar Naujok für einen Rundumschlag gegen viele Feindbilder der AfD: die „idiotische“ Regierung, die EU, Geflüchtete, der Kampf gegen rechts und viele weitere. Weiterhin betont er, dass es eine „Wende 2.0“ brauche. Damit verwendet er ein weit verbreitetes Narrativ der AfD, die sich im Osten in die Tradition der Bürgerbewegungen und Demonstrationen stellt, die maßgeblich zum Sturz des DDR-Regimes beigetragen hatten. Darüber hinaus führt er aus, dass die AfD für ein „Europa der Vaterländer“ stehe und bezieht sich damit explizit auf eine neurechte Vorstellung von ethnisch homogenen „Kulturen“ und „Völkern“, welche separiert voneinander existieren sollen.

Der Hauptredner des Abends ist der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende Andreas Kalbitz, der in seinem Leben Stationen bei diversen konservativen und extrem rechten Organisationen gemacht hat. Wie schon seine Vorredner, nimmt auch er in seiner Rede

Bezug auf das Thema der Fluchtmigration. So spielt er unter anderem von Armut betroffene deutsche Rentner\*innen, die im Müll wühlen müssten, gegen Geflüchtete aus. Außerdem spricht er die ostdeutschen Wendeerfahrungen an, denn um diese Themen würden sich die anderen Parteien nicht kümmern, dafür aber um vermeintliches „Gender-Gaga“ und die „Toilette für's dritte Geschlecht“ und somit einen vermeintlichen „Minderheitenfetischismus“ entwickeln.

### 13. August 2019

Ein Bornaer AfD-Stadtrat Reinhard Jöricke verschickt anlässlich einer Podiumsdiskussion des DGB im Vorfeld der Landtagswahl in Borna einen Drohbrief, weil seine Partei nicht zur Diskussion eingeladen wurde. Er schreibt darin wörtlich: „Ihr gehört ewig in die Jagdgründe, weg mit dem roten Viehzeug“. Er kündigt weiterhin an zur Veranstaltung zu erscheinen. Diese verläuft allerdings ohne Zwischenfälle.

### 27. Juni 2019

Der Leipziger Stadtrat debattiert einen Antrag mit dem Titel „Gegen jeden Antisemitismus“. Der AfD-Abgeordnete und Fraktionschef Tobias Keller relativiert dabei den Holocaust und äußert seinen latenten Antisemitismus offen. Durch seinen Vergleich der Judenverfolgung im nationalsozialistischen Deutschland mit dem kritischen Umgang der Öffentlichkeit mit seiner Partei verharmlost der AfD-Fraktionschef nicht nur den Holocaust als systematische Vernichtung der Juden und Jüdinnen in Europa, sondern inszeniert sich und seine Partei damit als „die neuen Juden“, die neuen Opfer, die vernichtet würden.

### 16. Mai 2019

Der Landtagsabgeordnete und Stadtratskandidat Roland Ulbrich veröffentlicht auf seiner Facebook-Seite einen Post in welchem er auf

den Leipziger Stadtratswahlkampf anspielt. Er fragt, ob eine Person sich strafbar machen würde, wenn sie mit einem Gewehr eine Person erschießen würde, welche gerade Plakate abreißt. Er selbst gibt an, diesen Fall lediglich zur Diskussion eingestellt zu haben. Später löst er ihn allerdings in seinem Sinne auf und gibt an, dass sich die schießende Person nicht strafbar machen würde.

### 14. Mai 2019

Anwohner\*innen beobachten zwei Männer beim AfD-Plakate auf der Eisenbahnstraße aufhängen, wobei einer der Plakatierer deutlich sichtbar eine Schreckschusspistole trägt. Die daraufhin verständigte Polizei beschlagnahmt die Waffe kurz darauf und nimmt eine Anzeige auf. Obwohl der Träger der Waffe einen kleinen Waffenschein vorweisen kann, ist das Tragen eben solcher Waffen auf der Eisenbahnstraße explizit verboten und stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, welche mit einer Geldstrafe von bis zu 10.000 Euro bestraft werden kann. Die Waffenverbotszone war erst vor wenigen Monaten eingerichtet worden und wird immer wieder als rassistisches und autoritäres Instrument zur Lösung sozialer Probleme kritisiert.

### 12. Mai 2019

Am Sonntag gegen 16.45 Uhr beobachten zwei Passant\*innen, wie ein circa 50-jähriger Mann AfD-Plakate anbringt. Als die beiden ihn daraufhin ansprechen, reagiert er aggressiv und bedroht die beiden mit einem Totschläger und einem Pfefferspray sowie mit den Worten „Ich Schlag euch den Schädel ein“ und „Ich brech euch alle Knochen“. Kurz darauf setzt er den Teleskopschlagstock auch ein und trifft damit eine Person am Arm. Weiterhin wird eine der beiden Passant\*innen an der Lippe verletzt. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Bedrohung wird eingestellt.

**Meldet rechte, rassistische, antisemitische und sexistische Gewalt und Diskriminierung in Leipzig und Umgebung!**

[www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org)



# ANLAUFSTELLEN

## Beratungsangebote sachsenweit



### Support – Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V.

Die Opferberatung Support des RAA Sachsen e.V. und die Opferberatung der RAA Leipzig e.V. unterstützen Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, deren Angehörige, Freund\*innen sowie Zeug\*innen eines Angriffs. Wir informieren über rechtliche Möglichkeiten, finanzielle Hilfen und unterstützen bei der emotionalen Verarbeitung des Erlebten. Unsere Beratung ist parteilich. Wir sind auf der Seite der Betroffenen und unterstützen deren Perspektive und Interessen. Wir arbeiten mobil, vertraulich, mehrsprachig und kostenlos. Es gibt Beratungsstellen in Dresden, Chemnitz und Leipzig sowie eine Online-Beratung.

#### Kontakt:

Opferberatung RAA Leipzig & RAA Sachsen  
Kochstraße 14, 04275 Leipzig

**Web:** [www.raa-sachsen.de/support](http://www.raa-sachsen.de/support) und  
[www.raa-leipzig.de](http://www.raa-leipzig.de)

**Online-Beratung:**  
[onlineberatung-raa-sachsen.beranet.info](http://onlineberatung-raa-sachsen.beranet.info)

**E-Mail:** [opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de) und  
[opferberatung@raa-leipzig.de](mailto:opferberatung@raa-leipzig.de)

**Telefon:** 0341 / 225 49 57 & 0341 / 261 86 47



### Mobile Beratung des Kulturbüro Sachsen e.V.

Die drei Regionalbüros des Mobilen Beratungsteams (MBT) des Kulturbüro Sachsen e.V. beraten seit 2001 Verwaltungen von Kommunen und Landkreisen, Vereine, Initiativen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Kirchen und Parteien im Umgang mit demokratiefeindlichen Positionen wie Rassismus oder den Ausprägungen einer organisierten Neonaziszene in Sachsen. Unsere Beratung orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und trägt den regionalen Besonderheiten Rechnung. Wir entwickeln im Dialog mit den Beratungsnehmer\*innen eine Praxis, die auf der Basis vorhandener Ressourcen neue Wege geht.

#### Kontakt:

MBT-Regionalbüro Nordwest (für die Landkreise Leipzig, Nord- und Mittelsachsen sowie die Stadt Leipzig)  
Johannisallee 5, 04317 Leipzig

**Web:** [www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de)

**E-Mail:** [mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de](mailto:mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de)

**Telefon:** 0341 / 25 668 000



### Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in Sachsen, die Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V., bietet Projektstage und Workshops für Jugendliche ab 14 Jahren und junge Erwachsene an. Für Multiplikator\*innen bieten wir Fortbildungen an. Wir arbeiten zu den Themen Diskriminierung, menschenverachtende Einstellungen und couragiertes Handeln. Die Bildungsveranstaltungen können an Schulen, in Jugendclubs oder in anderen Zusammenhängen bei uns gebucht werden und sind kostenfrei.

#### Kontakt:

Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.  
NDC Sachsen / Regionalnetzstelle Leipzig und Nordwest-sachsen  
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21  
04103 Leipzig

**Web:** [www.netzwerk-courage.de/sachsen](http://www.netzwerk-courage.de/sachsen)

**E-Mail:** [leipzig@netzwerk-courage.de](mailto:leipzig@netzwerk-courage.de)

**Telefon:** 0341 / 337 34 97



### Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.

Das Antidiskriminierungsbüro (ADB) ist eine zentrale unabhängige Anlaufstelle für alle Betroffenen von Diskriminierung. Unser Beratungsangebot bezieht sich auf Diskriminierungsformen unterhalb der Schwelle des Straftatbestandes, ist vertraulich und kostenlos. Betroffene erhalten bei uns emotionale Unterstützung sowie eine professionelle Beratung mit gemeinsamer Entwicklung von Interventionsstrategien. Darüber hinaus ist das ADB Weiterbildungsträger für alle Fragen zum Themenbereich Diskriminierung und Teilhabe.

#### Kontakt:

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.  
Seeburgstraße 20  
04103 Leipzig

**Web:** [www.adb-sachsen.de](http://www.adb-sachsen.de)

**E-Mail:** [info@adb-sachsen.de](mailto:info@adb-sachsen.de)

**Telefon:** 0341 / 30 39 492

## Weitere Vereine und Initiativen

### ENGAGIERTE WISSENSCHAFT e.V.

#### Engagierte Wissenschaft e.V.

Auf Basis einer kritischen Analyse der gesellschaftlichen Zustände wirkt der Verein Engagierte Wissenschaft (EnWi) mit seinen Arbeitsgemeinschaften (chronik.LE, Leipzig Postkolonial, Forum für kritische Rechtsextremismusforschung u.a.) reaktionären und diskriminierenden Denkweisen und Praktiken entgegen. Dabei werden wissenschaftliche Erkenntnisse mit gesellschaftlichem Engagement verbunden. EnWi versteht sich als offenes Projekt. Wir schaffen Räume und Anlässe für alternative, undogmatische und möglichst hierarchiefreie Diskussionsprozesse. Der Verein ist für uns Träger von Einmischung und Werkzeugkiste für Projekte und Ideen.

##### Kontakt:

Engagierte Wissenschaft e.V.  
Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

**Web:** [www.engagiertewissenschaft.de](http://www.engagiertewissenschaft.de)  
**E-Mail:** [enwi@engagiertewissenschaft.de](mailto:enwi@engagiertewissenschaft.de)

### tolerantes sachsen



#### Netzwerk Tolerantes Sachsen

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen ist eine Plattform von etwa 100 sächsischen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich seit vielen Jahren für die Förderung demokratischer Kultur und gegen Einstellungen der Ungleichwertigkeit, Antisemitismus und Rassismus einsetzen. Das Netzwerk vernetzt, informiert, unterstützt die Mitglieder durch Fortbildung, Beratung und regelmäßige Konferenzen – regional und sachsenweit. Ihre Belange vertritt es gegenüber Politik und Verwaltung.

##### Kontakt:

Förderverein Tolerantes Sachsen e.V.  
Domplatz 5, 04808 Wurzen

**Web:** [www.tolerantes-sachsen.de](http://www.tolerantes-sachsen.de)  
**E-Mail:** [buero@tolerantes-sachsen.de](mailto:buero@tolerantes-sachsen.de)  
**Telefon:** 03425 / 82 999 59

### POLY ▶ LUX

#### Polylux e.V.

Polylux macht die demokratische Zivilgesellschaft sichtbar. Polylux stärkt alternativen Projekten den Rücken. Polylux sorgt für eine sichere, solidarische Finanzierung. Polylux, das sind Menschen aus Berlin, Leipzig, Dresden, Cottbus und anderen ostdeutschen Orten. Wir sind weggegangen, geblieben oder neu dort hingezogen. Was im Osten passiert, geht uns nah. Und diejenigen, die sich in kleineren Orten den rechten Menschenfeinden entgegen stellen, sind uns nicht egal. Tausende Fördermitglieder zahlen monatlich einen kleinen oder großen Beitrag an Polylux. Wir verteilen die Gelder an unsere Partnerprojekte. Aus vielen kleinen Beträgen wird ein großes Budget, mit dem wir Nazis im Osten die Stirn bieten.

##### Kontakt:

Netzwerk Polylux e.V., Berlin

**Web:** [www.polylux.network](http://www.polylux.network)  
**E-Mail:** [kontakt@polylux.network](mailto:kontakt@polylux.network)



#### Informationsdienst zur AfD in Sachsen (idas)

Der „Informationsdienst zur AfD in Sachsen“, kurz idas, veröffentlicht Berichte und Hintergründe zur „Alternative für Deutschland“ in Sachsen. Ein Schwerpunkt ist die parlamentarische Arbeit der Partei. Unser Projekt ist unabhängig, aber nicht unparteiisch – die AfD und ihre Positionen betrachten wir kritisch. Unsere Redaktion ist ehrenamtlich tätig, wir erhalten keine Förderung und begehren auch keine.

##### Kontakt:

**Web:** [idas.noblogs.org](http://idas.noblogs.org)  
**E-Mail:** [informationsdienst@riseup.net](mailto:informationsdienst@riseup.net)

## LITERATUREMPFEHLUNGEN

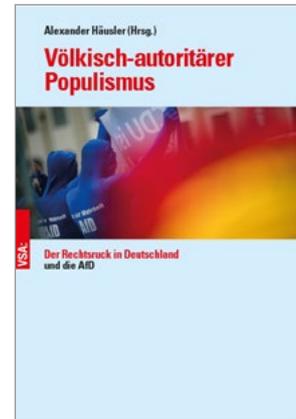


**Alexander Häusler, Helmut Kellershohn (2018): Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung.**

Angesichts des Einzugs der AfD in den Bundestag ist es angebracht, einmal grundsätzlich über Konzepte der Rechtsextremismusforschung nachzudenken. Dabei wird die grundsätzliche Kritik am dominanten Typus der Rechtsextremismusforschung und an dessen normativer Gebundenheit an staatspolitische Vorgaben geteilt. Alternative Forschungsansätze müssen sich in einem doppelten Sinne als kritisch verstehen: einerseits als Kritik der Rechtsextremismusforschung im herkömmlichen Sinne, andererseits als gesellschaftskritische Aufarbeitung der Phänomene, um die es in dieser Forschung geht.

Die Aufgabe kritischer Rechtsextremismusforschung ist es, die aktuellen Entwicklungen der populistischen und extremen Rechten in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und Umbrüche im gesellschaftlichen und politischen System des neoliberalen Kapitalismus zu untersuchen. Die komplexen synchronen und diachronen Verschränkungen machen es erforderlich, unterschiedliche kritische Ansätze und Perspektiven und deren jeweiligen Vorzüge zu berücksichtigen und miteinander zu vermitteln. Die Intention, mit der dies erfolgen sollte, ist keine rein wissenschafts- und theorieimmanente, sondern zielt auf eine vernünftige und solidarische Gestaltung der Gesellschaft.

Bestellbar bei Unrast.



**Alexander Häusler (2018): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD.**

Die AfD erreicht mit sozialpopulistischen und rassistischen Parolen zunehmend prekarierte Milieus und bindet auch enttäuschte Nichtwähler\*innen und ehemalige Wähler\*innen der LINKEN und der SPD an sich. Sie betreibt einen rechten Kulturkampf, der einhergeht mit einer Normalisierung von völkisch-nationalistischem Gedankengut. Sie ist dabei in erster Linie bloßer Profiteur der Krise politischer Repräsentation. Das rechte Vergemeinschaftungsangebot ist deshalb wirkungsvoll, weil es Halt, Zugehörigkeit und emotionale Auffangbecken für angestaute Wut über unverstandene abstrakte Herrschafts- und Konkurrenzverhältnisse vermittelt.

Deshalb reicht es auch nicht aus, sich mit moralischen Gegenargumenten an den AfD-Provokationen abzarbeiten. Vielmehr muss die rechtspopulistische Diskursstrategie durchkreuzt und es müssen politische Alternativen zur rechten Politik des Ressentiments entwickelt werden.

Die Autor\*innen nehmen die ideologischen Grundlagen des Rechtspopulismus in den Blick, analysieren Wähler\*innenpotenziale und gehen Vorbildern und Kooperationspartner\*innen der AfD sowie deren rechtspopulistischem Mediennetzwerk nach.

Bestellbar beim VSA Verlag.



**Benno Hafeneger, Hannah Jestädt, Lisa-Marie Klose, Philine Lewek (2018): AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure.**

Das Aufkommen und die Etablierung der AfD ist Ausdruck tiefgreifender Veränderungen der Parteiendemokratie, von gesellschaftlichen Krisenentwicklungen und von Stimmungen in Teilen der Bevölkerung. Diese werden von der AfD aufgenommen und es gelingt der Partei, politische Diskurse zu beeinflussen und Wähler\*innenpotential zu binden.

Diese Studie untersucht die Politik von AfD-Fraktionen in kommunalen Parlamenten von Hessen und Niedersachsen sowie im Landtag von Rheinland-Pfalz. Der Blick auf die eingebrachten Anträge und Anfragen zeigt, welche Themen und Argumentationsmuster zentral sind und mit welchen Strategien und Politikstilen die AfD in den Parlamenten agiert. Daraus entsteht ein vielschichtiges Bild der parlamentarischen Aktivitäten einer neuen Partei, die sich im Spannungsfeld von national-konservativ, national-liberal, rechtspopulistisch und völkisch-nationalistisch bewegt.

Bestellbar beim Wochenschau Verlag.



**Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2018): Zur Sache! Was die AfD wirklich will**

Die AfD macht keine gute Politik für »kleine Leute«: weder für Geringverdienende noch für Familien. Die AfD vertritt rassistische Positionen, die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind. Das betrifft nicht nur Einzelpersonen wie den Thüringer Abgeordneten Björn Höcke, der hetzerische Reden hält. Das Grundsatzzprogramm von 2016 enthält Forderungen zu Staatsbürgerschaft und Familienpolitik, die Personen wegen ihrer Herkunft benachteiligen und ausschließen. Es ist ein ultra-rechtes Programm und dahinter steht die ganze Partei. Daher schaut dieses Heft vor allem in das Grundsatzzprogramm und auf ausgewählte Forderungen der AfD.

Das Heft soll zum Weiterlesen, Nachdenken und Diskutieren anregen, denn: Wer sich mit Rechtspopulismus auseinandersetzen will, sollte nicht bei der AfD stehen bleiben. Es braucht eine Debatte darüber, was Demokratie ausmacht, und wie wir Solidarität und Teilhabe in der Gesellschaft leben können.

Die Broschüre enthält Texte zum Programm und Positionen der AfD zu folgenden Themen: Sicherheitspolitik / Frauen-, Familienpolitik und Standpunkte zu Homosexualität / Sozial- und Steuerpolitik / Europa / Demokratie, direkte Demokratie und Mitbestimmung / Rassismus, Antisemitismus und völkischer Nationalismus / Asyl, Integration, „Leitkultur“ / Umwelt und Klima / Kultur und Medien / Parlamentarische Anfragen der AfD / Angriffe der AfD auf politische Gegner\*innen

Download bei [weiterdenken.de](http://weiterdenken.de)



**Oliver Decker, Elmar Brähler (2018): Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft**

Seit 2002 erhebt das Forschungsteam um Elmar Brähler und Oliver Decker die rechtsextremen und autoritären Einstellungen in Deutschland. Diese Studienreihe, die als Leipziger »Mitte«-Studie bekannt wurde, hat sich zu einem der wichtigsten Barometer der politischen Kultur in Deutschland entwickelt. Auf Grundlage der Ergebnisse einer 2018 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage wird die gegenwärtige politische Situation in Deutschland beschrieben und ihre Ursachen werden analysiert.

Stärker noch als in den vergangenen Jahren liegt der Fokus in der aktuellen Studie auf der autoritären Dynamik in der Gesellschaft. Die gravierenden gesellschaftspolitischen Veränderungen, die sich aktuell abzeichnen, sind Anlass, mit der nun »Leipziger Autoritarismus-Studie« benannten Untersuchung auf die Gefahren für die Demokratie hinzuweisen.

Download beim Kompetenzzentrum Rechtsextremismus und Demokratie der Universität Leipzig:  
<https://www.kredo.uni-leipzig.de>



**Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2018): „Linksgrün-versifft?“ Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene**

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist kürzlich in den Bundestag eingezogen – vorher jedoch schon in zahlreiche Landtage, Stadträte und Kreisträte. Kommunalpolitikerinnen sind daher mit teils neuen Problemen konfrontiert und mit der Frage: Wie umgehen mit der AfD? Diese Handreichung zeigt Strategien zum Umgang mit der AfD auf und gibt außerdem praktische Tipps sowie viele Hinweise zum weiteren Lesen, zu Expertinnen, Trainings und Beratungsstellen, denn: Antisemitismus, Rassismus, Homosexuellen-Feindlichkeit, Hetze gegen Gleichstellungspolitik - es gibt viele gute Gründe, sich als Demokrat\*in mit Rechtspopulismus auseinanderzusetzen. Im politischen Alltag fällt es jedoch oft gar nicht so leicht, den Positionen zu widersprechen oder erfolgreich über rechtspopulistische Parteien aufzuklären. Oft wissen wir nicht, wie wir reagieren sollen. Und nicht jede Form des Umgangs ist erfolgreich.

Download bei [weiterdenken.de](http://weiterdenken.de)



**Tilo Giesbers & Anika Taschke (2019): Rät\*innen gegen Rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien**

Nichtstun ist keine Alternative! Das Einstehen gegen Rassismus, Homophobie, Neonazismus und Nationalismus vor Ort, also auch in den kommunalen Gremien ist wichtig und erfordert Mut. Das tägliche Paroli-Bieten, Gegenhalten und Enttarnen rechter Politiken ist bereits jetzt für viele Mandatsträger\*innen, aber auch Menschen, die vor Ort in Vereinen, Initiativen etc. arbeiten oder aktiv sind, eine alltägliche Aufgabe geworden. Umso mehr ist es an der Zeit, dass sich linke und progressive, demokratische Mandatsträger\*innen und Initiativen gegenseitig unterstützen und auf allen politischen Ebenen, also auch außerhalb der Sitzungen und Gremien, gegen rechts Haltung zeigen und Stellung beziehen.

Inhalte: Rechte Akteur\*innen in kommunalen Gremien / Thematische Aktionsfelder rechter Akteur\*innen / Umgang mit rechten Akteur\*innen in kommunalen Gremien / Haltung zeigen – Angebote schaffen / Anhang: Kontakte, Beratungsstellen, Archive, weitere Informationen und Hintergrundrecherchen

Download bei der [Rosa-Luxemburg-Stiftung: rosalux.de](http://rosalux.de)



**Amadeu Antonio Stiftung (2019): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD**

Mit der Handreichung wollen wir all jene unterstützen, die von Angriffen der AfD betroffen sind, und Engagierten in Zivilgesellschaft, Medien, Kunst, Parlamenten, Bildung und anderen Bereichen Informationen und Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten an die Hand geben. Denn es geht nicht nur um einen Meinungsstreit, sondern um die Verteidigung der offenen Gesellschaft und des demokratischen Miteinanders.

Inhalte: Die Geschichte der AfD - ein Weg der Radikalisierung / Die AfD und die Öffentlichkeit / Über die parlamentarische Praxis einer demokratiefeindlichen Partei / Mit Rechtsradikalen debattieren / Angriffe auf die Zivilgesellschaft / Antifeminismus und Angriffe auf die Gleichstellung / Zur Erinnerungspolitik der AfD / Politische Bildung unter Druck / Zwischen Neutralität und Demokratiefeindlichkeit / Kulturpolitik

Download bei der [Amadeu Antonio Stiftung: amadeu-antonio-stiftung.de](http://amadeu-antonio-stiftung.de)



**Bundesverband Mobile Beratung, MBR Berlin & Kulturbüro Sachsen (2019): „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“ – Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen**

Der Umgang mit Rechtspopulismus ist eine viel diskutierte Frage. Gerade vor Ort, in den Kommunen und Stadträten, aber auch in Landtagen und im Bundestag sehen sich Parlamentarier\*innen und Engagierte herausgefordert und wollen „Haltung zeigen“, um eine demokratische (Diskussions-)Kultur zu verteidigen und für Menschenrechte einzustehen. Die Autor\*innen wollen mit der erweiterten Neuauflage auch Hilfestellung geben in der Diskussion um die immer wieder eingeforderte „Neutralität“, die sowohl von Bildungs- und Beratungseinrichtungen wie auch von Kommunalverwaltungen gefordert wird.

Inhalte: Herausforderungen durch Rechtspopulismus und Neue Rechte / „Darf ich da überhaupt was sagen?!“ / Argumentieren gegen Rechtspopulismus / Umgang mit Rechtspopulismus im Parlament / Umgang mit Rechtspopulismus in der Kommune / Selbstvergewisserung und klare Grenzen

Download beim Bundesverband Mobile Beratung: [bundesverband-mobile-beratung.de](http://bundesverband-mobile-beratung.de)



**Matthias Quent (2019): Deutschland Rechts Außen. Wie wir unsere Zukunft vor den Rechten retten**

Reaktionäre Parteien verzeichnen wachsenden Zulauf – und sie gewinnen sogar Wahlen. Der Hass wächst, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geraten unter Druck. Doch der Rechtsruck ist kein zufälliges Phänomen – im Gegenteil: Die Rechtsradikalen arbeiten seit Jahrzehnten daran, ihre Pläne umzusetzen, aber Gesellschaft und Politik blieben tatenlos. Wie es dazu kam und warum dennoch Hoffnung besteht, analysiert Matthias Quent. Der junge Rechtsextremismusforscher deckt faktenreich die Strategien und Ziele der Rechten auf, gibt Handlungsempfehlungen für den alltäglichen und politischen Umgang mit ihnen und zeigt, dass sich eine starke Demokratie nicht von rechten Populisten jagen lassen darf, sondern sie am besten rechts liegen lässt.

Dr. Matthias Quent ist Soziologe und profiliertes Rechtsextremismusforscher. Er ist Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) der Amadeu Antonio Stiftung in Jena. Ge-gründet als Konsequenz aus dem NSU-Komplex, werden dort Ursachen und Erscheinungsformen von Diskriminierung, Hass, politischer Gewalt und Demokratiefeindlichkeit erforscht.

Bestellbar bei der Bundeszentrale für politische Bildung: [bpb.de](http://bpb.de)



**Christoph Richter, Axel Salheiser, Matthias Quent (2019): Die AfD zur Kreistagswahl in Thüringen - Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene**

Die vorliegende Studie analysiert die AfD-Stimmenanteile in den Thüringer Gemeinden bei den Kommunalwahlen 2019. Hierfür setzen wir die Wahlergebnisse in einen Zusammenhang mit soziostrukturellen Merkmalen der Kommunen und gehen der Frage nach, inwieweit der AfD-Wahlerfolg auf regionale und lokale Spezifika zurückzuführen ist. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Ursachen des Erfolgs der AfD zu dieser Wahl weder in den soziodemografischen noch sozioökonomischen Problemlagen der Gemeinden liegen, sondern sich aus einer lokalen politischen Kultur von Demokratieskepsis bis hin zu ihrer offenen Verneinung speisen. Dort, wo sich schon in den vergangenen Jahren in stärkerem Umfang rechtsextreme Einstellungen normalisieren konnten, mobilisiert die AfD am erfolgreichsten. In geringerem Umfang steigt der AfD-Zuspruch auch in schrumpfenden und sterbenden Gemeinden; überall dort, wo der erwartete Bevölkerungsrückgang bis 2035 besonders hoch ist.

Download beim Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena: [idz-jena.de](http://idz-jena.de)

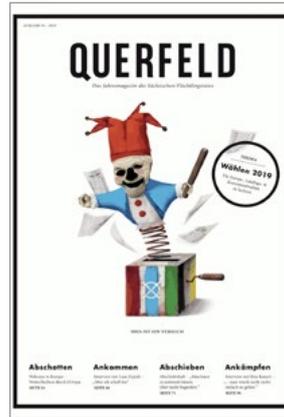


**Daniel Mullis, Paul Zschocke (2019):  
Regressive Politiken und der Auf-  
stieg der AfD. Ursachensuche im  
Dickicht einer kontroversen Debatte**

Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist mit der AfD eine extrem rechte Partei in allen Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europaparlament vertreten. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen und warum wird sie gerade jetzt virulent?

Daniel Mullis und Paul Zschocke diskutieren im neuen PRIF Report Erklärungsmuster, die bisherige Forschung bereitstellt und identifizieren Forschungslücken. Sie weisen auf regressive Tendenzen und die tiefe Verwurzelung extrem rechter Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft hin. Sie plädieren für eine qualitative Forschung, die aus einer lokalisierten Sichtweise Gesellschaft als Ganzes „von unten“ in den Blick nimmt.

Download bei Leibnitz-Institut  
Hessische Stiftung Friedens- und  
Konfliktforschung: [hsfk.de](http://hsfk.de)



**Sächsischer Flüchtlingsrat (2019):  
Querfeld Magazin #3**

2019 – wir wissen nicht, wie auf dieses Jahr zurückgeschaut werden wird. Für uns war es jedenfalls wahnsinnig intensiv. Es war ein Kampf. Ein Kampf dafür, die größte Demo Sachsens seit 1989 mit vielen tausend anderen Menschen auf die Beine zu stellen. Ein Kampf für Solidarität und Freiheit und selbstverständlich um Bleiberechte. Gegen Wohnungsdurchsuchungen, für das Recht auf Bildung, gegen Abschiebungen.

Neu war die Abschiebehaft in Dresden und doch feierte sie ihr 100-jähriges Jubiläum. Das Ende des Patriarchats schrien wir anlässlich 100-Jahre Frauenwahlrecht herbei. Überhaupt, das Wahlrecht! Zahlreiche Menschen durften dieses Jahr nicht wählen. Im Querfeld 2019 und in Videos haben einige eine Stimme. Ihre Gedanken und Meinungen zu den Wahlen 2019 finden sich in diesem Jahr in der Kategorie „Wählen“. Neben Erzählungen, Interviews und Analysen von Abschotten, Ankommen, Abschieben und Anknüpfen geht es dort um einen verdrucksten Wahlkampf und nicht zuletzt um die Feststellung – die Tür ist auf!

Bestellbar beim  
sächsischen Flüchtlingsrat:  
[saechsischer-fluechtlingsrat.de](http://saechsischer-fluechtlingsrat.de)



**Christian Fuchs, Paul Middelhoff  
(2019): Das Netzwerk der Neuen  
Rechten: Wer sie lenkt, wer sie  
finanziert und wie sie die Gesell-  
schaft verändern**

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist ein neues und einflussreiches rechtes Netzwerk aus Stiftungen, Vereinen, Medien und Kampagnen in Deutschland herangewachsen. Seit Jahren spüren Christian Fuchs und Paul Middelhoff ihm nach: seinen öffentlichen Seiten und denen, die im Dunkeln liegen.

Für das Buch sind sie durch Deutschland und Europa gereist und haben die wichtigsten Protagonisten der Szene getroffen. Sie waren geheimen Spendern in der Schweiz auf der Spur und mit einem AfD-Politiker in Serbien unterwegs. Sie hatten Zutritt zum Haus der Identitären Bewegung, waren auf einem Festival der Guerilla-Aktivistinnen und trafen den Chef von Deutschlands erfolgreichster Hetzseite zum Gespräch in dessen Küche. Während der Recherchen wurden sie bedroht, angelogen und gerieten in den Shitstorms einer rechten Trollarmee. Dieser Report enthüllt zum ersten Mal das ganze Ausmaß des Milieus - seine ideologischen Grundlagen, seine führenden Köpfe, seine wichtigen Zeitschriften, Verlage, Internet-Plattformen, Burschenschaften und die geheimen Finanziers. Viele Verbindungen führen zur AfD, die zum Gravitationszentrum der Strömung geworden ist. Die Autoren zeigen, wie die Neue Rechte versucht, die gesellschaftliche Mitte zu übernehmen. Ihre Erkenntnisse sind alarmierend.

Bestellbar bei Rowohlt.

## IMPRESSUM

Leipziger Zustände 2020: Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung.

**Herausgeberin:** chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

**Redaktionsschluss:** März 2020

**Rechte:** © 2020 chronik.LE und die jeweiligen Autor\_innen. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf\_innen.

**Nachdruck:** Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Grundsätzlich ausgeschlossen sind Medien der extremen Rechten.

**Bezug:** Die Broschüre steht unter [www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org) zum Download zur Verfügung und kann gegen eine Versandgebühr als Printversion bestellt werden. Sie wird in Leipzig und Umgebung an ausgewählten Orten ausgelegt.

**V.i.S.d.P.:** S. Hummel, chronik.LE  
Engagierte Wissenschaft e.V.  
Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

**Layout:** Tilman L.

**Kontakt:**  
[www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org)  
[chronik.LE@engagiertewissenschaft.de](mailto:chronik.LE@engagiertewissenschaft.de)  
[www.twitter.com/chronik\\_LE](https://www.twitter.com/chronik_LE)  
[www.facebook.com/chronik.LE](https://www.facebook.com/chronik.LE)  
[www.telegram.me/chronik\\_LE](https://www.telegram.me/chronik_LE)

**Wir freuen uns über Ihre Spenden:**  
Engagierte Wissenschaft e.V.  
IBAN: DE16 8306 5408 0004 0315 63  
BIC: GENODEF1SLR  
Deutsche Skatbank  
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

ISSN 2191-3501

chronik.LE – Ein Projekt von:

**ENGAGIERTE  
WISSENSCHAFT e.V.**

**chronik.LE**  
[www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org)

# RECHTSAUSSENEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

[www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org)

ISSN 2191-3501

Das Titelbild zeigt die Säule des 1908 errichteten Rathausbrunnens auf dem Burgplatz in Leipzig. Die Figuren spielen auf verschiedene deutsche Märchen an.

photo: Henry Herkula - CC BY 2.0